Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

22.November 1973 Jg.1 Nr.7 Preis 50 Pfennig

AUS DEM INHALT

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)



Es lebe der heldenhafte Kampf des griechischen Volkes!

Griechenland: Das Regime wankt

DAS FASCHISTISCHE REGIME IN GRIECHENLAND IST ERSCHÜTTERT: DIE GRIECHISCHEN ARBEITER, BAUERN UND STUDENTEN WERDEN ES BESTIMMT STÜRZEN

Der Versuch von Papadopoulos, sein Regime politisch zu stabilisieren, ist gescheitert. Die Rebellion der Studenten, die die Sympathie der Arbeiter und der Volksmassen genießt und eine breite Bewegung auslöste, hat die Versuche von Papadopoulos durchkreuzt, sein Regime politisch zu festigen und ihm eine breitere politische Basis zu geben. Um sich ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen, hatten die regierenden Militärs am 1. Juni 1973 die Republik ausgerufen. Papadopoulos ernannte sich zum Staatspräsidenten. Am 29. Juni 1973 hat er sich durch eine farcenhafte Volksabstimmung eine Verfassung verschafft, die dem Staatspräsidenten diktatorische Rechte einräumt. Doch auf die breiten Volksmassen konnte sich das Regime niemals stützen. Jetzt, nach der Rebellion der Studenten und der breiten Massenbewegung, die durch sie ausgelöst worden ist, kann sich das faschistische Regime wie von Beginn an, für alle sichtbar, nur mit Hilfe von Ausnahmerecht, Panzern, Maschinengewehr, Zensur an der Macht halten.

Doch auf die breiten Volksmassen konnte sich das Regime niemals stützen. Jetzt, nach der Rebellion der Studenten und der breiten Massenbewegung, die durch sie ausgelöst worden ist, kann sich das faschistische Regime wie von Beginn an, für alle sichtbar, nur mit Hilfe von Ausnahmerecht, Panzern, Maschinengewehr, Zensur an der Macht halten.

DIE ENTWICKLUNG DES GEGENWÄRTIGEN VOLKSKAMPFES IN GRIECHENLAND

Die politische Krise des Regimes von Papadopoulos zeigte sich schon während des ganzen Jahres in einer raschen Entwicklung der Studentenbewegung, die zunehmend vom Kampf für akademische Rechte (Unabhängigkeit der Universität, Lehr- und Lernfreiheit) zum Kampf gegen das Regime weiterschritt. Die Kämpfe der Studenten fanden von vornherein in Athen bei der Arbeiterklasse und den breiten Volksmassen Sympathie. Schon im Frühjahr dieses Jahres hatten die Studenten Demonstrationen durchgeführt und zeitweise die Universität besetzt. Unter den Studenten nahm die weitverbreitete Unzufriedenheit mit dem Regime am schnellsten die Form des offenen politischen Kampfes an. Dabei hat sich gezeigt, daß die Kämpfe der Studenten Teil des Kampfes der Volksmassen gegen den Faschismus sind.

Papadopoulos und seine Clique waren gezwungen, verschiedene Manöver durchzuführen. Eines dieser Manöver bestand darin, den alten bürgerlichen Politikern mehr Spielraum zu gewähren. Diese nützten den Spielraum, um am Sonntag, dem 4. November, vormittags eine große Trauerkundgebung am Grabe von Georgios Papandreou durchzuführen, dem verstorbenen Führer der Zentrumspartei, gegen deren Regierungsübernahme sich der Putsch von 1967 gerichtet hatte.
Doch aus der Trauerkundgebung entwickelte sich eine große Massendemonstration, die sich vom Friedhof in die Innenstadt Athens bewegte. Die Polizei versuchte, dies zu verhindern und die Demonstration zu zerschlagen. Es kam zu Auseinandersetzungen auf der Straße. Die Polizei ging dabei mit äußerster Brutalität gegen die Demonstranten vor.

Dies war zweifellos ein schwerer politischer Fehler des Regimes, der ihm aufs Neue den Zugang zu den bürgerlichen Politikern versperrte.
Der zweite Fehler war, daß das Regime sofort mehrere Verhaftete einem Schnellverfahren unterzog und diese teilweise zu harten Strafen verurteilte. Der verlogene Charakter der angeblichen "Demokratisierung" wurde vollständig offenbar.

Aus Protest gegen die Verurteilung der Demonstranten besetzten am Donnerstag, dem 15. November, mehrere tausend Studenten die in der Innenstadt gelegene Technische Universität. Die Studenten verbarrikadierten sich und führten gleichzeitig vor dem Gebäude und in seiner Umgebung Massenversammlungen durch. An diesen nahmen Zehntausende von Menschen teil, die in Sprechchören ihre Forderungen propagierten: "Nieder mit der Junta!", "Tod dem Papadopoulos", "Amis raus", "Weg mit der NATO". Es wurde die Volksrevolution propagiert. Über mehrere Sender, die die Studenten in der Technischen Universität eingerichtet hatten, wurde zum Sturz des faschistischen Regimes aufgerufen und wurden regimefeindliche Lieder verbreitet.
Das Regime zögerte zunächst mit der Räumung der Technischen Universität und sagte dem Senat der Universität zu, die Unabhängigkeit der Universität zu respektieren, schritt aber gegen die Straßenversammlungen ein.

FORTSETZUNG nächste Seite oben

Das Energiekrisengesetz: Notverordnung der Monopole

**Am letzten Freitag, dem 16. November, erklärte Bundeskanzler Brandt, daß das Bundeskabinett am Montag oder Dienstag Geschwindigkeitsbegrenzungen und ein Fahrverbot zunächst für Sonntag, den 25. November, beschließen werde. Eine Woche zuvor, am Freitag, den 9. November, war von allen Parteien im Bundestag einstimmig das "Energiekrisengesetz" verabschiedet worden, das die Bundesregierung ermächtigt, Notverordnungen zu erlassen "bei Gefährdung oder Störung der Einfuhren von Mineralöl oder Erdgas". Nach Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes erklärte Wirtschaftsminister Friderichs noch, daß die Bundesregierung keine Veranlassung sehe, von dem Gesetz unmittelbar Gebrauch zu machen, da die Versorgungsengpässe von 10 bis 15 % "durch freiwillige Verbrauchsbeschränkungen" ausgeglichen werden könnten. Nun erklärte der Minister, die Verbraucher hätten nicht die notwendige Vernunft gezeigt, und Bundeskanzler Brandt erklärte, die geplanten Einschränkungen seien "eine gute Erprobung des Gemeinschaftsgeistes".
Was wird gespielt, wenn der Kanzler die Zwangsbeschränkungen in der Energieversorgung der Bevölkerung eine "Probe auf den Gemeinschaftsgeist" nennt?
Vor den Öllieferbeschränkungen durch die arabischen Staaten hatte die Bundesregierung erklärt, die Bundesrepublik verfüge über Erdölreserven für 90 Tage, genug, um die gegenwärtige Versorgungslücke von weniger als 20 % auszugleichen, auch wenn sie länger als ein Jahr dauern sollte.
Eine Woche vor Verabschiedung des Energiegesetzes gab die Bundesregierung ihren Energieplan bekannt, der vorsieht, schon im kommenden Jahr weitere Kohlezechen zu schließen, wodurch 10 000 Bergleute ihren Arbeitsplatz verlieren, um bis 1978 den Anteil der Kohle an der Energieversorgung auf 15 % herabzuschrauben.**

Eine Änderung dieses Plans hat die Bundesregierung nicht beschlossen, genausowenig wie das Gesetz eine Kontrolle der Riesenölvorräte der Ölgesellschaften vorsieht. Der Energieplan der Bundesregierung und das Krisengesetz, das von allen Parteien im Bundestag gebilligt wurde, ist Ergebnis der "Beratungen" mit der Mineralölindustrie, woraus die Bundesregierung kein Hehl macht. Die Preiserhöhungen für Benzin und vor allem für Heizöl, das schon vor dem Nahostkrieg gegenüber dem Vorjahr um 100 % teurer wurde, werden durch das Krisengesetz nicht nur nicht verhindert, vielmehr ist das Krisengesetz ein Manöver, das den Ölmonopolen ermöglicht, ihre ungeheure Preistreiberei in gesteigertem Umfang fortzusetzen. Der Energieplan der Bundesregierung sichert langfristig durch den Abbau der Kohleförderung, daß die Ölgesellschaften das Energiegeschäft völlig in die Hand bekommen. Das Volk bezahlt diese Maßnahmen durch enorme Subventionen für Stillegungen an die Kohlebarone.
Die Bundesregierung betreibt das Geschäft mit der Angst im Interesse der Monopole und verfolgt zugleich deren politische Ziele, die Empörung des Volkes von den Ölmonopolen abzulenken und gegen die arabischen Völker zu richten, während das Großkapital und hohe Militärs keineswegs unabhängig von der Bundesregierung schon mit dem Gedanken einer militärischen Intervention in den Erdölländern spielen.
"Die Erprobung des Gemeinschaftsgeistes", die Bundeskanzler Brandt betreibt, ist nichts anderes als der Versuch, das Volk zu verführen, wie die Bundesregierung mit den Interessen der Monopole gemeinsame Sache zu machen.

–b.b.–

Wem nützt die Araberhetze?

Wem nützt die Araberhetze?

In den letzten Tagen und Wochen hat die araberfeindliche Hetze in den westdeutschen Zeitungen, in Rundfunk und Fernsehen einen neuen Höhepunkt erreicht. Anlaß für diese Hetze sind die gleichzeitige Preiserhöhung und Einschränkung der Ölausfuhr durch die ölproduzierenden arabischen Staaten. Damit haben die ölproduzierenden Staaten ihre wirtschaftliche Macht zum erstenmal in ihrem eigenen wirtschaftlichen und politischen Interesse eingesetzt. Sie haben also etwas gemacht, was alle Staaten tun. Warum ist die Empörung also so groß? Die Empörung ist deshalb so groß, weil man sich lange daran gewöhnt hat, die arabischen Staaten als Spielball fremder, imperialistischer Interessen zu betrachten und zu behandeln. Unter dem Druck der arabischen Volksmassen können sich heute aber selbst so reaktionäre Regimes wie das Königreich Saudiarabien und die halbfeudalen Scheichtümer am Persischen Golf eine solche Rolle nicht mehr leisten, wenn sie von den arabischen Volksmassen nicht hinweggefegt werden wollen.
Haben die internationale Arbeiterklasse und das westdeutsche Volk irgendeinen Grund, die Empörung der bürgerlichen Presse, des bürgerlichen Rundfunks und des bürgerlichen Fernsehens über die arabischen Maßnahmen zu teilen? Nein, sie haben keinen Grund. Durch diese Hetze sollen sie bloß vor den Karren der großen Ölkonzerne und des US- und BRD-Imperialismus gespannt werden und von der eigentlichen Ursache für die gegenwärtige Situation abgelenkt werden.
Die wirkliche Ursache für die gegenwärtige Situation ist die langandauernde rücksichtslose Ausplünderung der arabischen Länder durch die großen Erdölmonopole, die notwendig auf einen starken Widerstand bei den arabischen Völkern stößt und die die arabischen Staaten zu Abwehrmaßnahmen zwingt. Aus diesem ganz unvermeidlichen Widerstand der arabischen Völker und Staaten versuchen die großen Ölmonopole Profit zu schlagen, indem sie ihn zum Anlaß einer rücksichtslosen Preistreiberei und Spekulation nehmen. Was sie aus den arabischen Ländern nicht mehr widerstandslos zu Spottpreisen herauspumpen können, wollen sie über rücksichtslose Ausplünderung durch Preissteigerung und Versorgungsstopp aus den Völkern der Verbraucherstaaten erausholen. Natürlich gibt die westdeutsche Regierung dazu ihren Segen und leistet durch ihr sogenanntes Notprogramm direkte Beihilfe. Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Die Empörung der westdeutschen Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen über die aktuellen Versorgungsschwierigkeiten muß sich gegen die Erdölmonopole und gegen die Regierung richten. Dort sitzen die Schuldigen.

DIE ARABISCHEN STAATEN KÄMPFEN FÜR IHRE UNABHÄNGIGKEIT

Bis vor kurzem haben die arabischen Völker von ihrem natürlichen Reichtum an Öl überhaupt nichts gehabt. Dieses Öl wurde durch die großen Ölkonzerne ausgebeutet und diese hatten bestenfalls ein paar Almosen übrig für ein paar halbfeudale und feudale Herrscher, die sie für die Unterdrückung des Volkes brauchten und aushielten. Noch heute stehen die großen Ölkonzerne was den Umsatz und die Profite betrifft an der Spitze aller monopolkapitalistischen Konzerne. Vier Ölkonzerne sind die größten Konzerne der Welt überhaupt. 1971 haben die 39 amerikanischen Ölfirmen einen Umsatz von 65 800 Millionen US-Dollar gemacht und Profite von 4 600 Millionen US-Dollar. Das sind in jeder Hinsicht Rekordzahlen und sie wurden in keiner anderen Branche der USA erreicht. Im letzten Jahr haben die amerikanischen Ölkonzerne ihre Profite noch einmal um 60 % gesteigert. Ein großer Teil dieser Umsätze und Profite wurde mit dem Öl aus den arabischen Ländern erzielt. Es ist das Ziel der großen Ölkonzerne, weiterhin maximal von den Ölvorräten der arabischen Länder zu profitieren. Deshalb hat der US-Imperialismus auch ein großes Interesse daran, die arabischen Staaten schwach und in seiner Abhängigkeit zu halten. Die großen Ölkonzerne wollen die Preise, die sie den ölproduzierenden Ländern bezahlen müssen, möglichst nieder halten und die Ölproduktion in den arabischen Ländern möglichst erhöhen, um möglichst hohe Profite zu machen, die sie durch hohe Verkaufspreise in Europa, Japan und den USA selber erzielen. Das Interesse der arabischen Staaten ist in allem gerade umgekehrt: sie wollen einen möglichst hohen Preis für ihr Öl von den Ölmonopolen erhalten und sie wollen nicht, daß ihr Ölvorrat in kurzer Zeit zugunsten der hohen Profite der Ölkonzerne erschöpft wird und sie dann in die Luft gucken können. Gegen die Verbraucher des Öls richtet sich dieser Kampf der arabischen Staaten genausowenig wie der Kampf der von den Monopolen abhängigen Bauern für höhere Erzeugerpreise. Er richtet sich gegen die Ölkonzerne und gegen sonst niemand. Diese allerdings nützen ihr wirtschaftliches Monopol

FORTSETZUNG nächste Seite

Fortsetzung, Griechenland: das Regime wankt

Am Freitag, 16. November, rufen die Studenten über ihre Sender zu Streiks, Demonstrationen und dem Sturz des Regimes auf. Offensichtlich glauben die Studenten, dem Regime rasch tödliche Schläge versetzen zu können.
Nach Meldungen westdeutscher Presseberichte rufen die Sender der Technischen Universität nach heftigen Straßenschlachten im Verlauf des Freitags am Abend zu neuen Demonstrationen auf: "Diese Nacht ist unsere Nacht!" "Habt keine Angst vor der Polizei! Die Junta stürzt heute nacht!"

Tatsächlich ist zu diesem Zeitpunkt die Bewegung längst nicht mehr auf die Studenten beschränkt. Laut Rundfunkmeldungen in Westdeutschland haben sich an die Spitze der Demonstrationen Bauarbeiter gestellt. Die Arbeiter nehmen die Bewegung also auf und beginnen ihre Führung zu übernehmen.

In der Nacht von Freitag auf Samstag stürmen die Polizei und Armee die Technische Universität, während in der ganzen Stadt Straßenschlachten stattfinden und Barrikaden umkämpft werden. Die Studenten können die technische Universität trotz mutigen Widerstandes nicht halten. Vier Studenten werden ermordet, zahlreiche verletzt. Im Verlauf des Samstags holt die Junta zu einem umfassenden Gegenschlag aus. Zu diesem Zeitpunkt hat sich die Bewegung auch außerhalb Athens entwickelt, vor allem in Patras und Saloniki. Die Junta versucht die Bewegung in Blut zu ersticken. In Athen werden Panzer und Maschinenpistolen gegen die Demonstranten eingesetzt. Papadopoulos ruft den Ausnahmezustand aus und erläßt ein Ausgehverbot. Es herrscht Kriegsrecht. Die zivile Regierung, die immer nur ein Feigenblatt für die Geschäfte der Junta war, gibt die Geschäfte ab und legt sie in die Hände der militärischen Oberbefehlshaber.

Über den weiteren Verlauf der Kämpfe wird entscheiden, ob die Arbeiter den begonnenen Kampf fortsetzen und in den Streik treten. Wenn die Kämpfe fortgesetzt werden können, dann wird sich zweifellos die ganze Sippschaft der bürgerlichen Politiker als Vermittler anbieten und versuchen, die Bewegung wieder in die Hand zu bringen, die ihr aus den Händen geglitten ist und revolutionäre Züge angenommen hat.

Die Bedingungen für einen umfassenden Sieg der Arbeiterklasse und des Volkes in Griechenland scheinen noch nicht herangereift. Noch fehlt eine klare Führung. Die alten bürgerlichen Parteiführer stehen bereit, um die Macht an sich zu reißen, wenn es der Arbeiterklasse und dem Volk gelingt, sie der Junta aus der Hand zu schlagen. Es wird die Aufgabe der revolutionären Kräfte und der Kommunisten sein, die Arbeiterklasse weiterzuführen im Kampf gegen die Bourgeoisie und den Imperialismus, mit dem auch die bürgerlichen Parteiführer nicht anders als die Junta zusammenarbeiten. Dann werden der Arbeiterklasse und dem Volk alle bürgerlichen Kräfte mit dem Schlagwort der "Demokratie" entgegentreten, mit keinem anderen Ziel, als die Arbeiterklasse und das Volk an der Verwirklichung seiner Demokratie und an der Beseitigung der Herrschaft der Bourgeoisie zu hindern.

Das Regime von Papadopoulos wird sich sicherlich nicht noch einmal festigen. Dagegen spricht schon allein die miserable wirtschaftliche Lage mit einer galoppierenden Teuerung.

Vor allem aber spricht dagegen die tiefe Unzufriedenheit der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen mit ihrem Zustand der Unfreiheit und Unterdrückung, in dem sie durch das Regime gehalten werden. "Brot und Freiheit" ist die Hauptparole der Demonstranten. Keines von beiden kann die Junta bieten.
Hinter dem Regime steht der US-Imperialismus, der das Regime auch mit Hilfe der NATO und dem amerikanischen Geheimdienst CIA in den Sattel gehoben hat, als einzig reale Kraft. Deshalb ist es sehr richtig, wenn die griechischen Arbeiter und Studenten nicht nur gegen Papadopoulos kämpfen, sondern fordern: "Amis raus" und "Weg mit der NATO". Die Volksrevolution, zu der sie aufrufen, kann nur dann einen Sieg erringen, wenn sie den US-Imperialismus zum Rückzug aus ihrem Land zwingt.

Die Aufgabe des internationalen Proletariats und aller fortschrittlichen Menschen liegt darin, gerade diese Forderungen zu unterstützen und den Kampf gegen den US-Imperialismus als wichtigste Unterstützung des griechischen Volkes zu verstehen. Für die Arbeiterklasse und das Volk in Westdeutschland sind diese Forderungen nicht fremd. Auch in Westdeutschland stehen US-Truppen und auch für Westdeutschland existieren NATO-Pläne, wie eine revolutionäre Volkserhebung mit Hilfe der Armee zerschlagen werden soll. Deshalb fordern die Kommunisten auch für Westdeutschland: Amis raus aus Westdeutschland! Westdeutschland raus aus der NATO! Der Kampf zur Durchsetzung dieser Forderungen ist auch in Westdeutschland notwendiger Bestandteil des Kampfes für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes auf dem Weg zum Sieg über die Ausbeuterklasse und zur Errichtung des Sozialismus.

Wie immer die gegenwärtigen Kämpfe in Griechenland in den nächsten Tagen und Wochen verlaufen werden: eines haben diese heroischen und mutigen Kämpfe schon jetzt gezeigt: Kein faschistisches Regime kann heute der Herrschaft der Bourgeoisie und des Imperialismus politische Stabilität verleihen – weder in Griechenland, noch in Chile, Spanien, Portugal, der Türkei oder anderswo.
Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung und Völker wollen die Revolution – dies ist bereits zu einer unwiderstehlichen Strömung der Geschichte geworden. Die Kämpfe in Griechenland sind ein weiterer Beweis für die Kraft dieser Strömung.

–G.S.–

Forts. Wem nützt die Araberhetze?

auf dem Weltmarkt dazu aus, für jede Mark, die sie den arabischen Staaten mehr zahlen müssen, ein Vielfaches wieder hereinzuholen.
Der Kampf zwischen den arabischen Staaten und den großen Ölkonzernen hat nicht erst jetzt begonnen, auch wenn er erst jetzt vielen Menschen ins Bewußtsein kommt. Seit einigen Jahren haben sich die ölproduzierenden Staaten der Dritten Welt und in diesem Rahmen die ölproduzierenden arabischen Staaten zusammengeschlossen, um durch gemeinsames Auftreten gegenüber den großen Ölkonzernen ihre Position zu verbessern und höhere Erzeugerpreise zu erzielen. Das neue in der gegenwärtigen Situation ist nicht, daß die arabischen Staaten den Kampf gegen die Ölkonzerne aufgenommen haben, **sondern daß sie diesen Kampf ausdehnen auf die imperialistischen Staaten, die hinter diesen Ölkonzernen als politische und militärische Stütze stehen also vor allem gegen den US-Imperialismus und teilweise gegen die europäischen imperialistischen Staaten.**

DER KAMPF GEGEN DEN ISRAELISCHEN AGGRESSOR RICHTET SICH NOTWENDIG GEGEN DEN US-IMPERIALISMUS UND DIE ANDEREN PRO-ISRAELISCHEN STAATEN

Eines der wichtigsten Mittel des US-Imperialismus, um die arabischen Staaten in Abhängigkeit und Unterdrückung zu halten, ist der israelische Kolonialstaat, den er mit Waffen und Kapital vollstopfte, um ihn gegen die Araber zu rüsten. So ist es nur folgerichtig, daß die arabischen Staaten, um den israelischen Aggressor zu schwächen und zurückzuschlagen, zur Waffe des Ölboykotts gegen die USA und gegen die anderen pro-israelischen imperialistischen Staaten greifen. Kurzfristig dient dieser Boykott dazu, die Position des israelischen Aggressors zu schwächen, langfristig handelt es sich um einen Bestandteil des Kampfes gegen die großen Erdölmonopole und für die Kontrolle über die eigenen Ölvorräte. Die arabischen Staaten können es sich einfach nicht leisten, ihr Öl zu Schleuderpreisen an die großen Konzerne abzugeben, die daraus riesige Profite ziehen, um dann in einigen Jahren, wenn das Öl erschöpft ist, genau so schwach dazustehen wie vorher. Die Ölvorräte der arabischen Staaten sind schließlich nicht unerschöpflich.

DAS GESCHREI ÜBER DIE "ERPRESSUNG" DURCH DIE ARABISCHEN STAATEN IST PURE HEUCHELEI

Die arabischen Staaten werden vom Imperialismus unterdrückt und in Abhängigkeit gehalten und es ist nur gerecht, wenn sie im Kampf für ihre Unabhängigkeit die Waffe einsetzen, die sie haben: das Öl.
Die bürgerlichen Politiker, Presse, Rundfunk und Fernsehen versuchen die westdeutsche Arbeiterklasse und das westdeutsche Volk gegen die Araber aufzuhetzen. Eines ihrer beliebtesten Mittel ist dabei, die Araber als schwerreiche Ölscheichs darzustellen und den Versuch der arabischen Staaten, ihre Ölvorräte vor Verschleuderung zu schützen und für die Erringung einer gewissen Unabhängigkeit gegenüber dem Imperialismus einzusetzen, als unmoralischen Terror anzuprangern. Natürlich herrschen in einigen arabischen Staaten halbfeudale reaktionäre Regimes, natürlich sind auch die arabischen Republiken, was ihre inneren Verhältnisse betrifft, keinesweges fortschrittlich. In dem Konflikt der arabischen Staaten mit den Ölkonzernen, dem imperialistischen Brückenkopf Israel, dem US-Imperialismus und den anderen imperialistischen Staaten, ist aber diese Seite nicht entscheidend. Entscheidend ist, daß sogar die halbfeudalen arabischen Regimes und die bürgerlichen Republiken unter dem Druck der Volksmassen gezwungen sind, in dieser Frage einen Kurs auf Unabhängigkeit und gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch den Imperialismus einzuschlagen. Natürlich ist die Ölpolitik in der Hand dieser Regimes auch ein Versuch, die breiten Volksmassen vom bewaffneten und langandauernden Kampf gegen den israelischen Aggressor und seine imperialistischen Helfershelfer abzuhalten. Aber nicht deswegen greifen die Imperialisten die arabischen Staaten an. Sie greifen sie an, weil die Position dieser Staaten in bestimmter Weise den Interessen der arabischen Völker dient und in bestimmter Weise den Interessen des Imperialismus schadet.

DIE HETZE GEGEN DEN ANGEBLICHEN TERROR DER ARABISCHEN STAATEN DIENT DER KRIEGSVORBEREITUNG

Der größte Verdiener am arabischen Öl in Westdeutschland ist der westdeutsche Staat. Bezogen auf Westdeutschland sind die an sich riesigen Profite der großen Ölkonzerne, verglichen mit den Steuereinnahmen, die der westdeutsche Staat aus dem arabischen Öl zieht, fast ein Pappenstil. An jedem Mineralprodukt, das in Westdeutschland auf den Markt kommt, verdient der westdeutsche Staat den Löwenanteil, nämlich rund 60 %. Der westdeutsche Staat verdient an den Mineralölerzeugnissen aus arabischem Öl auch wesentlich mehr als die arabischen Staaten. Während diese an jedem Barrel Rohöl (159 Liter) rund 3,50 Dollar oder 8,40 DM verdienen, erhält der westdeutsche Staat aus Steuern auf das entsprechende Mineralölprodukt 17,90 Dollar oder 43 DM, d. h. mehr als das Fünffache vom Anteil des Erzeugerlandes (siehe Wirtschaftswoche vom 26.10.73). Der westdeutsche Staat erhält so über seine Steuern natürlich auch den Löwenanteil jeder Preiserhöhung, die auf dem westdeutschen Markt von den Monopolen durchgesetzt wird. Die Einnahmen aus der Steuer auf Mineralölerzeugnisse bildet einen wesentlichen Bestandteil des westdeutschen Staatshaushaltes überhaupt. Schon daran sieht man wie heuchlerisch das Geschrei westdeutscher Politiker über das arabische Erdölmonopol ist. In Westdeutschland ist der westdeutsche Staat zumindest was die **Einnahmen** aus den Erdölerzeugnissen betrifft, der entscheidende Monopolist, der in dieser Hinsicht auch noch die Erdölkonzerne weit in den Schatten stellt.
Der westdeutsche Imperialismus hat an dem arabischen Erdöl nicht nur deshalb ein vitales Interesse, weil die westdeutsche Industrie auf dieses Öl angewiesen ist, sondern auch weil er sich aus diesem Öl finanziert. Ist es da nicht leicht verständlich, daß die westdeutschen Imperialisten mit dem Gedanken spielen, sich dieses Öl direkt durch Besetzung von Teilen des arabischen Territoriums anzueignen? So heißt es in der Wirtschaftswoche vom 26.10. denn auch kurz und bündig:
"Um die ständige Ausbeutung durch das Arabermonopol zu vermeiden, haben die europäischen Abnehmer – da es noch kein Weltkartellamt gibt, das den Arabertrust zerschlagen könnte – nur diese Möglichkeiten:
- *Versorgung durch Erdöl aus nicht arabischen, nichtmonopolisierten Gebieten;*
- *Umsteigen auf andere Energiequellen;*
- *Nichtmarktwirtschaftliche Intervention (z. B. Eroberung der Erdölgebiete).*

Eine Intervention könnte in den wenig bevölkerten Gebieten Lybiens und der arabischen Halbinsel am kostengünstigsten sein."
Bei diesen Überlegungen handelt es sich natürlich nicht um die Phantasien eines weltfernen Journalisten, sondern durchaus um die Konsequenzen der Politik des westdeutschen Imperialismus. Nicht umsonst wollte Scheel offenbar schon während des Krieges im Nahen Osten am liebsten westdeutsche Truppen zur 'Friedensstiftung' auf die Golanhöhen und an den Suezkanal schicken. Laut Spiegel vom 25.10. werden dieselben Überlegungen wie in der Redaktion der Wirtschaftswoche auch auf höchster Ebene der Nato angestellt. Der Spiegel zitiert einen "hohen Nato-Diplomaten" folgendermaßen: "Wenn wir Lybien besetzen, werden die Russen doch wohl kaum den Atomkrieg riskieren." Als Bundeswirtschaftsminister Friederichs vom Spiegel eine Woche später gefragt wurde: *"Nato-Offiziere spielen bereits mit dem Gedanken, die westlichen Länder sollten sich notfalls mit Gewalt in den Besitz der Ölquellen bringen. Ist das auch für die Bundesregierung das letzte Mittel, wenn in Europa die Lichter ausgehen und Millionen Menschen arbeitslos auf der Straße stehen?"* antwortete er vielsagend: *"Ich kann mir das nicht vorstellen."* Tatsächlich ist die gegenwärtige Hetze gegen die Araber nichts anderes als der Versuch, das Volk psychologisch auf einen Krieg vorzubereiten. Schon werden Maßnahmen der arabischen Staaten für eine drohende Krise verantwortlich gemacht, die mit den schwärzesten Farben an die Wand gemalt wird. Wozu dient dies anderes als dazu, der Arbeiterklasse und dem Volk als Ausweg aus der sicherlich bevorstehenden Krise, die aber ganz andere Gründe hat als die arabischen Maßnahmen und schon lange vor diesen sich abzeichnete, den imperialistischen Krieg vorzugaukeln?
Auch die verschiedenen Notstandsmaßnahmen, die in der letzten Zeit durchgeführt werden, sind vor allem unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Kein Zweifel, die herrschende Klasse und ihre führenden Politiker, gerade auch in der SPD-FDP-Regierung werden nicht vor einem Krieg zurückscheuen, wenn sie auch nur einen Funken Hoffnung haben, das Volk würde sich nicht gegen dieses neuerliche Verbrechen des westdeutschen Imperialismus erheben.

NUR DER SIEG ÜBER DEN IMPERIALISMUS BEWAHRT DIE VÖLKER VOR AUSBEUTUNG, UNTERDRÜCKUNG UND KRIEG

Die Ursache für die gegenwärtige Situation ist nicht die Maßnahme der arabischen Staaten gegen den Imperialismus, sondern ist der Imperialismus, der die arabischen Staaten zu solchen Maßnahmen zwingt, wenn sie nicht weiter Spielball der israelischen Aggressoren, der Erdölmonopole und des Imperialismus bleiben wollen. Diese Maßnahmen sind nicht gegen die internationale Arbeiterklasse gerichtet und gegen das westdeutsche Volk, sondern machen im Gegenteil deutlich, daß das westdeutsche Volk unter Führung der Arbeiterklasse den Kampf gegen den Imperialismus aufnehmen muß, um seinen Beitrag zu leisten zur Herstellung einer Welt, in der Völker ohne Ausbeutung und Unterdrückung gemeinsam über die Schätze der Natur und die Erzeugnisse ihrer Arbeit verfügen können, indem sie sie untereinander austauschen. Von dieser Einsicht abhalten soll die Hetze gegen die Araber: als ob die westdeutsche Arbeiterklasse und das westdeutsche Volk irgendetwas von der Ausbeutung und Unterdrückung der arabischen Völker hätten. In Wirklichkeit werden die Völker über die Schätze der Natur und über die Produkte ihrer Arbeit nur dann friedlich verfügen können, wenn sie den Imperialismus in jeder Gestalt besiegt haben.

J.S.

Leserbrief z. Nahostkrieg

Die Imperialisten behaupten, wir wären naturgegeben vom arabischen Öl abhängig. Diese Lüge ist leicht zu widerlegen, Öl kann weitgehend durch andere Energie ersetzt werden. Die Produktion von einem Liter Benzin aus Kohle soll ca. 1 DM kosten (Süddeutsche Zeitung, 9.11.). Allerdings ist die Arbeit in dieser Richtung systematisch vernachlässigt worden. Denn es ist für die Bourgeoisie profitabler, den arabischen Völkern ihren nationalen Reichtum zu rauben und dafür 1974/76 10 000 Beschäftigte in vier Zechen der Ruhrkohle AG auf die Straße zu werfen.
Auch das Geschrei, man könne jetzt nicht so rasch auf andere Energiequellen umschalten und die arabischen Länder nutzten diesen Umstand aus, zieht nicht. Ohne Skrupel haben die imperialistischen Monopole und Politiker die Kohlenkrise mit Massenentlassungen von Bergleuten herbeigeführt und sie setzen diese Politik fort. Ihre Spekulation sieht auch heute so aus: Es ist für sie profitabler, die arabischen Länder politisch und militärisch abhängig zu halten, ja sie sogar direkt militärisch zu besetzen, (Wirtschaftswoche Nr. 44: "Eine Intervention könnte in den wenig bevölkerten Gebieten Libyens und der arabischen Halbinsel am kostengünstigsten sein."), als den Kohlebergbau zu organisieren.

Der Platz für die Kohle
Steinkohle-Förderung in Millionen t
1960 142
1966 126
1972 102
1978 83 (Ziel der Bundesregierung)
Anteil am Energieverbrauch in %
60 38 23 15

Der Anteil der Kohle am Energieverbrauch soll auf 15 % gesenkt werden.



Durch direkte Kriegseinwirkung in Syrien und Libanon sind vier wichtige Ölhäfen (Banias, Tripoli, Sidon und Tartus) zerstört worden, die zusammen eine Jahreskapazität von fast 100 Millionen Tonnen haben, das ist über fünfmal soviel, wie der Benzin-Jahresbedarf der Bundesrepublik, der 1972 18,1 Millionen Tonnen betrug, und fast genausoviel wie die Gesamtrohöleinfuhr, die 1972 102,6 Millionen Tonnen betrug. (nach: Deutsche Zeitung, 9.11.73 und Wirtschaftswoche, 23.3.73, sowie Mannheimer Morgen, 6.11.73)



Insgesamt kamen 137 Millionen Tonnen Rohöl 1972 in Rotterdam an, von denen die Niederlande selbst nur 25 Millionen Tonnen, die Bundesrepublik ca. 30 Millionen Tonnen im Jahr abnimmt. Das Fassungsvermögen der riesigen Tankanlagen in Rotterdam ist fast so groß wie die Gesamtmenge, die in einem Jahr von Rotterdam in die BRD fließt.

Diese Tanks zu 40 000 bis 100 000 t, majestätische Bottiche, die sich im Hafenareal so drängeln wie die Olivenöl-Pötte im alten Pompeji, auf Gelände erbaut, das die Stadt für 25 Jahre verpachtet hat, sind alle in Privatbesitz. Zur Mehrzahl gehören sie den großen Öl-Konzernen, zu einem Teil jedoch holländischen Hafen-'Baronen' wie Pakhoed, Matex, die diese Tanks wiederum an jene privaten Öl-Jobber vermietet haben, die derzeit güldene Geschäfte mit der Angst der Ahnungslosen machen. Wie viele Millionen Tonnen Öl oder Fertigprodukte in diesen Tanks auf noch bessere Preise lauern – das weiß nicht einmal die verantwortliche Hafendirektion.

(aus Deutsche Zeitung,9.11.73)

Extreme Profite

DIE VERDIENSTE DER ÖL-MONOPOLE

Am 18. Oktober schrieb die Süddeutsche Zeitung einen Bericht: "Frachtraten in schwindelnder Höhe", der beginnt: "Die Seefrachten haben jetzt eine Höhe erreicht, die selbst die während der Suez-Krise 1957 erreichten Rekorde in den Schatten stellen." Der Frachtpreis für 1 Tonne Rohöl stieg bis auf 45 Dollar. Am 25.10. rutschten nach dem Ölembargo die Raten auf 10,75 Dollar je Tonne ab. Die Süddeutsche Zeitung erschien mit einem Artikel "Tankerfrachtenmarkt bricht zusammen." Weiter ist dort zu lesen, daß bei diesem Preis, der als extrem niedrig angesehen wird, "die Eigner von Mamuttankern noch ein gutes Geschäft (machen), da die Rentabilitätsschwelle für diese Fahrzeuge bei etwa 3 Dollar je Tonne liegt. Für kleinere Tanker von 30 000 bis 60 000 Tonnen Tragfähigkeit wird die Lage aber kritisch, da diese etwa 10 Dollar erhalten müssen, um ihre Unkosten zu decken. Die Krise ... brach aus, weil die noch verfügbaren Mengen von den Ölmonopolen leicht mit der eigenen Flotte einschließlich der auf längere Zeit gecharterten Tanker abtransportiert werden können." Daraus geht hervor, daß die Ölmonopole ca. 80 % des Ölfrachtgeschäfts selbst betreiben und was für ein ungeheurer Profit in diesem Geschäft steckt, so daß die Großtanker noch bei Niedrigstpreisen über 300 % Profit abwerfen.

Gibt es Frieden in Nahost?

DIE SUPERMÄCHTE HALTEN DEN SPANNUNGSZUSTAND AUFRECHT

Am 11. November haben Ägypten und Israel ein Abkommen zur Verwirklichung des am 22./23. Oktober vom UN-Sicherheitsrat geforderten Waffenstillstands unterzeichnet. Die Vereinbarungen legen fest: die Einhaltung des Waffenstillstandes; die Sicherung der Versorgung der Stadt Suez und des nichtmilitärischen Nachschubs für das Ostufer; die Ersetzung der israelischen Kontrollpunkte an der Straße Kairo – Suez durch UNO-Kontrollpunkte und den Austausch aller Kriegsgefangenen einschließlich der Verwundeten sowie vor allem die Aufnahme von Gesprächen, um die Rückkehr auf die Positionen vom 22. Oktober vorzunehmen.

In den westlichen imperialistischen Ländern wurde dieses Abkommen als Meisterstück US-amerikanischer Friedensdiplomatie gefeiert. "Wie ein Zauberer auf fliegendem Teppich ist Präsident Nixons Staatssekretär in den vergangenen vier Wochen in der Welt herumgesaust. Wie Kaninchen aus Zylinderhüten sind seinen Interventionen Kompromißformeln entsprungen, die so oder so das Etikett 'friedensfördernd' verdienen", schreibt die Neue Zürcher Zeitung. In der Sowjetunion geht man davon aus, daß "die Voraussetzungen für die Lösung des Nahostkonfliktes noch nie so günstig gewesen" seien (Prawda, zitiert nach Süddeutsche Zeitung).

Welche Realität die USA als "friedensfördernd" und die Sowjetunion als "günstig für eine Lösung" ansehen, das zeigt folgendes:

Das Abkommen war gerade einige Stunden alt, als die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir auf einer Presseerklärung in London erklärte, es gebe keine Positionen vom 22. Oktober, niemand kenne eine solche Waffenstillstandslinie. Damit verneinte sie den wesentlichsten Bestandteil des Vertrages, den ihr General gerade unterzeichnet hatte.

Als am 12.11. ungefähr 150 Journalisten die Kontrollpunkte an der Straße Kairo – Suez passieren wollten, um nach Suez zu fahren, wurden sie von israelischen Posten "ohne Kommentar" zurückgewiesen.

Am gleichen Tag wurde ein Konvoi von Rote-Kreuz-Wagen, die Medikamente und Lebensmittel nach Suez bringen sollten, fast 10 Stunden von den Israelis festgehalten, und dann nur mit Blutplasma und Antibiotika, also ohne Lebensmittel, Decken und andere Versorgungsgüter, durchgelassen.

Ebenfalls am Montag nach der Unterzeichnung des Abkommens gab es ein "Handgemenge" zwischen israelischen und UN-Soldaten, als die Israelis eine von den UN-Truppen am Eingang der Stadt Suez errichtete Straßensperre demontierten. Der Konflikt wurde erst beigelegt, nachdem der finnische UN-General Siilasvuo dem israelischen Verteidigungsminister Dayan versichert hatte, daß es sich hier lediglich um einen Beobachtungsposten handele. Die UNO-Truppen geben der Verletzung des Abkommens nach, kaum daß es geschlossen ist.

Nachdem inzwischen zwei weitere Treffen von militärischen Vertretern Israels und Ägyptens stattgefunden haben, ist die Frage der Positionen vom 22. Oktober stillschweigend unter den Tisch gefallen (alle Meldungen aus: Le Monde – französische Tageszeitung – 11. und 16.11.).

Die einzig ersichtliche Erfüllung des Abkommens besteht in der Einleitung des Gefangenenaustausches, der am 15. November begonnen hat.

Nixons Staatssekretär Kissinger tritt inzwischen weniger optimistisch auf und weist darauf hin, daß man solche Sachen schließlich nicht übers Knie brechen könne, es werde eventuell ein halbes Jahr oder länger dauern, bis man eine befriedigende Lösung



Israelischer Posten mit Beutemobiliar vor der verlassenen Stadt Suez

gefunden habe. Am 17.11. wurde in London bekannt, daß die für den 10. Dezember angesetzte "Friedenskonferenz" auf Anfang Januar verschoben ist.

DIE SUPERMÄCHTE HALTEN DEN SPANNUNGSZUSTAND AUFRECHT

Der Waffenstillstand ist von den Supermächten erzwungen worden in einer Situation, die es der israelischen Armee ermöglichte, einen kurzfristig gewonnenen Vorteil (Durchbruch auf das Westufer) breit auszubauen und militärisch eine für sie günstigere Lage (Einkesselung der 3. ägyptischen Armee) herzustellen.

Beide Supermächte, sowohl die Sowjetunion als auch die USA, rivalisieren im Nahen Osten um Machtpositionen. Kissinger sagt das ganz offen; gegenüber dem Chefredakteur und Sadat-Berater Heycal hat er erklärt: "daß das Machtgleichgewicht zwischen den USA und der Sowjetunion ein Faktor in Washingtons Bemühungen um eine Lösung im Nahen Osten ist. Die USA können weder heute noch morgen zulassen, daß sowjetische Waffen einen großen Sieg oder auch nur ein Unentschieden gegen amerikanische Waffen erringen" (Süddeutsche Zeitung, 17./18.11.).

Doch dabei geht es ihnen nicht um Prestige, sondern um die Vorherrschaft in der Ausplünderung der Völker.

Die Sowjetunion, die sich als "Freund der arabischen Völker" aufspielt, läßt an ihren Taten erkennen, worum es ihr im Nahen Osten geht. Die sowjetischen Militärbasen in Ägypten und Syrien sind praktisch exterritoriales Gebiet. Während der israelisch-syrischen Luftkämpfe über der syrischen Hafenstadt Tartus einige Tage vor Kriegsausbruch weigerten sich die sowjetischen Besatzungen der Boden – Luft Raketenbasen die Abschußrampen in Stellung zu bringen. Die sowjetischen Militärberater in den arabischen Ländern führen sich auf als wären sie im eigenen Land, sie handeln nur im eigenen Interesse.

Der US-Imperialismus verfügt im Nahen Osten über den militärischen Brückenkopf des Staates Israel mitten im Herzen der arabischen Länder – und er verfügt über 2/3 der Erdölquellen in den arabischen Ländern. Aber seine Position ist bedroht durch den Unabhängigkeitskampf der Völker, die über ihre Rohstoffe selbst verfügen wollen. Einige Quellen sind schon verstaatlicht.

Die Sowjetunion versucht sich das Unabhängigkeitsstreben der Völker zunutze zu machen, um selbst die arabischen Völker zu unterwerfen und die Reichtümer der Länder in die Hand zu bekommen.

Keiner der beiden Supermächte kann für sich allein die uneingeschränkte Vormachtstellung und die alleinige Unterdrückung und Ausplünderung der arabischen Völker erreichen ohne die weltweite Konfrontation, auf die die weltweite imperialistische Konkurrenz der beiden Supermächte jedoch unweigerlich zusteuert. Zugleich aber ist das Unabhängigkeitsstreben der Völker gegen die imperialistischen Interessen beider Supermächte gerichtet und bedroht immer erfolgreicher ihre Weltherrschaftspläne.

In dieser Situation ist ein Sieg Israels und des US-Imperialismus unmöglich, zugleich aber kann die Sowjetunion kein Interesse an einem Sieg der arabischen Völker haben. Vielmehr garantiert die Existenz des Staates Israel und die Aufrechterhaltung der ständigen Bedrohung gegenüber den arabischen Völkern beiden Supermächten größtmöglichen Einfluß. Die gemeinsame Kontrolle über den Spannungszustand soll die arabischen Völker in Schach halten, damit die Supermächte ungestört um die Ausbeutung der Völker und ihrer Rohstoffreichtümer konkurrieren können. Das ist der Zweck der gemeinsamen Entspannungspolitik der Supermächte, die ohne die von ihr geschaffenen und aufrechterhaltenen Spannungssituationen nicht existieren kann. Solange die Supermächte das Heft in der Hand behalten, wird deshalb der Zustand zwischen Krieg und Waffenstillstand in Nahost bleiben. Deshalb ist von den Verhandlungen auch nicht mehr zu erwarten als die Aufrechterhaltung dieses Zustandes.

Die Frage ist, wie lange sie diesen Betrug aufrechterhalten können.

In einigen arabischen Ländern wächst die Erkenntnis über den Charakter der Sowjetunion und das Spiel, das die Supermächte im Nahen Osten zu treiben versuchen.

Syrien hat ein vergleichbares Abkommen mit Israel abgelehnt, Gefangene werden nur unter der Bedingung ausgetauscht, daß gefangene palästinensische Widerstandskämpfer als normale Kriegsgefangene gelten. Das ist für Israel jedoch unannehmbar, würde es doch die Anerkennung der Palästinenser bedeuten.

Der algerische Staatspräsident Boumedienne hat erklärt, er habe bei seinem Moskauaufenthalt am 14./15. Oktober versucht klarzumachen, daß die Araber für eine gerechte Sache kämpfen, habe aber feststellen müssen, daß die Sowjetunion von einem anderen Postulat ausgeht: um jeden Preis die Koexistenz mit den USA zu retten, es sei ihm klargeworden, "daß die sowjetischen Führer mit der Zeit verbürgerlicht seien und Moskau nicht mehr wie 1917 das Zentrum der Weltrevolution ist". (Le Monde, 14.11.).

Die arabischen Volksmassen lehnen den Waffenstillstand ab.

Auch wenn viele arabische Regimes kleinbürgerlichen und halbfeudalen Charakter haben, so hat der bisherige Verlauf der Kämpfe bereits gezeigt, daß ihre Staatsoberhäupter die Forderungen der Massen nicht mehr ignorieren können, wollen sie nicht von ihnen hinweggefegt werden. Nur so ist überhaupt der Ausbruch des Krieges zu verstehen.

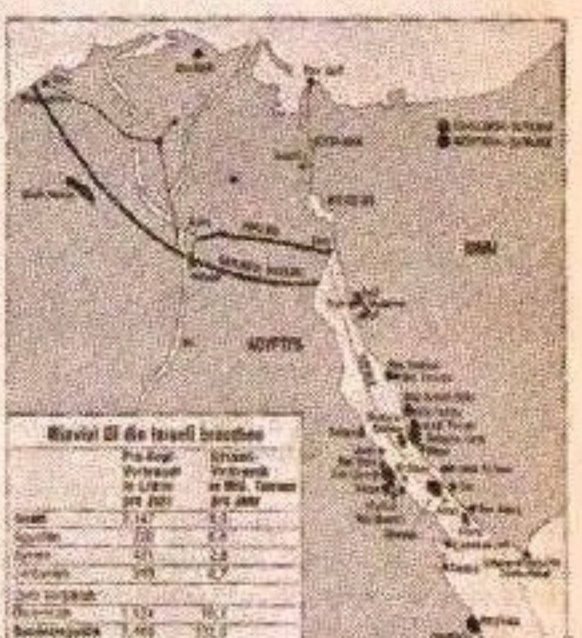
Während mit dem Ausbruch der Kämpfe den Supermächten für eine gewisse Zeit das Heft aus der Hand geglitten war, haben sie es mit dem Waffenstillstand wieder einigermaßen an sich reißen können. Die arabischen Volksmassen haben mit den ersten errungenen Siegen das Vertrauen in die eigene Kraft gewonnen. Sie werden immer wieder und immer häufiger in der Lage sein, den Supermächten das Heft aus der Hand zu nehmen. Inwieweit das schon in nächster Zeit gelingt, wird sich ablesen lassen an den Ergebnissen der arabischen Gipfelkonferenz am 26. November in Algier, die die Position der arabischen Länder für die Friedenskonferenz festlegen soll.



Die israelischen Besatzer vertreiben arabische Landbewohner. Die Zionisten und ihr Staat können und wollen mit den Arabern nicht in Frieden leben. Denn der Staat Israel beruht seit seiner Entstehung auf der Vertreibung der Palästinenser und der Expansion gegen die arabischen Staaten.

"Kein Zionist kann auch nur auf dem kleinsten Teil von Groß-Israel (vom Euphrat bis zum Nil) verzichten." (Ben Gurion) Die Zukunft der arabischen Völker sieht aus dieser Sicht so aus, wie es Golda Meir ausgedrückt hat, als sie im Europa-Parlament in Straßburg nach dem Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes gefragt wurde: "Ein palästinensisches Volk? So etwas gibt es nicht!"

Besetzte Ölfelder



Mit der Eroberung der Sinaiinsel erobert Israel zugleich einen großen Teil der Ägyptischen Erdölgebiete, die es jetzt ausbeutet. Israel behauptet jährlich 6 Millionen Tonnen Erdöl dort zu fördern, das entspricht ihrem Gesamtverbrauch. Da aber Ägypten vor der Besetzung 1967 schon 7 Millionen Tonnen jährlich förderte, gelten die israelischen Angaben als weit untertrieben. So hat Israel inzwischen eine Raffineriekapazität für 11 Millionen Tonnen aufgebaut. Vor allem ist der Besitz der ägyptischen Erdölquellen für Israel eine entscheidende Voraussetzung für die militärische Expansion. Freiwillig wird Israel durch keine Verhandlungen deshalb die besetzten Sinaigebiete zurückgeben.

Es geht Israel nicht um Pufferzonen, sondern um die Beherrschung und Unterwerfung des gesamten Nahostgebietes.

(Zahlen und Schaubild aus Wirtschaftswoche, 9.11.73)

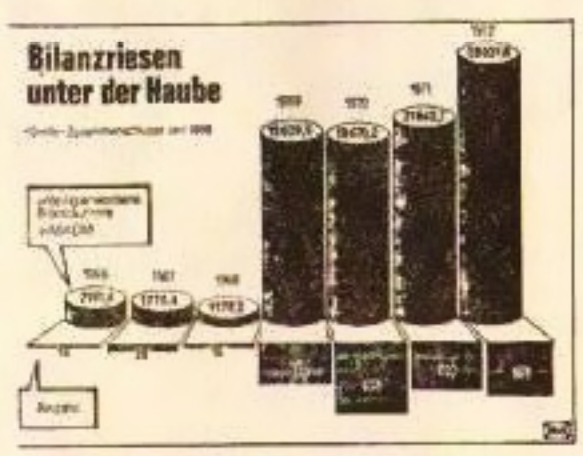
Die Ursache ist das Kapital

KAPITALKONZENTRATION U. -EXPORT – STILLEGUNGEN, KURZARBEIT, ENTLASSUNGEN

Der Normalzustand der kapitalistischen Gesellschaft, die Existenz der industriellen Reservearmee, wird für die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik immer spürbarer. Arbeitslosigkeit, Entlassungen und Kurzarbeit nehmen zu, es gibt immer mehr Bereiche und ganze Regionen, in denen Entlassung zugleich bedeutet, auf längere Zeit keine Arbeit mehr zu finden, und wenn Arbeit gefunden wird, dann nur unter der Bedingung schlechterer Entlohnung. Nach der amtlichen Statistik hat sich die Anzahl der Kurzarbeiter von September bis Oktober in einem Monat verdoppelt und gegenüber dem Monat Oktober im vergangenen Jahr 1972 vervierfacht. Auch die Zahl der Arbeitslosen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 1 % auf 1,2 % erhöht (nach Bundesamt für Arbeit).

Am größten ist das Ausmaß von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Dort findet derzeit ein scharfer Konkurrenzkampf statt, der kleinere Unternehmen in die Knie zwingt, während die größeren ihre Profite zum Aufbau von Niederlassungen im Ausland benutzen, wo sie mit billigeren Arbeitskräften produzieren, was wiederum die Konkurrenz verschärfen wird. Der zweite Schwerpunkt liegt im Baubereich. So werden allein im Bereich Augsburg 20 Firmen 800 Arbeiter entlassen, das sind 5 % aller Bauarbeiter in dieser Region. Im gleichen Bereich gibt es 4 000 Kurzarbeiter. Das ist nur ein Beispiel von Regionen, die besonders betroffen sind. Besonders betroffen sind "Randgebiete", aber auch große Teile des Ruhrgebiets, wo neue Zechenstillegungen drohen.

Diese Entwicklung folgt auf einen sich ungeheur verstärkenden Konzentrations- und Monopolisierungsprozeß in der Bundesrepublik. Von den 1 135 Firmenzusammenschlüssen zwischen 1966 und 1972 zählte jeder dritte zu den "großen", das heißt, daß das erworbene Unternehmen eine



Das Kapital wird konzentriert...

Bilanzsumme von mindestens 25 Millionen DM, bei Banken mindestens 150 Millionen DM, bei Versicherungsunternehmen mindestens 50 Millionen DM jährliche Prämieneinnahme aufweist. Die 100 größten Unternehmen in der Bundesrepublik waren an 57 % aller Zusammenschlüsse beteiligt (Zahlen nach "Handelsblatt", siehe auch Schaubild).

Die Riesenmonopole und Banken bilden das geballte wirtschaftliche Zentrum des westdeutschen Imperialismus, der in ungeheuer wachsendem Ausmaß international Märkte erobert, Rohstoffe erbeutet und Auslandsniederlassungen aufbaut. Allein in den ersten 6 Monaten dieses Jahres legten westdeutsche Kapitalisten 3,2 Milliarden DM direkt im Ausland an – 400 Millionen mehr als im ganzen Jahr 1972. In der "Wirtschaftswoche", der kapitalistischen Managerzeitschrift, der diese Zahlen entnommen sind, heißt es: "Von Brasilien bis Singapur, von Schottland bis Südafrika schwärmen deutsche Manager und Unternehmer aus, um Fabriken zu kaufen, zu gründen und zu bauen." Und die Zeitschrift zitiert den Direktor des Leder- und Chemiekonzerns Freudenberg, Siegfried Hinz: "Alle sitzen mit dicken Scheckbüchern im Flugzeug." (Wirtschaftswoche, 2.11.)

Der internationale Aufmarsch des westdeutschen Imperialismus verheißt weder Gutes für die Arbeiterklasse in Westdeutschland noch für die Völker, die er heimsucht, um sie auszubeuten, wobei er für seine Ausdehnung vor allem solche Länder bevorzugt, in denen von ihren Völkern gehaßte und bekämpfte reaktionäre Regimes mit brutaler Gewalt die Ausbeutungsbedingungen garantieren.

Für die Arbeiter Westdeutschlands bedeutet der Konkurrenzkampf, den das westdeutsche Kapital international führt, wachsende Unsicherheit und Ausbeutung. Die zunehmende Arbeitslosigkeit wird eingesetzt, um die Löhne zu drücken und um mehr Arbeitsleistung herauszupressen. Nennen wir nur ein Beispiel. Bei Telefunken in Konstanz sollten 200 Beschäftigte entlassen werden. 69 wurden im Sommer 1973 schließlich entlassen. Zugleich wurde der Druck auf die



...um den Weltmarkt zu erobern.

weiter Beschäftigten verstärkt. Unter der Drohung, auch bald "dran zu sein", werden sie zu Überstunden oft bis in die Nacht hinein gezwungen, um die nächste Entlassungswelle zu "unterlaufen". Dieses kleine Beispiel kennzeichnet die generelle Situation der Arbeiterklasse, wenn die Arbeitslosigkeit zunimmt. Die Erpressung durch die Kapitalistenklasse nimmt zu. Wer kennt nicht die Beispiele von Kurzarbeit, wo der Kapitalist zugleich versucht, in der kürzeren Arbeitszeit die Leistung eines vollen Arbeitstages zu fordern. Wenn die Arbeiterklasse in dieser Situation uneinig ist oder klein bei gibt, verschärft sich nur ihre miserable Lage. Jede Mehrleistung, sei es durch größeres Arbeitstempo oder durch Überstunden, gibt dem Kapitalisten nur mehr Möglichkeiten, die Arbeiterklasse zu erpressen. Daher muß die Arbeiterklasse immer, aber gerade in dieser Situation umso entschlossener einheitlich für die generelle Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich kämpfen. Das ist die minimalste Schutzforderung. Schließlich aber muß der Kampf aufgenommen werden gegen den ganzen Widersinn der kapitalistischen Produktionsweise, der in Krisen nur offener in Erscheinung tritt. Dieser Kampf muß für die Abschaffung des kapitalistischen Systems geführt werden.

–b.b.–

Die Lage der Arbeiter wird dadurch nicht besser, sondern verschlechtert sich. Auf ihrem Rücken wird der weltweite Konkurrenzkampf des Kapitals ausgetragen.

Stahlarbeiter gegen Stillegungen

DEMONSTRATION DER DINGLER-KARCHER-BELEGSCHAFT



Saarbrücken, 8. November. Das Bild zeigt die Demonstration der Belegschaft des Saarländischen Stahlwerks Dingler, Karcher & Cie. gegen die Stillegung des Werks. Die Stillegung ist für den 31. April 1974 geplant, die 762 Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge fliegen bis dahin auf die Straße. Den ersten 150 Kollegen soll bereits zum 31. Dezember 1973 gekündigt werden. Neue und gleichwertige Arbeitsplätze gibt es in der Umgebung von Saarbrücken nicht; die Kollegen müssen mit Arbeitslosigkeit rechnen.

Das Stahlwerk wurde 1970 von dem schweizer Konzern Georg Fischer / Schaffhausen aufgekauft. Der Konzern hat Zweigwerke in England, Frankreich, Portugal, den USA und Japan. In der BRD bestehen Tochterfirmen in Mettmann, Singen und Worms. Die Aufträge für das Saarbrücker Werk sichern die volle Auslastung für die nächsten 6 Monate.

Als Stillegungsgrund nennt die Geschäftsleitung die Verschlechterung des Auslandsgeschäftes wegen der DM-Aufwertung, Ausbleiben von Rüstungsaufträgen sowie die Verschiebung des Termins, zu dem die europäischen Eisenbahnwaggons auf automatische Kupplungen umgerüstet werden sollen.

Die Belegschaft hat sich mit diesen Begründungen nicht abspeisen lassen. Sie hat inzwischen ermittelt, daß im Zuge von Rationalisierungen und Straffung des Konzerns die Produktion des Saarbrücker Werkes in das Schaffhausener Werk verlagert werden soll. Durch Einsparungen in Saarbrücken und gleichzeitige Verschärfung des Arbeitstempos für die Kollegen in Schaffhausen wollen sich die Kapitalisten des Fischer-Konzerns ihre Profite noch weiter erhöhen.

Der Betriebsrat verhandelt inzwischen mit der Geschäftsleitung über einen Sozialplan.

Der Saarländische Wirtschaftsminister Schäfer (CDU) hat sich bereiterklärt, mit der Konzernleitung zu verhandeln. Außerdem sollen Verhandlungen laufen mit einem anderen Stahlkonzern über die Übernahme des Saarbrücker Werkes.

Die SPD- und DKP-Betriebsgruppen haben sich an die Spitze des Kampfes der Belegschaft gestellt. Anstatt aber diesen Kampf entschlossen zu organisieren, fordern sie Hilfen von Bundes- und Landesregierung. "Bei Mitbestimmung wäre eine solch sozial-reaktionäre Entscheidung unmöglich gewesen", erklärt die DKP in einem Flugblatt, das auf der Demonstration verteilt wurde. Aber die Mitbestimmung nützt den kämpfenden Kollegen nichts. Das haben die Kollegen in Saarbrücken am Saarbergbau vor Augen, wo trotz Mitbestimmung für das kommende Jahr weitere Stillegungen geplant sind. Das Gerede von der Mitbestimmung, Appelle an die Bundes- und Landesregierung lenken nur von dem tatsächliche Gegner, den Fischer-Kapitalisten, ab, und unterstützen so deren Taktik, Zeit zu gewinnen. Jetzt muß der Kampf sofort entwickelt werden in Richtung auf wirksame Aktionen gegen die bevorstehenden Entlassungen. –D.T.–

Entlassungen bei Freudenberg

UMVERLEGUNGEN UND STARKE EINSCHRÄNKUNGEN IN DEN NEBENBETRIEBEN

Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis). Seit 6 Wochen läuft bei der Firma Carl Freudenberg (Hauptwerk Weinheim 10 000 Beschäftigte) eine Welle von Stillegungen und Entlassungen. Betroffen ist die Lederproduktion. Die Produktion wurde stark eingeschränkt in den Nebenbetrieben Schönau und Neckarsteinach. Stark zurückgeschraubt wurde auch die Lederproduktion im Hauptwerk Weinheim.

Viele Kollegen, die bisher im Lederbereich arbeiteten, wurden umversetzt in die Chemie- und Metallproduktion Freudenbergs in Weinheim. Zunächst entläßt Freudenberg in diesen Wochen vor allem ausländische Kollegen. Die genaue Zahl ist nicht bekannt. Man redet von über 500 schon durchgeführten oder noch ausstehenden Kündigungen. Aufgrund dieser Maßnahmen Freudenbergs ist eine große Unruhe im Betrieb entstanden. Viele Kollegen fragen sich, wie lange sie wohl noch weiterbeschäftigt werden. Und die, die jetzt noch in der Lederproduktion schaffen, sind in Sorge darüber, ob sie einen ihnen angemessenen Arbeitsplatz in anderen Produktionsbereichen Freudenbergs erhalten werden.

Die Gustav Hofmann GmbH (Kleve), die zu 100 % in Händen Freudenbergs ist, hat jetzt ihre Niederlassung in Großrohrheim (nahe Worms) dichtgemacht. Die 60 Kolleginnen, die Lederschäfte herstellten, wurden auf die Straße gesetzt. Die Geschäftsleitung hatte in Großrohrheim eine Betriebsversammlung gemacht unter Ausschluß des Betriebsrates, über die schlechte Lage berichtet und mögliche Entlassungen angedeutet. 4 Tage später hatten alle Kolleginnen ihre Kündigungsschreiben in der Hand.

Daraufhin beschlossen die Kolleginnen eine Resolution, in der sie der Geschäftsleitung "skrupelloses Verhalten" vorwerfen und die Politiker der Mitverantwortung anklagen. Diese Resolution wurde an die Bundes- und Landesregierung (Hessen) und an die Presse geschickt. Durch den geschlossenen Protest wurde schließlich noch erreicht, daß ein Sozialplan gemacht wird.

Gleichzeitig mit der Schließung des Großrohrheimer Werkes machte Freudenbergs Gustav Hofmann GmbH ein neues Lederwerk mit 600 Beschäftigten in Walldorf auf. Trotz all dieser für die Kollegen beunruhigenden Vorgänge weigert sich bisher der Betriebsrat des Weinheimer Hauptwerkes von Freudenberg, auf einer Betriebsversammlung wenigstens über die Vorgänge umfassend zu informieren. Stattdessen verhandelt der Betriebsrat mit Freudenberg hinter verschlossenen Türen über Richtlinien für Einstellungen, Umversetzungen und Entlassungen, um die aktuellen Entlassungen hat er sich aber überhaupt noch nicht gekümmert.

In dieser Situation ist es notwendig, daß die Kollegen unter einheitlichen Forderungen kämpfen. Daß der Betriebsrat verhandelt, erfuhren die Kollegen jedoch erst aus der Firmenzeitung. Forderungen des Betriebsrats sind niemandem im Betrieb bekannt. Deshalb steht weiterhin die Forderung nach sofortiger Betriebsversammlung, wo über die Entlassungen und Stillegungen berichtet und die Verhandlungspositionen offengelegt werden sollen.

Solidarität mit allen Entlassenen!

–KBW-Aufbauzelle Freudenberg–

Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie

WEITEREN 10 000 TEXTILARBEITERN IN BADEN-WÜRTTEMBERG DROHT KURZARBEIT

Am 9./10. November tagte in Ebingen der Unternehmerverband der Wirkerei- und Strickereiindustrie (Zollernalbkreis). Der Sprecher des Verbandes kündigte für den Beginn des kommenden Jahres Betriebsstillegungen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit an.

Bereits innerhalb des letzten Jahres verloren in Baden/Württemberg 10 000 Arbeiter und Angestellte der Textilindustrie ihren Arbeitsplatz und weitere 10 000 sind unmittelbar von Kurzarbeit bedroht.

Angesichts dieser Situation fand ebenfalls an diesem Wochenende in Reutlingen eine Protestversammlung von Betriebsräten und Vertrauensleuten statt. Die Versammlung wandte sich insbesondere dagegen, daß große Teile der Textilproduktion ins Ausland verlegt werden, wodurch die Textilkapitalisten durch Arbeitslosigkeit die Löhne in den deutschen Betrieben senken wollen und erreichen wollen, daß die Arbeiter angesichts der drohenden Arbeitslosigkeit auch die schlechtesten Arbeitsbedingungen hinnehmen müssen.

Ein Schwerpunkt der Textilindustrie in der BRD und in Baden/Württemberg ist der Raum Ebingen/Balingen (Zollernalbkreis). In diesem Gebiet gibt es etwa 600 Textilunternehmen mit ca. 23 000 Beschäftigten. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß das Kapital in diesem Gewerbe sehr unterschiedlich konzentriert ist, daß die Arbeiter auf viele kleinere und mittlere Betriebe verteilt sind. In den kleinen Betrieben war es den Kapitalisten bisher relativ gut möglich, etwa über ihre persönliche Bekanntschaft mit den Kollegen, auf dem Wege "Na, wie geht's daheim", die große Betriebsfamilie vorzutäuschen. Doch die momentane Krise beginnt auch diesen Kollegen die Augen darüber zu öffnen, daß es diese "Familie" nicht gibt, sondern daß auch die kleineren Kapitalisten die Schwierigkeiten, in die sie zunehmend durch die großen Konzerne und deren Regierung getrieben werden, auf dem Rücken der Arbeiter austragen, und daß ihnen der Staat bei diesen Machenschaften gern behilflich ist.

Gerade die Kollegen der mittleren und kleinen Industriebetriebe müssen sich vor Leuten hüten, die ihnen ein gemeinsames Interesse mit ihren "Kleinkapitalisten" gegenüber den großen Konzernen einreden wollen. Solche Leute sind z. B. jene höheren Gewerkschaftsfunktionäre, die auf der erwähnten Reutlinger Zusammenkunft der Betriebsräte und Vertrauensleute für ein "Sofortprogramm zur Kreditverbilligung für die mittelständische Textilindustrie" mit Hilfe der Landesregierung eintraten, eine Forderung, die vorgibt, die Arbeiter zu unterstützen, indem sie den Kapitalisten hilft. Solche "Forderungen" sollen den Werktätigen weismachen, es gäbe das gemeinsame Boot, in dem Arbeiter und Kapitalisten sitzen. Und in diesem Boot sind bekanntlich die Arbeiter die Ruderknechte.

Marxistische Gruppe
Tailfingen/Ebingen

Kampf den Stillegungen

KAMEN: DEMONSTRATION GEGEN DIE STILLEGUNGEN IM BERGBAU

Schon nach kurzer Zeit hat das neue Energiekonzept der Bundesregierung seine ersten Früchte hervorgebracht. 4 Zechen (Monopol in Bergkamen/Kamen, Zeche Werne, Hansa in Dortmund und Fridrich T hyssen in Duisburg) im Ruhrgebiet sollen bis 1976 stillgelegt werden. Hiermit beginnt ein verschärfter Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnarbeiter. In den nächsten 5 Jahren müssen, gemäß dem Energiekonzept der Bundesregierung 50 000 bis 60 000 Bergarbeiter auf die Straße geworfen werden. Gleichzeitig verschärfen sich Ausbeutung und Arbeitshetze im Bergbau. In den letzten 10 Jahren ist die Schichtleistung pro Mann um 75 % gestiegen. Dazu kommen noch die miserablen Lohnabschlüsse in den letzten Jahren (1973: 9,6 %, 1972: 7 %), die angesichts der Preissteigerungen und der Steuerprogression keine Verbesserung des Reallohns gebracht haben. Die Lage der Arbeiter im Bergbau hat sich also in den letzten Jahren deutlich verschlechtert.

Lange war der Bergmann still, jetzt zeigt er, daß er kämpfen will! Mit dieser Parole demonstrierten die streikenden Saarbergleute in Saarbrücken. Dieser Streik war der deutlichste Ausdruck, daß der Aufschwung der Klassenkämpfe in Westdeutschland nicht am Bergbau vorübergegangen ist. Es gibt für die Kapitalisten und ihre Handlanger keine Inseln mehr der relativen Ruhe, des Klassenfriedens. Überall wächst die Empörung und die Unruhe, alle Arbeiter machen sich das Beispiel und die Erfahrungen der selbständigen Kämpfe der Metallarbeiter zunutze. Dabei spielen weniger die konkret errungenen Erfolge eine Rolle – denn oft konnten diese Kämpfe noch nicht erfolgreich beendet werden – als vielmehr die in diesen Kämpfen errungene Selbständigkeit und das gestiegene Selbstvertrauen!

Angesichts dieser Ausgangslage ist es nur natürlich, wenn sich die Arbeiter im Bergbau gegen die Stillegungen empören und den Kampf aufnehmen. Einen ersten Schritt nach vorn haben hier die Arbeiter der Zeche Monopol in Kamen/Bergkamen getan. Sie führen am Sonntag, den 18.11. in Kamen eine Demonstration durch unter den Hauptparolen:

Kampf den Stillegungen!
Für die 4 Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Der Kampf bei Monopol entwickelt sich auf breiter Grundlage unter Führung des Betriebsratsvorsitzenden Dyduch und fortschrittlichen Teilen des Schachtgewerkschaftsausschusses. Im bisherigen Verlauf haben die Monopolarbeiter elementare Erfahrungen mit der Taktik der Kapitalisten und ihren Handlangern in Regierung und Gewerkschaftsführung machen können.

In einer Betriebsversammlung, einige Tage vor der Stillegung, wollte man den Bergarbeitern noch weismachen, um die Zukunft ihrer Schachtanlage stehe es glänzend! Wenige T age später, kam es heraus – Monopol wird stillgelegt. Betriebsratsvorsitzender Dyduch dazu: "Wir sind hintergangen, belogen und betrogen worden." Der Stillegungsbeschluß wurde im Aufsichtsrat einstimmig gefaßt, also alle Gewerkschaftsführer (unter ihnen Adolf Schmidt, Vorsitzender der IG Bergbau) haben zugestimmt. Hier treten die Gewerkschaftsführer unmittelbar, für jeden Arbeiter sichtbar, als aktive Vorreiter der Stillegungspolitik auf, als aktive Vorreiter einer Politik also, die die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen betreibt.

Zwei wichtige Punkte sind bei dem Kampf der Monopol-Arbeiter hervorzuheben. Die Monopol-Arbeiter haben begriffen, daß der Kampf gegen die Stillegungen nicht geführt werden darf als Kampf um den Erhalt der jeweils eigenen Zeche. Er kann nur als einheitlicher Kampf aller Arbeiter geführt werden, denn gerade die Zersplitterung und Isoliertheit der Kämpfer ermöglicht es den Kapitalisten ihre Schläge gegen die Arbeiterklasse zuerst an T eilfronten ergfolgreich durchzuführen, um so die Ausgangslage für die Arbeiter zu schwächen.

Zum anderen verbinden die Monopol-Arbeiter die Forderungen gegen die Sillegungen mit den Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und ordnen somit den Kampf gegen die Stillegungen ein in den umfassenden Kampf für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Gleichzeitig treten aber auch zentrale Unklarheiten an den Tag. So versuchte Dyduch den Kapitalisten durch verschiedene Rechnungen die Nichtstillegung schmackhaft zu machen. Hier gilt es zu begreifen, daß die Arbeiter sich nicht die Köpfe der Kapitalisten zerbrechen dürfen, sondern ausschließlich die eigenen Interessen zum Maßstab ihres Handelns machen müssen. Genau das ist es auch, was Kapitalisten und Sozialdemokraten fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Die Arbeiter haben kein gemeinsames Interesse mit den Profitinteressen der Kapitalisten, und der ganze sozialdemokratische Plunder von Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft hat gerade im Bergbau seine Untauglichkeit für die Arbeiter bewiesen.

Eine Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit ist gerade im Bergbau besonders wichtig. Denn die Bergarbeiter arbeiten unter extrem ungünstigen Bedingungen: große Hitze, viel Staub, viele Unfälle. Da wirkt sich die ständig steigende Arbeitshetze besonders schädlich für die Arbeiter aus. Kein Wunder, daß die Knappschaft relativ hohe Renten zahlen kann, die meisten Kumpel werden nicht alt. Der Kampf für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen hat also für die Bergarbeiter eine große Bedeutung. Aber wie steht es mit der Forderung nach 4 T age-Woche? In der Praxis würde diese 4 Tage-Woche bedeuten, daß jetzt wirklich nur noch 5 Tage gearbeitet werden, da angesichts des völlig unzureichenden Lohns ständig Überstunden gemacht werden müssen. Der verstärkten Arbeitshetze, der verstärkten Auspowerung der Arbeitskraft kann so nicht Einhalt geboten werden. Eine wirkliche Verbesserung würde es bedeuten, wenn der Arbeitstag auf 7 Stunden für alle und 6 Stunden für die heißen Zechen unter Tage bei 5 Arbeitstagen durchgesetzt wird (auf den heißen Zechen wird zur Zeit schon unter Tage 7 Stunden gearbeitet).

Weiterhin gilt es Forderungen nach Abbau der Nacht- und Schichtarbeit, sowie Verlängerung der Urlaubszeit aufzustellen, Forderungen, die der KBW in seinem Programm formuliert hat.

WAS GILT ES WEITERHIN BEI DEM KAMPF GEGEN DIE STILLEGUNGEN ZU BEACHTEN?

Der zentrale Hebel, den Regierung und Gewerkschaftsführung einsetzen, um dem Kampf gegen die Stillegungen die Spitze zu nehmen und ihn zu spalten, sind die Sozialpläne. Durch Sozialpläne für Monopol und Werne sollen angeblich alle Arbeiter weiter beschäftigt werden und zwar bei benachbarten Zechen. Aber eine einfache Rechnung beweist, daß sich das ganze nicht so reibungslos abspielen wird. Im Bereich Westfalen der Ruhrkohle (zu dem Monopol und Werne gehören) sollen im Rahmen des Energiekonzepts 15 000 T agestonnen stillgelegt werden. Die Stillegung von Monopol und Werne würde eine Drosselung von 9 000 Tonnen bedeuten. Dabei sollen aber alle Arbeiter von Monopol und Werne, soweit sie nicht in Rente gehen, von Zechen des Bereiches Westfalen übernommen werden, was natürlich eine Steigerung der Förderung auf diesen Zechen bedeutet. Gleichzeitig wird die Förderung durch Verschärfung der Arbeitshetze (siehe nebenstehende Notiz) hochgeschraubt, so daß schließlich von den 9 000 Tonnen praktisch nichts übrig bleibt. Die jetzt angekündigten Stillegungen sind also keineswegs Höhe und Endpunkt des Angriffs der Kapitalisten auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen, sondern nur dessen Einleitung. Hier zeigt sich die wahre Funktion der Sozialpläne. Die Arbeiterklasse soll in jeweils unterschiedlich betroffene Individuen aufgespalten werden. Wenn so die Kampfkraft gebrochen ist, dann fangen die Kapitalisten an, in Salami-Taktik Teile der Belegschaft auf die Straße zu setzen. Diese Bedeutung der Sozialpläne gilt es zu erkennen. Gegen die Auswirkungen der Existenzunsicherheit im Kapitalismus hilft nicht das Vertrauen auf gute Sozialpläne, sondern nur der Kampf der Arbeiterklasse für die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen.

T.F., R.F.
Ortsaufbaugruppe Hamm

ÜBER 1 000 KOLLEGEN DEMONSTRIERTEN

Kamen. An der Demonstration der Monopolarbeiter am Samstag, 18.11. gegen die Stillegungen nahmen über 1 000 Kollegen teil. Es solidarisierten sich Kollegen von anderen Betrieben. Zu ersten Anfängen der aktiven Solidarisierung kam es in den Zechen bei Hamm und Dortmund. Die Demonstration endete mit einer Belegschaftsversammlung der Monopol-Kollegen in der Kaue. Vorher bedankte sich Betriebsratsvorsitzender Dyduch bei allen für die erwiesene Unterstützung.

Der IGBE-Vorsitzende Adolf Schmidt hatte sich eine Woche vorher mit "seinen" Stillegungsplänen vor den Monopol-Kollegen entlarvt. Deshalb kam er nicht, sondern die IGBE-Führung schickte ihren zweiten Vorsitzenden, Helmut Gelkorn, ins Feuer. "Hau ab" und "Was willst du hier" riefen spontan einige Kollegen. Die Belegschaftsversammlung faßte den Beschluß, Bundes- und Landesregierung aufzufordern, noch in diesem Jahr die Stillegungen von Monopol zurückzunehmen. Damit haben die Kollegen ihr Ultimatum gestellt. Jetzt gilt es, die nächsten Schritte festzulegen und besonders den Kampf gegen die Stillegungen auf alle Betriebe auszudehnen.

NEUE PRODUKTIONS-ZIELMARKEN DER RAG

Essen (dpa). *Neue Produktions-Zielmarken hat sich die Ruhrkohle AG (RAG) gesetzt, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Steinkohle zu verbessern. Bis 1980 sollen die Untertage-Leistung je Mann und Schicht von gegenwärtig 4,2 auf 6,5 Tonnen und die verwertbare Förderung je Betriebspunkt von zur Zeit etwa 1 000 auf 3 000 Tonnen gesteigert werden.*

Hanomag

JEDEN MONAT 49

Die geplante Entlassung von 1 000 Hanomagarbeitern hat in Hannover viel Aufsehen erregt, das machte die SPD-Stadtverwaltung unruhig. Selbst aus den eigenen Reihen, aus dem Stadtbezirk Linden-Limmer gab es scharfe Kritik am Kapitalismus und eine breite Öffentlichkeitsarbeit. Auf

Kampf den Stillegungen!
Für die 4 Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich!
Der Kampf bei Monopol entwickelt sich auf breiter Grundlage unter Führung des Betriebsratsvorsitzenden Dyduch und fortschrittlichen Teilen des Schachtgewerkschaftsausschusses. Im bisherigen Verlauf haben die Monopolarbeiter elementare Erfahrungen mit der Taktik der Kapitalisten
führt werden, denn gerade die Zersplitterung und Isoliertheit der Kämpfer ermöglicht es den Kapitalisten ihre Schläge gegen die Arbeiterklasse zuerst an T eilfronten ergfolgreich durchzuführen, um so die Ausgangslage für die Arbeiter zu schwächen.
Zum anderen verbinden die Monopol-Arbeiter die Forderungen gegen die Sillegungen mit den Forderungen
sen. Der verstärkten Arbeitshetze, der verstärkten Auspowerung der Arbeitskraft kann so nicht Einhalt geboten werden. Eine wirkliche Verbesserung würde es bedeuten, wenn der Arbeitstag auf 7 Stunden für alle und 6 Stunden für die heißen Zechen unter Tage bei 5 Arbeitstagen durchgesetzt wird (auf den heißen Zechen wird zur Zeit schon unter Tage 7 Stunden gearbeitet).
Belegschaft auf die Straße zu setzen. Diese Bedeutung der Sozialpläne gilt es zu erkennen. Gegen die Auswirkungen der Existenzunsicherheit im Kapitalismus hilft nicht das Vertrauen auf gute Sozialpläne, sondern nur der Kampf der Arbeiterklasse für die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen.
T.F., R.F.
Ortsaufbaugruppe Hamm
Hanomag
JEDEN MONAT 49
Die geplante Entlassung von 1 000 Hanomagarbeitern hat in Hannover viel Aufsehen erregt, das machte die SPD-Stadtverwaltung unruhig. Selbst aus den eigenen Reihen, aus dem Stadtbezirk Linden-Limmer gab es scharfe Kritik am Kapitalismus und eine breite Öffentlichkeitsarbeit. Auf

der anderen Seite waren die Hanomagkollegen bereit, für einen besseren Sozialplan auch die Klamotten hinzuschmeißen. All das hätte dazu beigetragen, daß die Hanomagarbeiter und die anderen Lohnabhängigen in Hannover mehr Klarheit darüber bekommen hätten, was Sicherheit der Arbeitsplätze im Kapitalismus bedeutet, sie hätten mehr Klarheit darüber bekommen, wie man sich gegen Stillegungen nur wehren kann.

Um das zu verhindern, schaltete sich die SPD-Stadtverwaltung in den Konflikt ein und unterstützte die Bestrebungen der Geschäftsleitung: Statt Entlassungen von 1 000 Kollegen erst einmal jeden Monat 49. Dafür bleibt der alte Sozialplan bestehen, der den Kollegen so gut wie nichts bringt. Für den gesamten Betrieb wird Kurzarbeit gefahren. Das kostet den Betrieb nicht viel, denn das Geld für die Kurzarbeit wird von den Lohnabhängigen aufgebracht durch ihre Beiträge an das Arbeitsamt.

Diesem Vorschlag der Geschäftsleitung, der darauf spekuliert, daß man die noch bestehende Solidarität im Betrieb durch einen Nervenkrieg zerschlagen kann und daß viele Kollegen allein einen neuen Arbeitsplatz suchen werden, wurde dann auch mit 6 Enthaltungen und einer Gegenstimme im Betriebsrat angenommen.

F.B.

Stahlboom

In der letzten Zeit ist ein Gerede von abflauender Konjunktur, von Talfahrt beim Stahl aufgekommen. Es ist gelogen und soll den Arbeitern nur den Mut nehmen, für ihre gerechten Lohnforderungen einzutreten.

"Experten sagen für 1974 mehr Kurzarbeit voraus" – "Amerongen spricht von gedrückter Stimmung. Kohlemisere an Stahl weitergegeben" – "Für Stabilität notfalls sogar mehr Arbeitslose. Überhöhte Lohnabschlüsse befürchtet"! – Na, wenn das kein Wink mit dem Zaunpfahl ist?

Die Wahrheit aber ist die: "Auf der ganzen Welt wird heute zwischen Stahllieferanten und Käufern nicht über Preise, nur über Liefertermine gesprochen", so berichten deutsche Stahlhändler nach der Rückkehr von einer Reise in die USA. Bestimmte Sorten sind kaum zu haben und die Preise können ohne Schwierigkeiten immer wieder erhöht werden. Die Händler sind deswegen überzeugt, daß sich der Boom weltweit auch über die Jahresmitte 1974 fortsetzen wird. Für die Jahreswende werden weitere Preissteigerungen für möglich gehalten. Mengenreservierungen aus den Ostblockstaaten bis 1976 lassen im übrigen auch noch deutlich erkennen, daß in nächster Zeit keine Weltüberproduktionskrise für Stahl erwartet wird.

Dieser Ansicht ist auch das Forschungsinstitut der Stahlkapitalisten, RWI, das von Preissteigerungen von fast 50 % bei Formstahl allein in den ersten 9 Monaten zu berichten weiß. Die Listenpreise stiegen, Rabatte wurden nicht mehr gewährt, Preise gelten am Liefertag, nicht am Vertragstag, und selbst nach der offiziellen Statistik haben die Stahlwerke einen Auftragsbestand, der den Rekord beim Boom 1969 erreicht hat, nämlich 6 bis 7 Millionen Tonnen.

–F.M., Witten–

Demonstration gegen Entlassungen

MANNESMANN:"KEINER KÄMPFT FÜR SICH ALLEIN,ALLE MÜSSEN WIEDER REIN!"

Unter dieser Losung demonstrierten am Samstag, 10.11., in Duisburg-Huckingen 7 000 bis 8 000 Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten ihre kämpferische Solidarität mit den entlassenen Mannesmann-Arbeitern. Sowohl wärend des Umzuges durch das Duisburger Arbeiterviertel als auch auf der Schlußkundgebung vor dem Mannesmann-Verwaltungsgebäude machten die Demonstranten ihrer Empörung über diese Provokation der Mannesmann-Kapitalisten gehörig Luft, unter anderem in Sprechchören wie: "22 für alle, alle für 22", "Für volles Streikrecht!" und "Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung" aus.

Aufgerufen hatte zu dieser Solidaritätsdemonstration nicht die IGM-Ortsverwaltung, deren Kampf sich auf die Gewährung von Rechtsschutz und Hoffen auf ein gnädiges Arbeitsgerichtsurteil beschränkt, sondern ein Solidaritätskomitee in Duisburg, in dem sich neben den Jungdemokraten, Jusos, den Falken und der SDAJ zahlreiche aktive Gewerkschafter zusammengeschlossen hatten. Der spontane Protest hatte schon vor der Demonstration zur Zurücknahme von 100 der ursprünglich 122 Entlassungen geführt (einige Entlassungen mußten auch zurückgenommen werden, weil krankgemeldete und sich im Urlaub befindliche Kollegen als Streikführer entlassen worden waren. Die Geschäftsleitung hatte offensichtlich einfach ihre Schwarzen Listen abgehakt). Die Ortsaufbaugruppe des KBW in Dortmund mobilisierte mit einem Flugblatt für die Demonstration. Darin wurde deutlich, daß es sich bei den Entlassungen und Gewaltmaßnahmen der Kapitalisten nicht um Ausrutscher und auch nicht um **den "Mißbrauch wirtschaftlicher** Macht" handelt. Die Kapitalisten besitzen das Privateigentum an Produktionsmitteln. Ihr Lebensgesetz heißt Profitmacherei. Sie üben die politische Macht aus. Es geht deshalb nicht um die Abschaffung irgendwelcher Mißbräuche, sondern um den Sturz der wirtschaftlichen und politischen Macht des Kapitals.

Außer den zahlreichen politisch organisierten T eilnehmern der Demonstration (darunter vor allem Angehörige der DKP, SDAJ und des MSB Spartakus) hatte sich ein beachtlicher Teil "Nichtorganisierter" eingefunden. Hier sind besonders Arbeiter aus anderen Eisen- und Stahlbetrieben, wie z.B. von Krupp und Hoesch, zu nennen. Bemerkenswert für das T aktieren der DKP-Führung war, daß die DKP trotz ihres zahlenmäßig starken Auftretens während der ganzen Demonstration offen politisch nicht in Erscheinung trat. Politische Aussagen überließ sie Anhängern und Mitgliedern, die als Gewerkschafter, Betriebsräte und Studenten- und Jugendfunktionäre auftraten, so als ob nicht jeder politisch bewußte Demonstrationsteilnehmer merkte, woher der Wind wehte.

Das wurde besonders im Beitrag eines entlassenen Kollegen auf der Schlußkundgebung deutlich, der von den Anhängern der DKP und DKP-naher Organisationen mit starkem Beifall bedacht wurde.

Er versuchte zu beschreiben, was für Kollegen bei Mannesmann entlassen worden seien. Er betonte, man kann das auch in der "UZ" nachlesen, es handle sich um biedere Familienväter, die bestimmt etwas anderes im Kopf hätten, als wilde Streiks zu inszenieren. Aber die miserable wirt**schaftliche Situation der Arbeiter** würde sie halt zu solchen Aktionen zwingen, die er damit zu Verzweiflungstaten herunterspielen wollte. Mit schlechtem Gewissen schien er auf die beim Streik übertretenen Gesetzesvorschriften zu schielen. Kein Wort dazu, daß die Kollegen im Recht sind, wenn sie für ihre Interessen die Gesetze durchbrechen, die die Kapitalisten gegen sie gemacht haben. Kein Wort von Klassenkampf und klassenbewußten Arbeitern, stattdessen der moralische Appell verzweifelter Familienväter.

Die Mannesmänner aber handelten in Wirklichkeit durchaus überlegt und nahmen sich ihr gutes Recht; ihr Kampf trug damit den Kern der Empörung gegen das ganze Unterdrückungssystem der Kapitalisten in sich.

Ihr Streik war eine deutliche Antwort auf die bürgerliche Tarifpolitik der Gewerkschaftsfürsten. Er richtete sich gegen die Spielregeln der Politik, die die herrschende Klasse uns aufzwingen will. Diesen Kernpunkt zu leugnen, bedeutet eine Schwächung des Kampfes der Arbeiterklasse, bedeutet, die Arbeiter in den Rahmen bürgerlichen Anschauungen zurückzuzerren.

Auch die erfolgreiche und machtvolle Solidarität mit den Entlassenen darf uns die Augen vor diesen T atsachen nicht verschließen, wenn wir wirklich aus vergangenen Kämpfen lernen wollen.

Und das ist unbedingt notwendig, denn der Kampf bei Mannesmann geht weiter. Noch sind die 22 nicht wieder eingestellt.

Deshalb bleibt die Forderung nach sofortiger Zurücknahme der 22 Entlassungen!

O + M, Ortsaufbaugruppe Dortmund

Ford-Köln

Bei Ford in Köln wird in der Woche vom 26. bis 30.11. für 7 000 Arbeiter Kurzarbeit sein. Die Firmenleitung erklärte, mit dieser Maßnahme reagiere sie auf die Folgen der konjunkturdämpfenden innenpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung sowie auf die wirtschafts- und energiepolitische Situation in der Bundesrepublik (nach Mündener Allgemeine 8.11.). Offensichtlich handelt es sich hier um eine gezielte Maßnahme, um Druck auszuüben und die Arbeiter einzuschüchtern.

BREMER VULKAN WERFT

Wo steht der Betriebsrat?

Am Freitag, 2.11.73, trat überraschend der bisherige Betriebsratsvorsitzende des Bremer Vulkans, Dieter Kirchhof zurück. Schon seit dem Frühjahr 1973 steht die sozialdemokratische Betriebsratsclique um Kirchhof unter Beschuß der klassenbewußten Kräfte im Betrieb. Bei den Vulkanesen hatten diese Herren immer weiter abgewirtschaftet. Denn die Betriebsratspolitik von Kirchhof und Co., das hieß offenes Vorgehen gegen Arbeiterinteressen und Arbeiterdemokratie, das hieß offene – sozialpartnerschaftliche – Zusammenarbeit mit den Vulkan-Kapitalisten gegen die Vulkanesen und ihre Forderungen.

Die gewachsene Kampfkraft der Vulkanesen trieb so gerade auch die Spaltung in die einstmals einheitlichen Reihen der sozialdemokratischen Betriebsräte hinein, eine Spaltung anhand der taktischen Frage nach der besten und reibungslosesten Durchsetzung sozialdemokratischer Politik.

Ein Ergebnis des Junistreiks der Vulkanesen war die vorzunehmende Angleichung ihrer Löhne an die anderen Werften. Die mit der Untersuchung des Lohnniveaus anderer Werften beauftragte Lohnkommission gab Ende Oktober die von ihr ausgearbeitete Lohnangleichungsforderung den Vertrauensleuten bekannt:

7 Pfennig für Akkordlöhner und 17 Pfennig für Zeitlöhner. Diese Beträge sollten zu der im Juni erkämpften Teuerungszulage von 25 Pfennig hinzukommen und als akkordfähige Zulage abgesichert werden.

Diese Forderung hätte so den Vulkanesen (im Akkord wie im Zeitlohn) brutto 17 Pfennig zusätzlich zu den 25 Pfennig Teuerungszulage eingebracht.

Nur 17 Pfennig jetzt, das war aber zu wenig. Alle Kollegen erwarteten eine Lohnerhöhung von 30 bis 40 Pfennig zusätzlich, weil wir soviel zum Leben brauchen.

Unsere Vertrauensleute beschlossen, dem Vorstand die Forderung nach 10 Pfennig für Akkordlöhner und 25 Pfennig für Zeitlöhner zu stellen (effektive Bruttolohnerhöhung 25 Pfennig). Der Betriebsrat erhielt den Auftrag, dies durchzusetzen, andernfalls auf keine Kompromisse einzugehen, sondern sofort eine außerordentliche Betriebsversammlung einzuberufen, um dort den Kampf der Vulkanesen für diese 25 Pfennig zu beginnen.

Die Verhandlungen mit dem Vorstand scheiterten, dieser war nur bereit, die Forderung nach 17 Pfennig zu erfüllen und zusätzlich dem Betriebsrat einen Topf für alle Kollegen von 40 DM pro Stunde zuzugestehen, aus denen dieser dann in besonderen Härtefällen den Lohn einzelner Kollegen an die nächsthöhere Lohngruppe angleichen könnte. Rechnet man diese 40 DM pro Stunde auf 5 000 Kollegen um, so ergibt sich ein Gesamtergebnis von 17,8 Pfennig.

17,8 Pfennig als Ergebnis entsprach nicht dem Auftrag der Vertrauensleute. Dennoch empfahl Kirchhof dem Betriebsrat, dieses Ergebnis anzunehmen: "Mehr liegt eben nicht drin."

Kirchhofs Vorschlag erhielt in der Abstimmung des Betriebsrates keine Mehrheit, denn vielen SPD-Betriebsräten saß die Angst vor den fortschrittlichen Betriebsräten und dem Vertrauensleutebeschluß – letztlich die Angst vor den Kollegen – im Nacken. Kirchhof trat aus Protest gegen diese Abstimmung aus der Verhandlungskommission zurück. Der fortschrittliche Betriebsrat Heinz Scholz nahm seinen Platz ein.

Erneute Verhandlungen ergaben nun ein etwas höheres Ergebnis: der Topf für Härtefälle sollte auf 50 DM pro Stunde erhöht werden.

Das Gesamtergebnis machte nun 18 Pfennig aus (17 Pfennig + 1 Pfennig). Obwohl auch dieses Ergebnis bei weitem nicht dem Vertrauensleutebeschluß entsprach, nahm der Betriebsrat – mit den Stimmen der fortschrittlichen Kollegen und gegen die Stimme von Kirchhof – mehrheitlich das Ergebnis an.

Dieter Kirchhof, als Sozialdemokrat "Kämpfer für die Arbeiterinteressen am Verhandlungstisch", hatte eine Schlappe erlitten, denn selbst **allein durch Verhandlungen** war ein höheres Ergebnis erzielt worden.

Dieter Kirchhof stammelte etwas von "er wäre wohl unfähig" und gab dem anwesenden Betriebsrat seinen Rücktritt als Betriebsratsvorsitzender bekannt. Seitdem befindet sich Kirchhof auf Sonderurlaub.

Der Rücktritt von Kirchhof setzte nun im Betrieb eine politische Debatte um die Politik des Betriebsrates im allgemeinen in Gang. Auf einer Branchenversammlung der Gewerblichen im Hauptbüro am Dienstag wurde der Rücktritt des gesamten Betriebsrates und Neuwahlen gefordert.

Die Kranführer im Schiffbaubereich forderten ebenso am Mittwoch den Rücktritt des gesamten Betriebsrates, Neuwahlen und eine sofortige außerordentliche Betriebsversammlung.

Sowohl im Betrieb wie in unserer Betriebszeitung "DAS RUDER" agitierten unsere Genossen für die Neuwahl des Betriebsrates und für eine außerordentliche Betriebsversammlung.

Am Mittwoch wählte der Betriebsrat sich einen neuen Vorsitzenden. Der fortschrittliche parteilose Kollege Fritz Bettelhäuser wurde mit 26 Jastimmen bei zwei Neinstimmen und einer Enthaltung gewählt.

Am Donnerstag fand dann eine Vertrauensleutesitzung statt, auf der es der sozialdemokratischen Betriebsratsmehrheit gelang, bei 150 Vertrauensleuten gegen nur 2 Stimmen und 3 Enthaltungen ein Vertrauensvotum für den Betriebsrat durchzusetzen und gleichzeitig die Vertreter einer Betriebsratsneuwahl schwer anzugreifen und zu isolieren.

Die Ursache liegt in den Fehlern der fortschrittlichen Kräfte begründet!

1. Der Politik unserer Betriebszelle lag eine falsche Einschätzung des Kräfteverhältnisses zugrunde.

Die Debatte im Betrieb lief auf der Ebene, daß alle Kollegen groß gegen den Betriebsrat motzten: "Die sollen man mal wieder ran am Schraubstock, denn für uns haben die sowieso noch nichts getan."

Gleichzeitig herrschte aber keine Klarheit über eine klassenbewußte Betriebsratspolitik – war somit keine klare politische Alternative zur bisherigen Betriebsratsarbeit vorhanden.

Statt nun, durch die ideologische Offensive, durch das Hineintragen der Prinzipien einer klassenbewußten Betriebsratspolitik die politische Offensive gegen den alten Betriebsrat auf breiter Ebene **vorzubereiten**, stützten wir uns allein auf die fortgeschrittensten Teile der Belegschaft (z.B. Kranführer) und versuchten allein durch pauschale Kritik ("arbeiterfeindlich") am alten Betriebsrat die Neuwahl des Betriebsrates **durchzusetzen**.

Die taktisch richtige Parole wäre die nach einer außerordentlichen Betriebsversammlung gewesen, um gerade dort die breite Debatte um die Betriebsratspolitik zu führen, zusammenzufassen und erst letztlich dort heraus die Neuwahl des Betriebsrates als Forderung der Belegschaft aufzustellen (was nicht den Verzicht auf die Propagierung der Neuwahl von Anfang an bedeutet).

Stattdessen legten wir von vornherein den Schwerpunkt auf sofortige Neuwahl des Betriebsrates. Dufchsetzen konnten wir diese Forderung nur dort, wo wir schon einen unmittelbaren starken Einfluß in den Branchen besitzen. Das reichte jedoch nicht aus, um den Kampf gegen die alte SPD-Betriebsratsclique um Neuwahlen erfolgreich zu führen.

2. Innerhalb der fortschrittlichen Kräfte auf dem Betrieb schlichen sich völlig falsche Argumente für die Neuwahl des Betriebsrates ein. So wurde nach einer politisch richtigen, inhaltlichen Debatte um die alte Betriebsratspolitik eine Resolution bei den Kranführern beschlossen, die als ein Argument für die Neuwahl die Vermutung von Wahlmanipulation und falscher Stimmenauszählung bei der letzten Betriebsratswahl vor anderthalb Jahren anführt.

Vorgeschlagen wurde diese Resolution vom Betriebsrat Heinz Scholz. Breitgetreten wurde das Argument in den Flugblättern des "Rote-Fahne-Freundeskreises". Demagogisch gewandt gegen einzelne fortschrittliche Betriebsräte wurde dieses Argument durch die bürgerliche Presse.

Unser Fehler bestand in der fehlenden Zurückweisung dieses Arguments, weil es gerade von den politischen Gründen einer Neuwahl ablenkt.

So ergab es sich, daß die Debatte innerhalb der Belegschaft nicht richtig vorankam. Das Gemotze gegen die alte SPD-Betriebsratsclique hielt an, es setzte sich aber keine politische Klarheit im Betrieb über eine klassenbewußte Betriebsratspolitik durch. Die Demagogie der bürgerlichen Presse und der Sozialdemokraten im Betrieb, die an den Fehlern der fortschrittlichen Kräfte anknüpften, führten zu immer stärkerer Verwirrung unter der Belegschaft. Es gelang dem bürgerlichen Lager so, von der politischen Debatte um die Betriebsratspolitik abzulenken.

Auf der Vertrauensleutesitzung entfalteten die Herren Betriebsratsfürsten und ihre Getreuen eine gut vorbereitete Hetz- und Lügenkampagne. Die Sprecher der fortschrittlichen Kollegen wurden – ohne ein einziges Wort über die bisherige Betriebsratspolitik zu verlieren – als Chaoten, politische Halbstarke und guerrillamäßige Unterwanderer dargestellt.

Dadurch, daß man eine solche Alternative aufbaut, hier die alte Betriebsratspolitik und dort Chaoten als Sprecher für die Neuwahl – die, würden sie einmal in den Betriebsrat gelangen, alles kurz und klein schlagen – dadurch ist es nicht schwer für die alte SPD-Betriebsratsclique, das Vertrauensvotum erneut zu erhalten: als kleineres Übel!

Durch die Kritik unserer Fehler und die Entlarvung der sozialdemokratischen Manöver versucht die Betriebszelle jetzt, die in der Vertrauenskörpersitzung gelungene Offensive der Sozialdemokraten zu stoppen, um gleichzeitig wieder durch Entfaltung der politischen Kritik an der bisherigen Betriebsratspolitik und die Entwicklung der Notwendigkeit einer klassenmäßigen Betriebsratspolitik die Offensive zu beginnen. Taktisches Ziel dieser Offensive muß es sein, eine außerordentliche Betriebsversammlung zu erreichen und dort die Debatte um die Politik des Betriebsrates zusammenzufassen.

Der Hauptgrund, weshalb dieser Betriebsrat nicht mehr unser Vertrauen haben kann, ist die Entwicklung des Klassenkampfes und damit unsere eigene Entwicklung. Jeder Kollege, selbst wenn er die Kommunisten haßt wie die Pest, wird eines nicht leugnen können, die Arbeiterklasse hat einen gewaltigen Ruck nach links getan: Wir verlassen uns nicht mehr darauf, daß irgendjemand etwas für uns aushandelt. Wir nehmen unsere Sache zusehends in die eigenen Hände.

Das beste Beispiel dafür ist unser letzter Streik. – Wir hatten es eben satt, der Gewerkschaftsführung zu vertrauen und bis zur nächsten Tarifrunde still zu halten.

Von dieser Klarheit aus bestimmen wir auch die Aufgaben des Betriebsrats. Kein Betriebsrat, selbst wenn die besten Kollegen diesen Betriebsrat bilden würden, könnte etwas erreichen, wenn nicht die Kraft der Kollegen dahinter stünde!

Bestimmt die Mehrheit des Betriebsrates unter diesem Gesichtspunkt seine Politik? Nein, keineswegs! Bestes Beispiel hierfür ist der letzte Beschluß des Vertrauensleutekörpers. Dieser Beschluß sagte aus, daß wenn die Geschäftsleitung nicht der Forderung nach 10 Pfennig für die Akkordlöhner und 25 Pfennig für die Zeitlöhner zustimmt, sofort eine außerordentliche Betriebsversammlung einberufen werden sollte.

Dieser Beschluß wird nach wie vor mit den Füßen getreten!

Er wird mit Füßen von der SPD-Clique getreten, die nach wie vor die Mehrheit des Betriebsrates stellt. Deshalb brauchen wir einen neuen Betriebsrat.

– Sofortige Betriebsversammlung zum ausgehandelten Lohnergebnis!

– Lehnen wir das ausgehandelte Ergebnis ab, organisieren wir den selbständigen Kampf um 30 bis 40 Pfennig mehr Lohn!

– KBW-Betriebszelle Vulkan –

Korrespondenz

Aus Tarifkämpfen lernen

Genauso alt wie unsere Kämpfe um mehr Lohn ist die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung, den Tarifkampf so glatt und friedlich wie möglich über die Bühne zu bringen. Erinnern wir uns an letztes Jahr.

Die Forderung stand bei der stahlerzeugenden Industrie in Nordrhein-Westfalen auf 60 Pfennig. Die erste Urabstimmung brachte eine 90 %-Mehrheit dafür und für Streik. Das hinderte den Vorstand aber nicht daran, weiter verhandeln zu lassen und den Stahlarbeitern dann 46 Pfennig als akzeptables Ergebnis aufzutischen. Mit Hilfe der 75 %-Klausel, die erforderlich sind für einen Streik, brachten sie es dann in der zweiten Urabstimmung durch, obwohl über 50 % der IGM-Mitglieder dagegen stimmten. Regierung und Gesamtmetall waren's zufrieden – wir nicht.

Die Taktik der Gewerkschaftsführer dabei ist, uns anfangs hohe Forderungen stellen zu lassen, selbst keine konkrete Zusage oder Alternative zu machen, uns dann aber mit organisatorischen Tricks und Gerede wie "Kompromisse muß man immer machen" ein beschissenes Ergebnis unterzujubeln.

Diese Vorgehensweise hat Methode. Ältere Kollegen bei Hoesch erinnern sich noch an einen Lohnkampf Anfang der 60er Jahre, der noch in der Nacht vor Streikbeginn durch neu aufgenommene Verhandlungen und ein ungünstiges Ergebnis abgewürgt worden war. Die Kollegen waren gleich am Morgen in die Streiklokale gegangen und wurden von da zur Arbeit geschickt. Und in der diesjährigen Lohnrunde wurden die hohen Forderungen, die von den Kollegen überall (und nicht nur in Dortmund, wie gerne behauptet wird) aufgestellt wurden, durch die Bremser in den Ortsverwaltungen der IG Metall gleich um ein Viertel gekürzt.

Sind das Versehen oder Fehler unserer Spitzenfunktionäre? Wohl kaum, zu oft mußten wir uns gefallen lassen, daß unsere Interessen von ihnen mit Füßen getreten wurden. Eher bekommt ihnen die Spitze nicht. Sie lassen sich von den Mitgliedern in ihrer Politik nicht kontrollieren und streichen dafür noch ein ordentliches Gehalt ein (Loderer allein 50 000 DM von der IGM, laut "Stern"). Solche Leute können die Wünsche und Interessen der Arbeiter gar nicht begreifen, weil sie keine Arbeiter mehr sind (20 % z.B. wären für Herrn Loderer allein 10 000 DM, tatsächlich eine "utopische" Forderung). Solche Leute wollen aber auch gar nicht die Interessen der Arbeiter kennen und vertreten. Je höher sie in der Gewerkschaftshierarchie steigen, umso mehr Posten bekommen sie in der SPD, dem DGB und in den Aufsichtsräten. Umso mehr werden sie zu politischen und wirtschaftlichen Managern und somit zu einem Teil der herrschenden Klasse. Daraus erklären sich ihre Maßhalteappelle und Beschimpfungen von "wilden" Streiks. Daraus erklären sich ihr Klassenversöhnlertum und ihr Gerede von Sozialpartnerschaft.

Wollen wir daraus lernen und uns in dieser Tarifrunde nicht übers Ohr hauen lassen, dann dürfen wir von diesen Gewerkschaftsfürsten vor allen Dingen nichts Gutes erwarten, dann können wir nur auf unsere eigene Kraft vertrauen, gestützt auf die Vertrauensleute, die sich für unsere Interessen einsetzen. Diese Kraft müssen wir entfalten in unserer Gewerkschaft, um sie wieder zu einer kampfstarken und klassenbewußten Organisation zu machen, und im Betrieb, wo wir uns im selbständigen Kampf das holen müssen, was wir brauchen.

–H.R., Dortmund–

Forderungen in der IGM

DER KAMPF UM FORDERUNGEN IN MARK UND PFENNIG

Göttingen. Die Diskussion um die richtigen Forderungen für die kommende Metalltarifrunde hat in Göttingen bereits erste konkrete Beschlüsse gebracht. Die Vertrauensleutekörper bei Feinprüf und Zeiss fordern 240 DM linear, für alle Arbeiter und Angestellten gleich, 80 DM für alle Auszubildenden und eine Klausel, die die Kündigung des Tarifvertrages nach einer bestimmten Preissteigerung möglich macht. Zusätzlich zu diesem Paket stellten die Zeiss-Kollegen noch die Forderung nach Wegfall der Leichtlohngruppen auf.

Unser nächster Schritt muß die Durchsetzung einer Vertrauensleutevollversammlung der IGM auf Ortsebene sein, um die Forderungen aller Göttinger Belegschaften zusammenzufassen und zu vereinheitlichen. Die dort festgelegten Forderungen müssen verbindlicher Auftrag für die 4 Göttinger Tarifkommissionsmitglieder werden.

Wetzlar. Auf einer Lehrlingsversammlung am 25.10. bei Phillips Wetzlar stellten 70 Lehrlinge 180 DM mehr für alle als Forderung zur Tarifrunde auf. Den Jugendlichen war klar, daß der Lohnkampf von allen Beschäftigten gemeinsam geführt werden muß. Vor einigen Wochen hatten die Lehrlinge eine Unterschriftensammlung durchgeführt, in der Betriebsrat aufgefordert wurde, mit der Geschäftsleitung zu verhandeln: Rückerstattung aller Fahrtkosten der Lehrlinge! Auf der Jugendversammlung wurde bekanntgegeben: Alle Fahrtkosten über 2,50 DM die Woche werden vom Betrieb bezahlt.

Mainz. Die Betriebsjugendgruppe der IGM bei Linde, Mainz-Kostheim, fordert: Anhebung der Lehrlingslöhne ans 3. Lehrjahr, 250 DM mehr für alle, Übernahme aller Sozialabgaben durch den Unternehmer.

IGM Bielefeld: DER ZUG IST SCHON LÄNGST ABGEFAHREN

Bielefeld. Der Bezirksjugendausschuß der IGM beschloß schon im Sommer, für Auszubildende eine Forderung von 100 DM aufzustellen. Diese 100 DM wurden anläßlich einer Pressekonferenz im Jugendmonat Oktober der Öffentlichkeit als Forderung der Auszubildenden hingestellt. In den Betrieben jedoch wußten bis zu diesem Zeitpunkt die Lehrlinge noch nichts über ihre 100 DM-Forderung. Auch die Vertreterversammlung der IGM beschloß am 31.10. auf Betreiben des DGB-Jugendsekretärs Schneider, eine 100 DM-Empfehlung an die Tarifkommission zu geben.

Kurz vor der Jugendversammlung der IGM am 6.11. kam ein Flugblatt der Initiative für eine KG Bielefeld heraus. In dem Flugblatt wurde die Forderung 200 DM linear propagiert. Diese war aus den Diskussionen in den Betrieben hervorgegangen.

Auf der Jugendversammlung wurde diese Forderung dann auch sofort aufgestellt und in der folgenden Diskussion auf 250 DM brutto umgeändert. Reaktion des Jugendsekretärs Schmidt darauf: "Der Zug ist schon längst abgefahren", womit er auf die Vertreterversammlung Bezug nahm. Schmidt glänzte während der ganzen Versammlung mit polemischen Äußerungen und Versuchen, die Versammlung abzubrechen. Die Jugendgruppe Anker stellte darüberhinaus eine Forderung von 600 DM netto auf. Sie begründete dies mit der Notwendigkeit eines Existenzlohns für Lehrlinge.

Schmidt versuchte daraufhin, die Anker-Jugendgruppe gewerkschaftsfeindliches Verhalten vorzuwerfen. Weiterhin versuchte er, ihr Verbindungen zur Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) nachzuweisen. Gegen einige Mitglieder laufen auch schon Ausschlußverfahren aus der Gewerkschaft.

Bei der folgenden Abstimmung erlitten Schmidt und die örtliche Gewerkschaftsleitung eine Niederlage: Die Versammlung beschloß eine Forderung von 250 DM brutto als ersten Schritt zum Existenzlohn für Lehrlinge.

Wiesbaden: ÖTV-Vertreter geben den Manövern der Staatsmacht Flankenschutz

Aus Wiesbaden erreichte uns das untenstehende Interview mit einem Kollegen vom Fuhramt. Wir drucken es ab, weil es äußerst aufschlußreich die Politik der Sozialdemokraten in der Gewerkschaft darstellt und gleichzeitig den Kommunisten ihre aktuellen Aufgaben zeigt.

Wiesbaden. Am 13.11. fand im Fuhr- und Reinigungsamt eine Betriebsversammlung statt, auf der zirka 350 Kollegen anwesend waren. Wir sprachen mit einem Kollegen darüber.

KVZ: Wurde in der Versammlung über Forderungen zur Tarifrunde diskutiert?
Kollege: Am Anfang hielt der Geschäftsführer der ÖTV Wiesbaden, Panek, ein zirka einstündiges Referat. Am Schluß wußten viele Kollegen nicht mehr, was er am Anfang gesagt hat. Dabei sprach er auch noch so schnell, daß ihn vor allen Dingen die ausländischen Kollegen nicht verstehen konnte. Er führte aus, daß die ÖTV zur kommenden Tarifrunde 15 % und ein Urlaubsgeld von 300 DM plus 50 DM für jedes Kind fordert.

KVZ: Viele Kollegen der Stadtverwaltung Wiesbaden, insbesondere auch beim Fuhr- und Reinigungsamt haben im September eine Personalversammlung gefordert, um über eine Teuerungszulage diskutieren zu können. Wie haben die ÖTV-Vertreter und der Personalrat dazu Stellung genommen?
Koll.: Sie sagten, der Weg über eine Personalversammlung sei der falsche gewesen, da dies an der ÖTV vorbeigeht und ganz klar auf einen "wilden Streik" hinauslaufen würde. Die ÖTV lehnt das Vorgehen der Kollegen in Hannover entschieden ab, zumal die Unsinnigkeit dieser Aktion dadurch zum Ausdruck komme, daß die 363 DM Teuerungszulage den Kollegen von der nächsten Lohnerhöhung abgezogen werden sollen. Die in einigen Städten erkämpfte Teuerungszulage ist nach Aussage dieser Gewerkschaftsfürsten nur eine Vorauszahlung auf die Lohnerhöhung 74 gewesen. In der 15 %-Forderung der ÖTV

lage ist nach Aussage dieser Gewerkschaftsfürsten nur eine Vorauszahlung auf die Lohnerhöhung 74 gewesen. In der 15 %-Forderung der ÖTV

dagegen soll angeblich eine Teuerungszulage für 73 enthalten sein.

KVZ: Ist über die Tarifforderung abgestimmt worden?
Koll.: Nein, die 15 % wurden als die feststehende und bereits beschlossene Forderung, über die es keine Diskussion mehr gibt, dargestellt. Der Personalratsvorsitzende ging sofort zum nächsten Punkt über.

KVZ: Wegen der angeblich drohenden Ölkrise sollen die Kollegen im Fuhramt eine Stunde länger arbeiten. Wie war die Reaktion der Kollegen?
Koll.: Der Amtsleiter Witte gab bekannt, daß ab sofort täglich 9 Stunden gearbeitet werden und dafür am Freitag nur bis 13 Uhr. Dadurch sollen Heizkosten eingespart werden. Offenbar fiel es ihm schwer, dies den Kollegen schmackhaft zu machen, denn seine Stimme war trotz Mikrofon kaum zu verstehen. Deshalb ging ein Kollege ans Mikrofon und wiederholte dies noch einmal laut und deutlich. Die Kollegen waren natürlich stinksauer. Sie forderten eine Abstimmung. Der Kollege am Mikrofon griff diesen Vorschlag sofort auf und der 9-Stunden-Tag wurde einstimmig abgelehnt.

KVZ: Was meinte der Personalrat dazu?
Koll.: Der Personalratsvorsitzende Fred Loef erklärte, er sei zwar auch gegen den 9-Stunden-Tag, aber in der jetzigen Situation müsse man die Bundesregierung unterstützen. Außerdem sei diese Maßnahme eine halbe Stunde vor der Versammlung bereits vom Personalrat genehmigt worden und dagegen würde auch keine Abstimmung helfen.

–KBW Zelle Stadtverwaltung OG Wiesbaden–

stimmung helfen.
–KBW Zelle Stadtverwaltung OG Wiesbaden–

Folgendes läßt sich nach unserer Meinung aus dem Verlauf der Betriebsversammlung des Fuhr- und Reinigungsamtes Wiesbaden lernen:

1. Aus der Tarifauseinandersetzung versuchen die Sozialdemokraten gerade die unbestritten kampfstärksten Belegschaften herauszuhalten. Zu diesem Zweck nutzen sie ihre Positionen in den Führungsgremien der Gewerkschaft und stellen Prozentforderungen auf, weil sie wissen, daß damit die Belegschaften gespalten werden und eine gespaltene Belegschaft ihren Manövern ausgeliefert ist und selbständig nichts machen kann.
2. Versammlungen der Mitglieder scheuen sie in Spannungszeiten wie der Teufel das Weihwasser. Sie haben Furcht, daß die Belegschaften auf solchen Versammlungen sich über die Spaltungsmanöver hinwegsetzen und eigene Forderungen gegen den Arbeitgeber aufstellen, was der erste Schritt zum erfolgversprechenden Kampf ist.
3. In Zeiten der politischen Krise, wie gegenwärtig, wo die Regierung versucht, eine Erdölhysterie im Volk in Gang zu bringen, wirken die Sozialdemokraten als politische Handlanger der Regierung. Wenn die Regierung bei ihrer imperialistischen Politik der Volksunterdrückung Rückschläge erleidet, dann versuchen die Sozialdemokraten die Massen vom Kampf gegen die Politik der Staatsmacht abzuhalten, indem sie versuchen, Haß zu erzeugen gegen den Widerstand der Völker – in diesem Fall gegen den gerechten Kampf der arabischen Völker für staatliche Unabhängigkeit.

Das gerade Gegenteil zu diesen Machenschaften durchzuführen, ist eine aktuelle Aufgabe der Kommunisten:

1. müssen wir es anpacken, die Belegschaften unter einheitlichen Forderungen zusammenzuschließen und ihnen so die selbständige Handlungsfreiheit zu erhalten.
2. ist das Mittel dazu nicht das kluge Einsetzen von Machtpositionen, sondern werden wir alle Kräfte in Bewegung setzen, um zu Versammlungen zu kommen, auf denen sich die Demokratie der Gewerkschaftsmitglieder entwickeln kann. Man muß jetzt beginnen, eigene Forderungen gegen die Arbeitgeber aufzustellen, um sich die Möglichkeit zu schaffen, selbständig in den Arbeitskampf zu gehen.
3. müssen wir allen politischen Manövern entgegentreten, die von der Verantwortung der bürgerlichen Klasse ablenken sollen. Die Sozialdemokraten unterwerfen offen den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter den politischen Zielen der bürgerlichen Klasse. ...

Sie fordern von den Werktätigen Opfer, damit die bürgerliche Klasse ihre Politik der Völkerunterdrückung weiterführen kann. Dagegen müssen wir den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter entschlossen führen und ihn mit den politischen Zielen der Arbeiterklasse verbinden. Die politischen Ziele der Arbeiterklasse sind denen der bürgerlichen Klasse gerade entgegengesetzt. Wenn die bürgerliche Klasse und das Lumpenpack ihrer Politiker von uns Opfer verlangt, um ihre Verbrechen auf der ganzen Welt betreiben zu können, dann werden wir dem die Propaganda für den Sturz der bürgerlichen Klasse entgegenstellen und uns auf keinerlei Solidarität und Opferbringen einlassen.

–M.F.–

Zulage nicht angerechnet

GERÜCHTE UND LÜGEN

Hannover. Der Streik im Fuhramt Hannover stand am Anfang einer breiten Bewegung für Teuerungszulagen im öffentlichen Dienst.
Nachdem der selbständige Streik der Kollegen zu einem Erfolg geführt hatte, stellten immer mehr Kollegen ebenfalls ihre Forderungen auf und setzten auf ihre eigene Kraft. Dabei waren die erfolgreichen Kämpfe in Hannover eine starke Unterstützung in anderen Orten, die allen zeigten: Einheitlich und geschlossen sind wir stark!
Inzwischen hat die ÖTV-Führung allerhand Gerüchte und Lügen in die Welt gesetzt. Da wird erzählt: Die Teuerungszulage werde mit dem 13. Monatsgehalt aufgerechnet. Anderswo heißt es: Die Teuerungszulage werde in der kommenden Lohnerhöhung aufgehen. Alle diese Gerüchte haben einen Inhalt: Die Kollegen in Hannover hätten in Wahrheit nichts erreicht. Der selbständige Kampf wäre zwecklos gewesen.
Was ist nun richtig?
Die Arbeiter und Angestellten der Stadtverwaltung und der Stadtwerke Hannover haben eine Teuerungszulage von 363 DM für die Arbeiter der Lohngruppen Ib – VI und die Angestellten der Gruppen BAT X – VIII und der entsprechenden Kr-Gruppen durchgesetzt. Die Höhe der Teuerungszulage für die höheren Gruppen ist geringer: 313, 263 und 213 DM.

Die Teuerungszulage ist gegen überhaupt nichts aufgerechnet worden. Die Kollegen haben dieses Geld reell in der Tasche.
Alle Verdrehungen, die etwas anderes aussagen, dienen einem Zweck: die Kollegen zu verwirren und den Kampf zu hintertreiben und zu schwächen.

–W.G., OG Hannover–

Hessen GEW-Protestveranstaltung

Hessen GEW-Protestveranstaltung

Über 4 000 Lehrer hatten sich zu einer Protestveranstaltung der GEW in der Rhein-Main-Halle in Wiesbaden versammelt. Sie bekundeten damit ihre Entschlossenheit, gegen die durch einen Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums geplante Gehaltskürzung (bis zu 270 DM) und die damit verbundene Verschärfung der Misere der Volksschule zu kämpfen.

Der Landesvorsitzende der hessischen GEW, Ludwig' eröffnete die Veranstaltung. Er stellte den Referentenentwurf als einen gemeinsamen Angriff von Finanz- und Innenminister auf die Bildungspläne der SPD dar. So versuchte er die Kollegen in eine bildungspolitische Einheitsfront mit der SPD zu drängen und sie damit vom eigenständigen Kampf für ihre Interessen abzulenken. Die Kollegen sollten nur getrost "ihren" Bildungspolitikern in der SPD vertrauen.
Die Entschlossenheit der GEW, einen Warnstreik durchzuführen, sei groß, verkündete Ludwig dann großmäulig – und dies nachdem der Hauptausschuß der GEW 2 Tage vorher die Urabstimmung, die für den 19. bis 24.11. vorgesehen war, auf unbestimmte Zeit verschoben hatte. Die GEW müsse natürlich erst alle Verhandlungsmöglichkeiten ausschöpfen, bevor ein solcher Arbeitskampf sinnvoll und erfolgreich sein könne. Als nächster erklärte der hessische Kultusminister Friedeburg, er fühle sich auch als "Protestant" und stehe ganz auf Seiten der Lehrer.
In dem Augenblick, wo es darum ging, der Empörung der Kollegen die Spitze abzubrechen, gab es nur noch Bildungsfreunde und keine Parteidifferenzen mehr. So versprachen alle, sich einzusetzen, keiner jedoch machte klare Zusagen.

Daß solche schönen Worte nichts nützen, mußte sogar der GEW-Bundesvorsitzende Frister angesichts der Empörung im Saal zugeben. Wortradikal ging er mit dem Referentenentwurf und dessen Verfasser Genscher ins Gericht. Dies dürfe man sich nicht gefallen lassen, kämpferische Solidarität sei nötig. Doch dann schlug er vor, der hessische Ministerpräsident Osswald und Bundeskanzler Willi Brandt sollten in einem persönlichen Gespräch wieder alles zum Guten wenden. Der Bundeskanzler könne den Referentenentwurf nicht zulassen, da dieser nicht wirklich Wille der sozialliberalen Koalition sei, wie z. B. aus den Wahlreden ersichtlich sei. Frister war zwar durch die Haltung der Kollegen gezwungen, nicht nur von Willi Brandt und seinem guten Willen zu reden, sondern auch von Kampf. Immer wieder aufkommende Sprechchöre: Streiken! Streiken! griff er jedoch nicht auf.
In der von den Kollegen erzwungenen Diskussion vertraten fast alle, die sich zu Wort gemeldet hatten, daß es notwendig ist, jetzt sofort Urabstimmung und Warnstreik zu beschließen und durchzuführen. Man solle sich nicht durch die Manöver von GEW- und DGB-Spitze täuschen lassen, es komme darauf an, zu kämpfen.
Vom Bezirksverband Frankfurt wurde dann eine bereits von der Frankfurter Obleuteversammlung verabschiedete Resolution eingebracht, die forderte, die Urabstimmung sofort und den Streik noch vor Weihnachten durchzuführen.
Plötzlich, während die Diskussion darüber noch lief, machte der Versammlungsleiter eine "technische" Durchsage: die Busse seien von der Polizei von ihren Parkplätzen abgerufen worden und würden in Kürze von der Rhein-Main Halle abfahren. So arbeiten Gewerkschaftsführer, Abgeordnete und Polizei zusammen!

Es kam dann zur Abstimmung über die Frankfurter Resolution. Der Versammlungsleiter teilte Ablehnung der Resolution mit eindeutiger Mehrheit mit. Das stimmte nicht: das Stimmenverhältnis war etwa gleich. Dies konnten wir von unserem Platz, von dem aus wir einen Überblick über die ganze Halle hatten, sehen. Empört schrien die Kollegen dazwischen. Dann wurde ein zweiter Antrag eingebracht, der Urabstimmung und Warnstreik noch im Dezember forderte. Wieder stellte der Versammlungsleiter eine eindeutig ablehnende Mehrheit fest. Das war augenscheinlich eine Lüge. Die Mehrheit hatte für den Antrag gestimmt. Jetzt pfiffen und buhten die Kollegen, diskutierten zornig über dieses Betrugsmanöver und die große Mehrheit der Kollegen verließ die Veranstaltung noch während GEW-Landesvorsitzender Ludwig sein abwiegelndes gegen "alles Linke" hetzendes Schlußwort sprach.
Jetzt kommt es darauf an, nicht in blinden Zorn oder trübsinnige Resignation zu fallen. Jetzt muß weiter von unten her in den Kollegien, in den Orts- und Kreisverbänden auf sofortige Urabstimmung und Streik vor Weihnachten gedrängt werden.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
Kein Lehrer unter A 13!
Kein Lehrer über 24 Unterrichtsstunden!
Gleichwertige Ausbildung für alle Lehrer!
Weg mit dem Referentenentwurf!

C.T., B.I., Kommunistische Lehrergruppe Frankfurt/Offenbach

Gegen Gewerkschaftsausschlüsse

GÖTTINGEN: GEW-MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Göttingen. Zur Mitgliederversammlung des Kreisverbands Göttingen-Duderstadt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am 24.10.73 kamen etwa 400 Kollegen in die Göttinger Stadthalle, um einen neuen GEW-Kreisvorstand zu wählen und eine Reihe wichtiger Anträge zu beraten.
Zu Beginn bemühte sich der niedersächsische GEW-Landesvorsitzende Galas, Stimmung gegen fortschrittliche Kollegen zu machen und trug dann die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB-Bundesvorstands vor, die jedes klassenbewußte Gewerkschaftsmitglied mit dem Ausschluß bedrohen. Die große Mehrheit war mit dem Galas-Referat nicht einverstanden.
Mehrere Kollegen wandten sich entschieden gegen die Versuche der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung, unter dem Mäntelchen der Einheitsgewerkschaft Gewerkschaftsausschlüsse zu betreiben und damit die Einheitsgewerkschaften zu sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaften zu machen. Gegen die verzweifelten Bemühungen des DGB-Kreissekretärs Krüger fand daher ein Antrag eine breite Mehrheit, in dem die sofortige Rücknahme des Ausschlusses des Göttinger IG-Metall-Mitglieds Tomas Klingeberg gefordert wurde. Ebenfalls mit großer Mehrheit wurde gegen das Ausschlußverfahren gegen die Hamburger GEW-Mitglieder Hindemith und Altenburg protestiert.
Ebenso entschieden wandte sich die Mitgliederversammlung gegen die Berufsverbote im öffentlichen Dienst. Mit dem Ziel der freien politischen und gewerkschaftlichen Betätigung in Schulen und Behörden lehnten die Kollegen auch die geplante gesetzliche Verschärfung und Ausweitung der politischen Entrechtung im öffentlichen Dienst ab. Sie forderten hierzu eine enge Zusammenarbeit mit der ÖTV, damit alle Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst eine einheitliche Front bilden.

Bei den abschließenden Vorstandswahlen wurden dann nur jene Kandidaten gewählt, die zuvor diese Anträge ausdrücklich unterstützt hatten.

Forderungen der Lehrer

HAMBURG: GEW-HAUPTVERSAMMLUNG

Hamburg. Auf der GEW-Hauptversammlung haben 800 anwesende Lehrer mit großer Mehrheit folgende Forderungen beschlossen:
Keine Besoldung unter A 13 bzw. BAT 2a
250 DM netto mehr im Monat
50 DM für jedes Kind
500 DM Urlaubsgeld
Sofortige Auszahlung der neuen Löhne
Tarifliche Absicherung sämtlicher Zuschläge
Laufzeit der Tarife 9 Monate
Urabstimmung vor dem Tarifabschluß
40 Stunden-Woche für die Lehrer durch Senkung der Pflichtstundenzahl auf 20
Streikrecht für Beamte im öffentlichen Dienst
Abschaffung des besonderen Dienstrechtes für Angestellte, Arbeiter und Beamte im öffentlichen Dienst
Weg mit dem Gesetzentwurf zur Besoldungsneuregelung!

IGM denunziert Kollegen

ERFOLGREICHER KAMPF GEGEN GEWERKSCHAFTSAUSSCHLUSS

Göttingen. Rolf Schulze, IGM-Sekretär der Ortsverwaltung Göttingen, hat am Mittwoch, 7.11.73, den Betriebsrat bei Zeiss darüber informiert, daß der Kollege N.N. (richtiger Name der Red. bekannt) angeblich Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) sei. Über den genauen Ablauf des Telefongesprächs gibt es verschiedene Darstellungen, die dazu dienen sollen, diese Denunziation zu vernebeln.
Doch egal, ob Schulze den Betriebsrat anrief, um ihm die angebliche Mitgliedschaft im KBW mitzuteilen, oder ob er diese "Information" geschickt in einem beliebigen Telefongespräch einfließen ließ, fest steht, daß Rolf Schulze bewußt und in voller Absicht den Kollegen denunziert hat.

Denn einmal wissen die Kollegen bei Zeiss, daß Teile des Betriebsrates sehr "vertrauensvoll" mit der Geschäftsleitung zusammenarbeiten, zum andern weiß auch Rolf Schulze, daß Telefonanschlüsse in Betriebsratsbüros immer die Neugierde der Unternehmer erregen und zumeist abgehört werden.

Mit der Denunziation kann die Existenz eines Arbeiters vernichtet werden. Kollege N.N. ist erst seit kurzer Zeit bei Zeiss, er ist noch in der Probezeit und kann jederzeit ohne Angabe von Gründen gekündigt werden.
Schon mehrfach sind in der letzten Zeit KBW-Genossen und fortschrittliche Kollegen aus Göttinger Betrieben geflogen. Es drängt sich die Frage auf: Hat die Ortsverwaltung dort auch an bisher unsichtbaren Fäden gezogen? Denn schließlich ist der Fall bei Zeiss auch nur durch einen Zufall ans Tageslicht gekommen.

Am Samstag, 10.11., auf einer Veranstaltung der IGM, ist die Ortsverwaltung von empörten Kollegen zur Stellungnahme aufgefordert worden. Rolf Schulze versuchte sich mit fadenscheinigen Ausreden zu drücken, dieser Versuch wurde von vielen Kollegen nur belacht. So mußte Hermann Kantelhardt, 1. Bevollmächtigter der IGM, das Wort ergreifen. Er bekannte sich zur Einheitsgewerkschaft, in der alle Mitglied werden könnten, egal ob parteilos, Sozialdemokrat oder Kommunist. Er sprach sich sogar gegen Gewerkschaftsausschlüsse aus, und betonte, Kollegen gegen solche Ausschlüsse zu helfen, solange sie nicht die Gewerkschaften spalten wollten. Er rief auf, eine etwaige Entlassung des Kollegen N.N. zu verhindern.

Diese Worte von Hermann Kantelhardt werden sich alle Göttinger Arbeiter sehr genau merken müssen und sich in ihrem weiteren Kampf um klassenkämpferische Gewerkschaften darauf berufen.
Denn diese großen Worte stehen im krassen Gegensatz zu den Taten. Gerade Kantelhardt hat wesentlich den Ausschlußantrag gegen den Genossen Tomas Klingeberg vorangetrieben, der wegen Mitgliedschaft im KBW ausgeschlossen wurde. Unserer Meinung nach hat nur die Empörung der anwesenden Kollegen den 1.Bevollmächtigten bewogen, solch richtige Aussagen zu treffen. Um weiterhin als fortschrittlich und "links" zu gelten, war es ihm unmöglich, sich hinter Rolf Schulze zu stellen.

—T.K., Ortsgruppe Göttingen—

DKP BEI DGB-DEMONSTRATION

„Ich reiß dir die Barthaare aus!"

Ludwigshafen. An der DGB-Demonstration gegen Entlassungen fortschrittlicher Jugendvertreter am Samstag, 10.11., in Ludwigshafen, nahmen rund 1 000 Menschen teil, darunter verschiedene DGB-Gruppen, Vertreter der DKP, des KBW, der Berufsverbotekomitees sowie einige andere Gruppen.

Während des Demonstrationsablaufs formierten sich mehrere DKP-Mitglieder zu regelrechten Provokations- und Schlägergruppen. Einige hakten sich zu einer Reihe zusammen, um dadurch die fortschrittlichen und kommunistischen Kollegen abzudrängen. Als diese DKP-Reihe von den abgedrängten Demonstranten überholt wurde, 'argumentierten' die DKP-Mitglieder mit Beinstellen, Transparente-Herunterreißen und Pöbeleien. Wehrte man sich gegen diese Maßnahmen, wurde sofort mit Schlägereien und Argumenten wie z.B. "Ich reiß' dir gleich die Barthaare raus", "Spalter", "Chaoten" usw. geantwortet.

Auch die DGB-Ordner (darunter Mitglieder der DKP) verhielten sich nicht viel anders. Andauernd wurde von ihnen versucht, die sogenannten "Spalter und Chaoten" aus der Demonstration zu zerren, sie am Flugblattverteilen und am Zeitungsverkauf zu hindern.

Die vorgefallenen Tatsachen zeigen deutlich, wer hier wirklich versuchte, die Demonstration zu spalten!
Mit gemeinster Brutalität bewiesen diese DKP-Mitglieder, daß sie die politischen Chaoten bzw. Spalter sind. Das gesamte Vorgehen von DKP- und DGB-Ordnern deutete klar auf den Versuch hin, auch bei dieser Demonstration die "Unvereinbarkeitsbeschlüsse" der SPD-Gewerkschaftsführung rigoros durchzuführen.

Diesen Spaltungsversuchen gilt es den gemeinsamen Kampf aller Kollegen inner- und außerhalb des DGB entgegenzusetzen, um die Einheitsgewerkschaft zu dem zu machen, was sie eigentlich sein sollte: das gemeinsame Kampforgan der Arbeiterklasse zur Durchsetzung ihrer Lebensinteressen.

–ein Gewerkschaftskollege aus Frankenthal/Pfalz–

Vetter erstattet Anzeige wegen Verletzung des Urheberrechts

Köln. Am 18. Oktober besetzte Polizei in einem Großeinsatz die Produktionsräume der Druckerei "Betrieb" und Wohnungen der Mitarbeiter. Die politische Polizei und 40 bis 50 Polizisten kamen morgens um 6 Uhr. Die Druckerei arbeitet unter anderem für IGM, HBV und GEW. Die Druckerei hatte zum Selbstkostenpreis einen vom DGB-Bundesvorstand Abteilung Jugend herausgegebenen Leitfadenentwurf für die gewerkschaftliche Jugendarbeit nachgedruckt.
Der DGB hatte den Entwurf nur in sehr kleiner Auflage herausgebracht und nur an ausgewählte Personen verschickt. Der DGB-Bundesvorstand hatte aufgefordert, den Entwurf "auf breiter Ebene und nicht nur von Bildungsexperten" zu diskutieren, "da hier die Erfahrungen derjenigen Kolleginnen und Kollegen eingehen müssen, die die praktische Gewerkschaftsarbeit tragen." Bestellt bei der Druckerei "Betrieb" hatten unter anderem Gewerkschafts-Hauptverwaltungen, Ortsstellen, Jugendgruppen usw. Gegen die Verbreitung der Schrift ließ DGB-Vorsitzender Vetter die Polizei aufmarschieren.

Austritte erschüttern die DAG

Die DAG steckt in einer schweren Krise. Scharenweise verlassen Jugendliche die Angestelltengewerkschaft und treten in die DGB-Gewerkschaften über. Ganze Landesjugendvorstände treten zurück und schließen sich den Einheitsgewerkschaften an.
Schon auf ihrem letzten Bundeskongress in Fürth erregte die DAG-Jugend das Mißfallen der Verbandsoberen, als sie zur Überwindung der Spaltung in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung die Vereinheitlichung von DAG und DGB forderte. Die Antwort waren Disziplinierungsmaßnahmen. In Hamburg und Nordrhein/Westfalen wurden hauptamtliche DAG-Jugendsekretäre gefeuert. Das rief eine bundesweite Solidarisierungswelle hervor, auf die der Hauptvorstand nach anfänglichem Zögern mit weiteren Repressalien reagierte. Das führte in Bayern zum Rücktritt des Landesjugendvorstandes, von dessen 11 stimmberechtigten Mitgliedern acht sofort ihren Übertritt in die DGB-Gewerkschaften vollzogen. In Hamburg traten ganze Jugendgruppen aus der DAG aus.
Der politische Kern an den Übertritten ist die Kritik der Jugendlichen an der DAG als einer berufständischen Organisation, die den einheitlichen Kampf von Arbeitern und Angestellten spaltet, anstatt Gewerkschaften als "Kampforganisationen aller abhängig Beschäftigten" zu begreifen. Wenn die Jugendlichen ihre Aufgabe im DGB klar sehen, dann wird ihr Übertritt nicht die Position der rechten DGB-Führer stärken, sondern den Kampf um die Gewerkschaftseinheit auf der klassenbewußten, proletarischen Linie weiterbringen.

H.E., Ortsgruppe Köln

Wem nutzt die Mitbestimmung?

Von allen bürgerlichen Parteien wird zur Zeit die Mitbestimmung propagiert.
Im DGB-Grundsatzprogramm von 1963 wird gefordert:
"Die paritätische Mitbestimmung muß bei allen wirtschaftlichen, sozialen und personellen Entscheidungen gesichert sein... Zu ihrer Sicherung sind... bei allen Großunternehmen... Aufsichtsräte zu bilden, die paritätisch aus Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammengesetzt sind."
Im Aufsichtsrat, der nicht die Geschäftsführung wahrnimmt, sondern eine Kontrolle ausüben soll, daß die höchsten Gewinne erzielt werden, der die Personen des Vorstandes bestimmt, in diesem Aufsichtsrat sollen die Vertreter der Belegschaft und der Gewerkschaften mit gleicher Stimmenzahl wie die Kapitalvertreter sitzen.
Zum 1. Januar 1975 will die SPD/FDP-Regierung jetzt ein Gesetz verabschieden, das die Mitbestimmung in 2 000 Großbetrieben mit über 400 000 DM Gewinn, bzw. 1 000 Mann Belegschaft einführt.
In allen Bundestagsparteien, SPD, FDP, CDU/CSU gehen die Diskussionen über die Mitbestimmung hoch her. Es gibt viele Modelle.
Die SPD und die FDP sollen sich nach Berichten der Zeitungen (z.B. "Frankfurter Rundschau" vom 26.10.73) auf folgendes geeinigt haben:
Im Aufsichtsrat sollen 6 Vertreter der Kapitalisten, 5 Vertreter der Arbeiter und 1 leitender Angestellter sitzen. Die Vertreter der Arbeiter sollen von der Belegschaft gewählt werden. Die Gewerkschaft soll ein Vorschlagsrecht für einen Teil der Arbeitervertreter haben, der leitenden Angestellte soll von den leitenden Angestellten vorgeschlagen und von der Belegschaft gewählt werden.

Die SPD und die FDP streiten sich besonders darüber, wie die leitenden Angestellten zu behandeln sind: als selbständige dritte Gruppe oder als Teil der "Arbeitnehmerseite", und vom wem der leitenden Angestellte gewählt wird, von der Belegschaft, nur von den leitenden Angestellten selbst, oder von Kapitalvertretern und Arbeitervertretern zusammen.
In der CDU haben die "Sozialausschüsse" die paritätische Mitbestimmung gefordert. Dagegen hat der CDU-Parteivorstand das Biedenkopf-Modell vorgeschlagen, benannt nach dem CDU-Generalsekretär Biedenkopf, der auf jeden Fall die Zahl der Kapitalistenvertreter größer als die der Arbeitervertreter halten will.

"GLEICHBERECHTIGUNG VON KAPITAL UND ARBEIT"

Alle bürgerlichen Parteien und die Gewerkschaftsführung sagen, daß die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit die Grundlage von Mitbestimmung sei.
Dagegen ist aber klar, daß die Arbeiter ihre Arbeitskraft an die Besitzer der Produktionsmittel verkaufen müssen, und zwar zu dem Zwecke, daß sie mehr produzieren, als sie Lohn erhalten, was sich die Besitzer der Porduktionsmittel aneignen. Von Gleichberechtigung keine Spur.
Die Mitbestimmung soll da Abhilfe schaffen. Wenn jetzt die Vertreter der Belegschaft und der Gewerkschaft im Aufsichtsrat gleichberechtigt sitzen, werden die Arbeiter ihre Arbeitskraft dann nicht mehr verkaufen müssen? Werden sie jetzt nicht mehr für die Besitzer der Produktionsmittel schuften müssen? Offensichtlich doch. Aber durch die Forderung nach Gleichberechtigung soll ja auch das Kapital nicht beseitigt werden. Die Arbeit soll nur gleichberechtigt neben dem Kapital bestehen, neben dem Kapital, das eben nur so lange existiert, wie es die Arbeitskraft ausbeuten kann und die Kapitalisten die Arbeiter zwingen können, ihre Arbeitskraft an sie zu verkaufen.

Wenn also das kapitalistische System der Ausbeutung auch weiterbesteht, dann können doch aber vielleicht die Vertreter der Belegschaften und der Gewerkschaften in den Aufsichtsräten gleichberechtigt über die geschaffenen Werte und über die Produktion mitbestimmen? Ja, das werden sie sicher. Fragt sich nur, in wessen Interesse.
Zwei nicht zu vereinbarende Interessen stehen sich gegenüber:
- das "Betriebswohl", das heißt, möglichst viel Profit aus den Arbeitern herausholen und
- die Interessen der Arbeiter und Angestellten an Sicherung und Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Ohne den Angriff auf diese Lebensbedingungen und ohne verstärkte Ausbeutung wird aber das Betriebswohl nicht gedeihen, der Profit nicht wachsen.

Die Mitbestimmungsvertreter wollen aber zusammen mit dem Kapital bestimmen. Wofür? Das Kapital ist gezwungen, bei Strafe seines Untergangs, möglichst viel Profit aus den Arbeitern herauszuholen. Mitbestimmung mit dem Kapital kann nur heißen Die Vertreter der Belegschaft und der Gewerkschaften tragen mit an der Verantwortung, das Betriebswohl, die Profitsteigerung zu sichern – auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten, anders ist zusammen mit dem Kapital nicht mitzubestimmen.

WAS STECKT ALSO HINTER DEM MITBESTIMMUNGSGEREDE DER GEWERKSCHAFTSFÜHRER UND DER BÜRGERLICHEN PARTEIEN?

Was steckt zum Beispiel hinter der DGB-Erklärung in seinem Aktionsprogramm von 1965: *"Unser Staat ist aber so lange nicht demokratisch und sozial, wie die Arbeitnehmer von der Mitbestimmung ausgeschlossen sind."*? Was steckt dahinter, wenn im DGB-Aktionsprogramm von 1972 gefordert wird: "die Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich verwirklichen"?
Die bürgerlichen Parteien und die bürgerlichen Machthaber in der Gewerkschaft fordern Mitbestimmung, weil sie hoffen, so dieses kapitalistische System zu stabilisieren. Die Arbeiter sollen das kapitalistische System, das gerade von der Ausbeutung der Millionen Arbeiter lebt, selbst mit erhalten und dafür verantwortlich sein. Diese Fesseln für die Arbeiter werden als "demokratisch und sozial" verkauft. Auf keinen Fall soll die Arbeiterklasse daran gehen, das kapitalistische Lohnsystem und die Ausbeuterordnung selbst abzuschaffen.

Kaum ein Kollege sagt: "Wenn wir erst die Mitbestimmung haben, dann steht es besser mit uns." Vorteile haben nur einige Gewerkschaftsfunktionäre, nämlich in dicken Sesseln zu hocken und ein schöneres Leben als die Kollegen zu führen. Weil das klar ist, und um gerade das zu verdecken, müssen die bürgerlichen Parteien und die bürgerlichen Gewerkschaftsführungen auch einen derartigen Rummel um die Mitbestimmung machen.

Das laute Geklapper um die Mitbestimmungsmodelle soll ablenken, soll die Schritte der Arbeiter hemmen und verunsichern auf ihrem Weg zur selbständigen Klassenpolitik, auf dem Weg des Kampfes für den Sieg des Sozialismus.

MITBESTIMMUNG IN DER MONTANINDUSTRIE: DIE STILLEGUNGEN GEHEN LEICHTER ÜBER DIE BÜHNE

Die ganze Modellspielerei kann eins nicht beseitigen: die Erfahrungen der Kollegen in der Stahl- und Bergbauindustrie mit der Mitbestimmung. Seit zwei Jahrzehnten hat die ganze Mitbestimmerei den Kollegen nicht ein Quentchen mehr Sicherheit des Arbeitsplatzes gebracht. Im Gegenteil: Ein Arbeitsdirektor – ein Arbeitsdirektor wird von den Aufsichtsratsvertretern der Arbeiter in die Geschäftsleitung, den Vorstand, hineinbestimmt – erklärte bei den Zechenstillegungen 1968: "Die Mitbestimmung hat sich bewährt. Es hat sich gezeigt, daß die Vertreter der Arbeiter Verantwortung tragen können. Ohne uns wären die Stillegungen nie so glatt verlaufen." Bei jeder Drohung der Geschäftsleitung gegen Kampfmaßnahmen der Belegschaften steht der mitbestimmende Arbeitsdirektor voll auf der Kapitalseite. Zum Beispiel bei Mannesmann-Huckingen stand unter jedem Drohbrief an die Arbeiter auch die Unterschrift von Arbeitsdirektor Henne von der IG Metall (gleichzeitig Vorstandsmitglied der SPD-Betriebsgruppe Mannesmann). Er nimmt seine Mitbestimmungsaufgabe wahr und tritt gegen die Arbeiter, wo er nur kann. Auf der letzten Vertrauensleutesitzung von Mannesmann-Huckingen, die sich gegen die Entlassungen von streikenden Kollegen wandte, wurde beschlossen, der IGM-Vorstand solle endlich diesen Arbeitsdirektor überprüfen. Aber Henne ist kein Einzelfall, er ist ein leuchtendes Beispiel für die gesamte Mitbestimmung.

Nützt es den Kollegen etwas, daß IGM-Vorsitzender Loderer gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender bei den Mannesmann-Röhrenwerken ist? Loderer, der alle selbständigen Kampfmaßnahmen der Kollegen für "illegal, schädlich" usw. hält und sie bekämpft und den Kollegen droht, kann sich dadurch nur besser mit den Kapitalisten abstimmen, wie die Streiks bekämpft werden können. Alles unter der Parole: "Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit."

Die bürgerlichen Rattenfänger wollen den Arbeitern die Mitbestimmung mit schönen Worten verkaufen. Aber die Taten zeigen, was Mitbestimmung ist: Sie ist ein Mittel gegen die Arbeiterinteressen und soll die Arbeiter verstärkt den Interessen des Kapitals unterwerfen.

Wenn jetzt die SPD die Mitbestimmung in den Betrieben propagiert, versucht sie damit zugleich ihre Mitglieder in den Betrieben darauf einzuschwören und so den selbständigen einheitlichen Kampf aller Kollegen zu spalten.

Die Kommunisten werden diesen Mitbestimmungsbetrug entschlossen bekämpfen, die Unversöhnlichkeit der Kapitalinteressen und der Interssen der Arbeiterklasse aufzeigen und den Kampf für die politische Selbständigkeit der Arbeiterklasse organisieren mit dem Ziel: Abschaffung des kapitalistischen Lohnsystems und der Ausbeuterordnung.

Nach Streik an der Saar

WO STEHT DER DGB-LANDESJUGENDSEKRETÄR / AUSSCHLUSS-VERFAHREN VON IGBE-FÜHRUNG

Die Führung der IG Bergbau und Energie hat nach dem Zusammenbruch des selbständigen Streiks der saarländischen Bergarbeiter ein Ausschlußverfahren eingeleitet gegen den saarländischen DGB-Landesjugendsekretär Helwin Peter, der zugleich Mitglied der IGBE ist. Der Landesjugendsekretär hat zur Rechtfertigung folgenden Bericht abgefaßt:

KURZBERICHT ÜBER DEN VERLAUF DER BERGARBEITERDEMONSTRATION AM 24.10.1973 IN SAARBRÜCKEN

Wegen des Verkehrsstaues treffe ich erst gegen 8.30 Uhr in Saarbrücken ein. Das Dreieck vor der Bergwerksdirektion ist schwarz von Menschen. Sprechchöre sind zu hören.
Ich gehe darauf zu und werde von einer Reihe mir bekannter Bergarbeiter angesprochen und erfahre, daß eine einmalige Teuerungszulage von 300,00 DM + zukünftig jeden Monat 100,00 DM gefordert wird. Die Menge strömt in die Bergwerksdirektion und kommt mit dem Vorstandsvorsitzenden Anderheggen zurück. Er spricht, beruft sich auf einen Beschluß des Vorstandes, lehnt jede Forderung kategorisch ab. Eine Gruppe von Megaphonträgern agitiert die Menge. Tumult. Die Megaphonträger sind allesamt Kommunisten.
Ich spreche mit vielen, keiner ist für die Kommunisten, alle für die Forderung und gegen die IGBE. Plötzlich werden Sprechchöre laut: "Zum Gewerkschaftshaus, holt die Bonzen raus". Die Menge beginnt sich in Richtung Gewerkschaftshaus zu formieren. Ich dränge mich zu der Agitationsgruppe durch und verwickle sie in eine Diskussion. Die Bewegung kommt zum Stillstand. Es gelingt mir, sie von dem Vorhaben abzubringen. Stattdessen geht es zum Landtag. Unterwegs spreche ich mit einer nichtgezählten Zahl von Demonstrationsteilnehmern. Alle sind organisiert. Auf dem Weg zum Landtag höre ich es selber und erfahre es von Dritten: Die Agitationsgruppe hat die Absicht, in keinem Falle eine Verhandlungskommission bilden zu lassen. Die Masse soll den Landtag stürmen, nicht sofort, aber dann, wenn der Zeitpunkt günstig ist.
Ich bin vor dem Demonstrationszug im Landtag, spreche dort kurz mit einer Reihe von Politikern beider Fraktionen, gerade wie sie mir über den Weg laufen. Keiner weiß, was zu tun ist. Die Bannmeile um den Landtag ist aufgehoben. Ich fordere alle auf, auf eine Verhandlungskommission zu drängen, um den Kommunisten das Heft aus der Hand zu nehmen. Die Menge ist vor dem Landtag. 2 500 – 3 000 Menschen, das Haus voll Polizei. Der Landtagspräsident will sprechen, wird durch die Kommunisten daran gehindert. Forderungen werden wieder vorgetragen. Dann sprechen, zwischendurch immer wieder durch die Agitatoren unterbrochen, die eindeutig die Masse auf ihrer Seite haben, Landtagspräsident, der Oppositionsführer, der Wirtschaftsminister und der SPD-Abgeordnete, Kollege Manfred Wagner. Keiner spricht sich ausdrücklich gegeh den wilden Streik aus, alle sagen ihre Bemühungen zur Lösung des Konfliktes zu. Die Bildung einer Verhandlungskommission wird durch die Kommunisten jedesmal erfolgreich verhindert. Der Sprecher der Kommunisten (Werner Motschenbacher, KAB-ML):
"Keine Verhandlungskommission, wir durchbrechen die Schallmauer, wie wir die Bannmeile durchbrochen haben und gehen da rein." Es gibt Streit um die Megaphone. In der vorderen Reihe stehen mehrere Bergarbeiter in alkoholisiertem Zustand. Die Masse drängt die Treppe hoch. Ein Polizeioffizier schirmt den Landtagspräsidenten ab.
Ich erwische ein Megaphon und spreche mit der Absicht, das Vertrauen der Masse zu gewinnen, um eine VErhandlungskommission durchzusetzen und in jedem Falle einen Konflikt mit der Polizei zu vermeiden. Als ich erkläre, daß die Masse solange am Platz bleibt, wie die Delegation verhandelt, wird der 'Kommissionsbildung zugestimmt, von jeder Schachtanlage zwei Kollegen. Ich überhöre die Vorschläge der Kommunisten. Dennoch sind von der dreizehnköpfigen Delegation drei Kommunisten. Der Landtagspräsident und je ein Abgeordneter der beiden Fraktionen sprechen mit der Delegation. Ich nehme zu keiner Forderung Stellung. Ich diskutiere mit dem Landtagspräsidenten lediglich um dessen Kompetenz, in dieser Sache überhaupt etwas entscheiden zu können. Er stimmt mir zu, daß er dies nicht kann. Den Vorwurf des Landtagspräsidenten, die Situation der Bergarbeiter sei durch die IGBE verursacht, kann ich abblocken. Der Landtagspräsident hält die Forderungen ausdrücklich für begründet und sagt seine volle Unterstützung zu.
12.00 Uhr. Die Masse erwartet die Delegation. Kein Ergebnis. Auf zur Staatskanzlei. Die Regierung muß entscheiden. Bei der Ankunft ist die Tür verschlossen. Kein Minister ist da. Ein Polizeioffizier bittet mich, weil ich bisher Konflikte vermieden hätte, durch die Hintertür ins Haus zu gehen. Die Masse lehnt es ab und fordert den Einlaß der Delegation durch die Haupttür. Nach einigem Zögern erfolgt dies. Der Staatssekretär kündigt die Ankunft des Finanzministers Wilhelm an. Er ist sofort da und erklärt: Wir sind hier unter Kollegen. Ich bin auch Mitglied der IGBE und habe Verständnis für Eure Forderungen. Ich kann Euch für die Saarregierung zusagen, daß sie ihren Teil zu der Erfüllung der Forderungen beitragen wird und zwar in dem Verhältnis, wie sie an den Saarbergwerken beteiligt ist, wenn der Bund seinen Teil übernimmt. Ich frage den Minister, ob er ausgerechnet habe was das kostet und wo er das Geld hernehmen wolle. Er nennt keine Zahlen, sagt aber jovial alle finanzpolitischen Dinge bisher geschafft zu haben. Man soll ihm auch diesmal vertrauen. Der Wirtschaftsminister sei nach Bonn unterwegs, um sich dort für die Forderungen der Bergarbeiter einzusetzen. Das Gespräch ist beendet, ich verlasse die Staatskanzlei, um im Gewerkschaftshaus Bericht zu erstatten.


Die Saarbergarbeiter vor dem Landtag

Kommentar

1. Für H. Peter stehen entweder Kommunisten oder "Bergarbeiter in alkoholisiertem Zustand" in vorderster Front. Die Massen werden irregeleitet – das ist das Bild, das die Bourgeoisie zu allen Zeiten bei ihren Angriffen auf Kommunisten anwendete.

2. Um sein Ziel auf dem schnellsten Wege zu erreichen, stellt sich H.Peter selber an die Spitze der Arbeiter. Er verhindert so, daß die Arbeiter das einzig richtige in der Situation tun: vor das Gewerkschaftshaus zu ziehen, um sich der Unterstützung des Streiks durch die Führung der IG Bergbau und Energie und den DGB zu versichern. Die Tatsache, daß die Gewerkschaftsführung nicht von den Kollegen gezwungen wurde, von vornherein klar zu sagen, ob sie für oder gegen den Streik ist, ermöglichte erst dem IGBE-Vorsitzenden Adolf Schmidt seine ablehnende Stellungnahme und seine unverschämt offene Hetze gegen den Streik.

3. Vor dem Landtag wollen die Arbeiter wieder das einzig richtige machen: Sie wollen keine Verhandlungsdelegation bilden, sondern verlangen vielmehr von der anderen Seite, dem staatlichen Arbeitgeber, daß dieser eine kompetente und mit Vollmachten ausgestatte Verhandlungsdelegation zu ihnen herausschickt und unter den Augen aller Bergarbeiter die Verhandlungen aufnimmt (vgl. "Saarbrücker Zeitung", 25.10.73). In dieser entscheidenden Situation schlägt der DGB-Funktionär scheinbar einen Kompromiß vor: Die Arbeiter akzeptieren, eine Delegation zu bilden, aber sie bleiben vor dem Landtag während der Verhandlungen! Scheinbar behalten damit die Arbeiter die Initiative, tatsächlich aber ist sie mit der Annahme dieses Vorschlages endgültig verspielt. Das Verhalten von H. Peter ist genau das, was die Reformisten in der Gewerkschaft immer in solchen Lagen an den Tag legen. Scheinbar treten sie für die Interessen der Arbeiter ein, tatsächlich aber schaffen sie die Bedingungen, damit ihre bürgerlichen Auftraggeber die Arbeiter umso besser schlagen können.

4. Die bürgerlichen Parteien CDU und SPD sind ohne Federn zu lassen aus der Affäre herausgekommen. Die CDU erklärt: Wir als Landesregierung hätten ja gezahlt, aber leider wollte die SPD/FDP-Bundesregierung nicht. Umgekehrt erklärt die SPD, schuld daran, daß es überhaupt so weit gekommen sei, ist die CDU, die keine Reformen im Saarland will. Die Parteien sind nicht von den Arbeitern gestellt worden, das hat der Landesjugendsekretär des DGB verhindert.

5. H. Peter hat aber auf derselben Seite gestanden wie die Führung der IG Bergbau und Energie, die den Streik nicht unterstützte und mit unglaublicher Hetze die saarländischen Bergarbeiter in der Öffentlichkeit zu isolieren suchte. Helwin Peter und die IGBE-Führung stehen auf der Seite des Arbeitgebers – also der SPD/FDP-Bundesregierung und, der CDU-Landesregierung in diesem Fall. Von dieser Seite her gesehen ist der Versuch der reaktionären IGBE-Führung, H.Peter auszuschließen, ein purer Machtkampf in der Gewerkschaftsführung, ein Gerangel um die Funktionärssessel in den stickigen Vorstandsstuben. Die Arbeiter haben davon nichts, also ist für sie das Ausschlußverfahren ohne Interesse.

6. Von Interesse dagegen ist die Tatsache, daß der Vorstand in dieser selbstherrlichen Weise schalten und walten kann. Daß die IGBE-Führung ihre Politik unter Ausschluß der Mitglieder betreibt, ist allen Kollegen jetzt nochmal bewußt geworden. Es kommt jetzt darauf an, daß die Mitgliedschaft in der IGBE den Kampf gegen ihre verkommenen Führer aufnimmt.

–D.T.–

Wem nutzt die Post?

NECKERMANN IM POSTVERWALTUNGSRAT / GEBÜHRENERHÖHUNGEN

Drastische Gebührenerhöhungen hat das Kabinett für die Post im nächsten Jahr vorgesehen. Gegen die Pläne machten sich alle drei Fraktionen im Bundestag stark und lehnten sie ab. Ihnen geht es jedoch nicht um einen ernsthaften Widerstand gegen die zunehmende Ausplünderung der Bevölkerung. Sie suchen nur nach Wegen, um einen Teil der Gebührenerhöhungen zu umgehen: durch den Abbau öffentlicher Dienstleistungen und die verstärkte Ausbeutung der Postbeschäftigten.

Wenn die vom Kabinett bewilligten Gebührenerhöhungen im Juni nächsten Jahres wirksam werden, haben sich das Briefporto in 3 Jahren um 66 %, Päckchen und Postkarten um 100 % und die Telefonanschlußgebühren um 122 % verteuert.

Als Grund für diese Gebührensteigerungen verweist Postminister Ehmke auf die "Personalkostenentwicklung". Daß die Löhne an den Preiserhöhungen schuld sind, sagen alle Unternehmer. Daß das nicht stimmt, sehen wir an unserer eigenen Lohntüte. Bei der Post wird aber nicht mehr verdient als anderswo auch, die Tarifabschlüsse der letzten Jahre waren entsprechend niedrig. Dagegen hat sich die Arbeitsleistung enorm gesteigert:

- im Fernmeldebereich stieg die Verkehrsleistung von 1962 bis 1970 um 120 %, der Personalbestand dagegen nur um 19 %;
- im gesamten Bereich der Bundespost sinkt die Zahl der Beschäftigten jährlich um rund 5 000 Männer und Frauen.

Bei diesen Rationalisierungen spart die Post laufend ein. Trotzdem treibt sie ihre Preise in die Höhe. Ihre Leistungen sind aber keinen Deut besser geworden. Im Gegenteil – auch hier wird rationalisiert, d. h. die öffentlichen Leistungen werden abgebaut.

Zum Beispiel: Die Geldzustellung soll eingestellt werden, ebenso der Postbusbetrieb, weitere Postämter sollen geschlossen werden, Briefkästen werden seltener und früher geleert. Gebührenerhöhungen, Leistungsabbau, Rationalisierungen richten sich gegen die breite Masse der werktätigen Bevölkerung. Die ist aber gar nicht der Hauptverbraucher von Leistungen der Post. Nur ein Beispiel:

Die großen Versandhäuser verschicken ihre Waren per Post und lassen sich das Geld per Nachnahme von den Beamten einkassieren.

- Frankfurt z. B. hat ein extra Postamt für Neckermann und im Postscheckamt eine Abteilung, die sich nur mit Buchungen für die Versandhäuser beschäftigt.

Werbewirtschaft und Zeitungsverlage beanspruchen in gleicher Weise den Zeitungsdienst der Post.

So erklärt sich auch das ständige Defizit der Post, daß mit Gebührenerhöhungen "bekämpft", aber nie besiegt wird. Denn was der Post am Jahresabschluß fehlt, ist in die Tasche der Kapitalisten gewandert: wo die Post beispielsweise die Wirtschaft beliefert, geschieht das fast immer unter Preis.

- Im Zeitungsdienst z. B. entstehen dieses Jahr durch die Sonderdienste für Großverlage wieder 600 Millionen DM Verlust.
- Im Paketdienst das gleiche. Über niedrige Paketgebühren und Sonderleistungen haben Quelle und Neckermann ihr riesiges Versandgeschäft auf die Beine gestellt. Der Post entstehen hier täglich 1 Million DM Verlust.

Wo dagegen umgekehrt die Wirtschaft die Post beliefert, geschieht das zu überhöhten Preisen.

- Die Post muß z. B. jährlich für 1 Milliarde DM Kabel kaufen und ist laut Gesetz gezwungen, alles im Inland zu beziehen. Dieses Geschäft teilen sich 26 Firmen, die seit 1966 ihr Angebot absprechen und damit die Preise diktieren können.

An diesem Geschäft mit der Post beteiligt sich auch der Staat: Jährlich muß die Post 6 2/3 % ihrer Einnahmen an den Bund abführen, das waren im letzten Jahr 1,3 Mrd. DM.

Während das Kabinett für die bloße Heraufsetzung der Gebühren stimmte, möchten die Fraktionen dasselbe durch verstärke "Rationalisierungen" erreichen, d. h. Kürzung der Personalausgaben auf dem Rücken der Postbeschäftigten und Abbau der Dienstleistungen auf Kosten der Allgemeinheit. Gleichzeitig steht für alle Parteien fest: "Die Post wird teurer, wenn auch vielleicht weniger drastisch und ein halbes Jahr später" (Handelsblatt vom 9./10.11.73).

Ganz egal wie diese Pläne endgültig aussehen, für die Bevölkerung bringen sie nur wachsende Ausplünderung mit sich. "Saniert" wird die Post für die Kapitalisten, die dafür kaum einen Pfennig zu zahlen brauchen. Deshalb sind auch alle Pläne der Zustimmung des Postverwaltungsrats vonvornherein gewiß: hier führt Herr Neckermann den Vorsitz und "führende Vertreter des öffentlichen Lebens", (z. B. Schickedanz von Quelle) stimmen mit 2/3-Mehrheit ab.

Ortsaufbaugruppe Wetzlar

Verfügung aufgehoben

DPG-ANGRIFFE AUF 'ROTES TELEFON' GINGEN DANEBEN

Freiburg. Der Vorstand der Deutschen Post Gewerkschaft (DPG) unternahm einen Vorstoß gegen die Meinungs- und Informationsfreiheit. Durch eine einstweilige Verfügung (vgl. KVZ Nr.5, S.6) ließ er dem "Roten Telefon", Betriebszeitung des Kommunistischen Jugendbundes Freiburg, an der Ausbildungsstelle der Post verbieten, die Leser zur Organisierung in der DPG aufzurufen.

Das würde, so argumentierte die DPG, ihr "allgemeines Persönlichkeitsrecht" beeinträchtigen. Das elementare Recht jedes Menschen, andere aufzufordern, sich in der Gewerkschaft zu organisieren, sollte den Kommunisten genommen werden. Zu einem derart offenen Bruch des Rechts auf Meinungsfreiheit konnte sich das Landgericht Freiburg nicht entschließen. In seinem Urteil hob es die einstweilige Verfügung gegen das "Rote Telefon" auf. Die "Badische Zeitung" kommentierte dies mit der Überschrift: " 'Rotes Telefon' wieder betriebsfähig". Doch diese Überschrift ist ganz falsch. Das "Rote Telefon" war immer "betriebsfähig" und war auch während der Geltungsdauer der einstweiligen Verfügung ein wirksames Sprachrohr der Interessen der Postjugend.

Postler fordern:

DPG-MITGLIEDER SIND FÜR KAMPFMASSNAHMEN

Frankfurt 15.11.73. Auf der Mitgliederversammlung der Deutschen Postgewerkschaft ist der Vorstand aufgefordert worden, Demonstrationen innerhalb der Arbeitszeit und Kampfmaßnahmen in den Betrieben für die aufgestellten Tarifforderungen durchzuführen.

Gefordert wurde von den Mitgliedern:

- ab 1.7.74 300 Mark monatlich mehr für alle
- Kinderzuschlag von 50 auf 100 DM erhöhen
- einheitliches Urlaubsgeld von 1 000 DM
- Anhebung der Ausbildungsvergütung auf einheitlich 675 DM

Außerdem sollen erkämpft werden:

- 6 Wochen Urlaub
- Bildungsurlaub
- 35 Stundenwoche

Wiesbaden. Am 12. November hat die Jahreshauptversammlung der Deutschen Postgewerkschaft Amtsgruppe Postamt Wiesbaden zur kommenden Tarifauseinandersetzung folgende Forderungen aufgestellt:

300 DM Festbetrag für alle Kollegen
75 DM Festbetrag für jedes Kind
einheitliches Urlaubsgeld (ohne Höhe)
Anrechnung der Pausen auf die Arbeitszeit.

Es wurde beschlossen, diese Forderung bis zum 14. November an den Bezirksvorstand zu schicken, der über die Forderungen für Hessen beschließt.

Hamburg. Ein Postamt hat 270 DM gefordert, ein weiteres fordert mindestens 200 DM für alle.

Bundesjugendausschuß der DPG: 600 DM für alle Lehrlinge!

WERKSCHUTZTAGUNG

»Der Feind steht im Innern«

WERKSCHUTZ ARBEITET ENG MIT POLIZEI UND VERFASSUNGSSCHUTZ ZUSAMMEN

Im Oktober wurden in Köln 120 Werkschutzchefs großer Betriebe zusammengeholt. Der Ausbau des Werkschutzes wurde unter der Parole beraten: "Feinde im Innern machen der Industrie zu schaffen. Die Unternehmer müssen handeln." Eingeladen hatten der "Bundesverband der Deutschen Industrie" und der "Verband für die Sicherheit der Wirtschaft". In der Bundesrepublik gibt es etwa 70 000 Angehörige des Werkschutzes in etwa 1 000 Firmen.

Der Werkschutz ist eine wichtige Einrichtung für die Unternehmer, um die betrieblichen Kämpfe der Arbeiter und Angestellten zu unterdrücken und zu zerschlagen. Das zeigte sich deutlich in den zahlreichen Streiks der letzten Monate. Beim Streik von John Deere Mannheim im Mai wurde z.B. der Werkschutz zusammen mit organisierten Schlägergruppen von Meistern, Betriebsleitern und Direktoren als Greiftrupps gegen aktive Kollegen eingesetzt. Durch die Bespitzelungstätigkeit des Werkschutzes konnte die Zerschlagung des Streiks vorbereitet, gezielt einzelne Kollegen herausgegriffen und vor die Werkstore gebracht werden. In gleicher Weise wurde der Werkschutz beim Ford-Streik in Köln eingesetzt.



800 Arbeiter der Firma Felten & Guilleaume erzwangen 1970 die Absetzung des Werkschutzleiters Boljahn.

Der Aufschwung der betrieblichen Kämpfe macht den Kapitalisten zu schaffen. Auf der Werkschutztagung wurde berichtet, daß sich seit zwei Jahren "das Betriebsklima in vielen Betrieben verschlechtert". Die Werkschutzchefs erklärten, es sei für die Werke eine ganz neue Erfahrung, daß der Feind auch im Innern sitzen kann. Offensichtlich hätten sich Agitatoren eingenistet. So versuchten sie zu erklären, daß die Kollegen die verschärfte Arbeitshetze und die ständige Lohndrückerei nicht mehr schweigend hinnehmen, sondern in selbständigen Kämpfen in breitester demokratischer Weise ihre Kampfziele besprechen und bestimmen, wie der Kampf dafür erfolgreich zu führen ist. Dadurch sehen die Unternehmer ihr Fabrikgesetz und ihre Fabrikordnung bedroht und fürchten um die Sicherheit ihrer hohen Profite. Um das alles stärker zu sichern, soll der Werkschutz jetzt ausgebaut werden. Zur Begründung für den Ausbau muß die angebliche Einschleusung von Saboteuren und Chaos-predigenden Agitatoren herhalten. Aber nach den breiten Streikkämpfen der letzten Zeit ist allzu offensichtlich, gegen wen sich der Werkschutzausbau richtet. Vielen Kollegen ist das klar, und auf der Tagung wurde darum auch festgestellt, daß dem Werkschutz in vielen Betrieben offenes Mißtrauen entgegenschlägt.

Der Werkschutz arbeitet eng mit der Polizei und dem "Bundesamt für Verfassungsschutz" zusammen, um das Spitzelnetz gegen fortschrittliche Kollegen enger zu knüpfen. So sprach auch ein hoher Beamter des Verfassungsschutzamtes auf der Tagung und warnte die Unternehmer zum Beispiel davor, den ausländischen Dolmetschern zu trauen, da diese sich nicht immer als willfährige Werkzeuge der Firmenleitung erwiesen hätten.

Der Sicherheitsbeauftragte des "Bundesverbands der Deutschen Industrie" erklärte: "Bei der Mehrzahl der Betriebe sind völlig ungenügende Vorkehrungen getroffen worden." Das müsse anders werden. Wie weit soll der Werkschutz ausgebaut werden? Die schon jetzt gründliche Schießausbildung eines großen Teils des Werkschutzes zeigt, daß die Kapitalisten sich nicht scheuen werden, den Werkschutz auf streikende Arbeiter schießen zu lassen. Schon 1969 hatte der damalige BDI-Präsident Berg beim Streik der Dortmunder Hoesch-Arbeiter gewünscht: "Einen totschießen, dann herrschte wenigstens wieder Ordnung."

Die Brutalität des Werkschutz- und Polizeieinsatzes bei den Streiks bei Ford Köln, Pierburg Neuß und Rheinstahl Bielefeld hat deutlich gemacht, daß die Kapitalisten ihren betrieblichen und staatlichen Machtapparat verstärkt einsetzen. Jetzt wollen sie ihn weiter ausbauen.
Damit die Kollegen bei ihren Kämpfen den Bespitzelungs- und Zerschlagungsaktionen des Werkschutzes nicht unvorbereitet gegenüberstehen, müssen alle Nachrichten über die Einrichtungen und den Ausbau des Werkschutzes im ganzen Betrieb verbreitet werden. Die Kollegen müssen darüber genau Bescheid wissen, um die richtigen Vorbereitungen gegen die Werkschutztruppen zu treffen.

–A.H.–

VERBAND DARF ARBEITSKAMPF NICHT UNTERSTÜTZEN

Fluglotsenurteil

BEAMTENRECHT: STREIKS GEGEN DIE GUTEN SITTEN

Celle. Das Oberlandesgericht Celle hat in einem Berufungsverfahren entschieden, daß die Bundesregierung dem Fluglotsenverband die Vorbereitung und Leitung der Kampfmaßnahmen der Fluglotsen nicht nachgewiesen habe. Dem Verband wurde aber die Unterstützung der Kampfmaßnahmen verboten. Zugleich wurde das Beamtengesetz gegen die Kampfmaßnahmen von Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst eingesetzt.
Das Gericht erklärte, warum Beamte kein Streikrecht haben dürfen: "Von der Allgemeinheit wird es als schlechthin unanständig und damit als Verstoß gegen die guten Sitten und gegen die Sozialbindung öffentlicher Einrichtungen angesehen, wenn Beamte die Regierung zur Erfüllung von Forderungen zwingen." Mit solchem Recht ist es möglich, jeglichen Arbeitskampf im öffentlichen Dienst zu verbieten. Das ist das Ziel der Bundesregierung. Sie will das Streikrecht im öffentlichen Dienst, wie bei den Beamten jetzt schon, allgemein abschaffen. Im Interesse aller Lohnabhängigen liegt es aber, das Streikrecht für alle Lohnabhängigen zu erkämpfen und zu verhindern, daß das Streikrecht im öffentlichen Dienst abgeschafft wird.



Das Beamtenrecht soll den Arbeitskampf der Fluglotsen unterbinden.

Polizei räumt zwei besetzte Häuser

FESTNAHMEN BEI KAMPF UM JUGENDZENTRUM

Elf Tage hatten Jugendliche ein Abbruchhaus im Dortmunder Borsigplatzviertel besetzt, um es in ein freies Jugendzentrum zu verwandeln. Das Haus wurde saubergemacht und verschiedene Arbeitsgruppen bildeten sich und einige Räume wurden eingerichtet. Aus der Bevölkerung waren Stühle, Tische und viele andere Sachen für das Jugendzentrum gespendet worden. Breit ist die Sympathie unter den Bewohnern des Viertels am Borsigplatz mit der Aktion der Jugendlichen. Nach der Hausbesetzung durch über 200 Jugendliche war die Solidarität so groß, daß niemand es wagte, gegen die Jugendlichen vorzugehen.

Das besetzte Haus bekam den Namen Erich-Dobhart-Haus. Erich Dobhart war ein Jugendlicher aus dem Borsigplatzviertel, der von der Polizei auf der Flucht erschossen worden war, nachdem er ein Radio geklaut hatte und aus einer Erziehungsanstalt abgehauen war. Damit sollte klar gemacht werden, daß sich das von den Jugendlichen selbst geschaffene Jugendzentrum gegen die Praktiken von Jugendamt und Polizei wendet, die junge Lehrlinge und Arbeiter kriminalisieren, anstatt für sie Möglichkeiten für Freizeit und Erholung zu schaffen. In dem ganzen Viertel am Borsigplatz gibt es kein freies, für alle Jugendlichen offenes Jugendzentrum. Deshalb haben auch zahlreiche Lehrlinge und Jungarbeiter, die hier wohnen, das Erich-Dobhart-Haus aufgesucht und an den Aktionen teilgenommen. Schließlich stellte der Besitzer des Hauses, das kirchliche St.Vinzenzheim, Räumungsklage, weil angeblich ein benachbartes Fürsorgeheim für Mädchen gestört würde. Am Montag, dem 12.11., um 11 Uhr stürmte die Polizei daraufhin mit einer ganzen Hundertschaft und Hunden das Haus. Unter dem Protest der Anwohner wurden neun Jugendliche verhaftet und das Haus zugemauert.

Eine breite Welle der Empörung lief daraufhin durch Dortmund. Noch am selben Nachmittag sammelten sich rund 600 Jugendliche zu einer Protestdemonstration durch die Innenstadt und den Dortmunder Norden unter der Parole: **Polizei raus – aus dem Erich-Dobhart-Haus!** Die Bevölkerung konnte so über das brutale Vorgehen der SPD-Stadtverwaltung, die sich nicht um die Belange der Jugendlichen kümmert und stattdessen die Polizei schickt, aufgeklärt werden.

Leider machten sich einige Teilnehmer der Demonstration, die dem Kommunistischen Jugendverband der Gruppe Rote Fahne (KPD) nahestehen, die Empörung der Demonstranten zunutze, um ihr laues Süppchen darauf zu kochen. Sie lenkten den Demonstrationszug zu einem leerstehenden Haus am Borsigplatz, besetzten es und erklärten es zum neuen Erich-Dobhart-Haus. Sogleich rückte eine Hundertschaft Polizei an, mußte aber vor der Solidarität der 600, die den Eingang besetzt hielten, zurückweichen. Doch um zehn Uhr abends, als nur noch wenige Jugendliche das Haus besetzt hielten, rückte sie wieder an, stürmte es, nahmen 11 Mann gefangen und ließen es ebenfalls zumauern.
Diese zweite Besetzung war falsch und entsprach auch nicht den Beschlüssen des Aktionskreises "Freies Jugendzentrum". Dort hatten die Jugendlichen festgelegt, daß mit der zweiten Besetzung ein oder zwei Wochen gewartet werden sollte, um die eigenen Kräfte neu zu organisieren und zu stärken. Vor allen Dingen sollte durch eine breite Propaganda vor allem im Borsigplatzviertel noch mehr Sympathie unter der Bevölkerung gewonnen werden, um im Kampf gegen SPD-Stadtverwaltung und Polizei nicht allein zu stehen. Auch sollte nicht irgendein Haus besetzt werden, sondern eins, das der Stadt gehört. Schließlich geht es nicht darum, immer wieder Häuser zu besetzen, sondern um ein Druckmittel gegen die Stadtbürokratie in der Hand zu haben, das sie dazu zwingt, den Jugendlichen freie Räume zur Verfügung zu stellen.

All diese Aufgaben erfüllte die zweite Besetzung nicht, sie lieferte nur von neuem Mitkämpfer der Polizei aus. Deshalb wird der Kampf um die Solidarität der Massen in den nächsten Wochen verstärkt aufgenommen werden müssen, um den Kampf für ein freies Jugendzentrum nicht in solch putschistischen Aktionen verkommen zu lassen.
Am Samstag, 17.11., sollte erneut eine Demonstration stattfinden für ein freies Jugendzentrum. Diese Demonstration wurde verboten mit der Begründung, die öffentliche Sicherheit sei gefährdet, die erneute Besetzung eines Hauses sei zu erwarten.
Trotzdem gelang es, die Demonstration durchzuführen. Spontan versammelten sich 500 Jugendliche, die 1 Stunde lang durch die Innenstadt zogen.
Die Polizei ging zweimal dagegen vor. Die Jugendlichen führten die Parolen mit:
"Weg mit dem Demonstrationsverbot"
"Für ein freies Jugendzentrum"
"Polizei und Jugendamt gegen die Jugend Hand in Hand"
Die Polizei nahm 15 Jugendliche fest. Die Jugendlichen wurden auf den Polizeistationen z. T. schwer mißhandelt. Einer der Festgenommenen zum Beispiel wurde geschlagen und blutete stark.

–Ortsaufbaugruppe Dortmund des KBW–

Studenten gegen AStA

SCHWERE NIEDERLAGEN FÜR SPD-POLITIK AN DER UNI

"Veranstaltung in Terror untergegangen", "Politrocker sprengen AStA-Veranstaltung", "AStA-Vorsitzender von Kommunisten brutal zusammengeschlagen", so und ähnlich lauteten die Überschriften in den bürgerlichen Presse zu den Berichten über die Verhinderung einer Veranstaltung mit dem rechten Professor Richard Löwenthal am Montag, den 6.11. in der Aula der Heidelberger Universität.
Was war geschehen? Die über 2 500 anwesenden Studenten hatten zu Beginn der Veranstaltung einen Versammlungsleiter gewählt, um diskutieren zu können, ob die Veranstaltung in der vom AStA (Allgemeiner Studentenausschuß) geplanten Form stattfinden soll. Der Heidelberger AStA wird derzeit vom Hochschulpolitischen Kollektiv, einer SPD-Gruppierung gestellt.
Nachdem der AStA zu Beginn mit allen Mitteln versucht hatte, diese Diskussion zu verhindern, ergriff schließlich der AStA-Vorsitzende das Wort. Nach Beendigung seiner Rede verließ er jedoch nicht das Mikrophon, sondern hinderte den gewählten Diskussionsleiter daran, die Rednerliste fortzusetzen, um so doch noch Löwenthal zu einem Auftritt zu verhelfen. Nachdem er vom Diskussionsleiter nach Beendigung seiner Rede vom Mikrophon gedrängt worden war, entstand eine Rangelei, die die SPD-Gruppe ausnutzen wollte, indem sie die Legende vom zusammengeschlagenen AStA-Vorsitzenden, der "schwerverletzt mit unverändertem Zustand im Krankenhaus liege" noch auf der Veranstaltung in einem Flugblatt verbreitete.
Trotz dieses Vorfalls stimmte die große Mehrheit der anwesenden Studenten für den von der Kommunistischen Hochschulgruppe eingebrachte Resolution, die die Einladung von Löwenthal verurteilte. Die Veranstaltung fand nicht statt.
Auf einer Vollversammlung am 14.11. stimmten 595 Studenten für die AStA-Politik. 956 entschieden sich für eine Resolution der Kommunistischen Hochschulgruppe, die die Politik des AStA verurteilt, ihn zum Rücktritt auffordert und sofortige Neuwahlen zum Studentenparlament verlangt, um den Platz freizumachen für einen AStA, der sich nicht den kämpfenden Studenten entgegenstellt, sondern sie unterstützt.

K.H.

Ein Jahr Gefängnis für Demonstranten

TERRORURTEIL GEGEN ULI KRANZUSCH

**Am Mittwoch, 14.11., wurde der Student Uli Kranzusch von einem Bonner Schwurgericht wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und gefährlicher Körperverletzung zu einer einjährigen Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt.
Kranzusch hatte am 10. April an einer Demonstration gegen den Besuch des faschistischen Oberhaupts der südvietnamesischen Marionettenregierung, Thieu, in Bonn teilgenommen. Während der Auseinandersetzungen soll Kranzusch angeblich einem Polizisten mit einer Stange auf den Helm geschlagen haben.**

Das Vorgehen von Polizei und Justiz seither zeigt exemplarisch, wie dem bürgerlichen Staat das Herausgreifen eines Einzelnen dazu dient, die gesamte antiimperialistische Bewegung zu kriminalisieren. Bereits vor dem Prozeß wurde mit Hilfe der bürgerlichen Presse versucht, Kranzusch durch völlige Abschirmung von der Außenwelt in der 6-monatigen Untersuchungshaft und durch die Beschuldigung des versuchten Totschlags als gefährlichen Gewaltverbrecher abzustempeln. Der Prozeß selbst fand in den zur Festung ausgebauten ehemaligen Bonner Justizministerium statt. Die Anklage auf versuchten Totschlag wurde zurückgenommen.
Nachdem keiner der Zeugen Kranzusch identifizieren konnte und sich herausstellte, daß der angeblich so schwer verletzte Polizist noch am Tage der Demonstration putzmunter auf einer Pressekonferenz erschienen war, mußte allerdings die Anklage wegen versuchten Totschlags fallengelassen und Kranzusch aus der Untersuchungshaft entlassen werden.
In der Urteilsbegründung war dann auch von der angeblichen Tat nicht mehr viel die Rede (Richter Schmitz-Justen: bedauerlich, daß die Ermittlungen "nicht frei von Fehlern" gewesen seien), dafür wurde der eigentliche Zweck des Verfahrens offen in den Mittelpunkt gerückt. Was ist denn der Grund dafür, daß im bürgerlichen Staat fortschrittliche Menschen für Monate und Jahre ins Gefängnis gesteckt werden? Das Gericht drückte das so aus: Der Angeklagte sei "ein politischer Traumtänzer, ohne Augenmaß", "durch Fanatismus geblendet und vernebelt". Wie immer, wenn es um die Unterdrückung von antiimperialistischen Bewegungen im Volk geht, berief sich das Gericht auch auf die Verteidigung der bürgerlichen Verfassung gegen "ihre antidemokratischen Feinde". Schließlich sei für eine Verurteilung auch Grund genug "das unverhohlene Bekenntnis zur Gewaltanwendung" und die "rechtsfeindliche Gesinnung" des Angeklagten. Die politische Strafjustiz geht in Westdeutschland immer mehr dazu über, auf eine konkrete Beweisführung zu verzichten und an deren Stelle Begriffe wie "Fanatismus" und "rechtsfeindliche Gesinnung" zu setzen.

AUFRUF ZUR ZENTRALEN DEMONSTRATION AM 1.12.1973 IN KÖLN, 14 UHR NEUMARKT

Freiheit für alle politischen Gefangenen im Iran!

WEG MIT DEN DROHENDEN TODESURTEILEN !

In den letzten Wochen ging die Meldung über den Abschluß von Verträgen zwischen dem Iran und der Bundesrepublik durch die Presse.
Wirtschaftsminister Friderichs reiste extra zur Unterzeichnung im September nach Teheran. Der wichtigstedieser Verträge ist der Erdölvertrag, der erstmals dem BRD-Imperialismus einen direkten Zugang zu ausländischen Erdölquellen verschafft. Weiter wurde der Bau einer Raffinerie im Iran mit westdeutschem Kapital und die Lieferung von Erdgas vereinbart. Das Öl aus dem Iran, für das schon jetzt ein auf unbestimmte Zeit festgelegter Preis vereinbart wurde, soll die Versorgung des größten Teils des westdeutschen Marktes decken. Die gesamte bürgerliche Presse jubelte über diese Verträge als "ein Erfolg für die Industrie" und freute sich über die "gute Zusammenarbeit in allen Fragen" mit dem reaktionären Schah-Regime.
Wie sieht diese gute Zusammenarbeit aus? Mit diesem Geschäft, aus dem die Ölgesellschaften enorme Profite ziehen, ist zugleich verbunden, daß die Bundesregierung noch entschiedener das verbrecherische Schahregime unterstützt. Der BRD-Imperialismus tritt damit verstärkt in Konkurrenz zum US-Imperialismus und zur Sowjetunion, die in diesem Gebiet, wie überall in der Welt, mit ihrer reaktionären und völkerfeindlichen Politik auf die Erweiterung ihres politischen, wirtschaftlichen und militärischenEinflusses abzielen.
Allein in diesem Jahr lieferte die Bundesrepublik Waffen im Werte von 40 Mill. DM an das Schahregime, die dieses zur Unterdrückung des iranischen Volkes und in zunehmendem Maße auch gegen die Völker am Golf, die für Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, einsetzt. Das Schahregime wird aufgerüstet zum Wachhund für die Interessen der großen Erdölmonopole am Golf. Schon jetzt operieren iranische Armee- und Luftwaffeneinheiten in Oman am Golf, also außerhalb der iranischen Grenzen, gegen die Befreiungsbewegung PFLOAG. Offen hat der Schah erklärt, daß er militärisch eingreift, wenn "die Interessen der Bündnispartner (gemeint ist vor allem der US-Imperialismus) des Irans durch die radikalen Elemente wie PFLOAG in Gefahr geraten". Diese Handlangerrolle des Schahregimes wd von der Bundesregierung unterstützt. Die Bundesregierung stellt damit erneut unter Beweis, daß sie die verstärkten Interessen des westdeutschen Monopols an der Aufrechterhaltung des Unterdrückerregimes, das die Ausplünderung der Reichtümer Irans durch die ausländischen Monopole garantiert, wahrnimmt.
Als Gegengabe für die profitablen Geschäfte der westdeutschen Kapitalisten mit dem Schahregime erklärte Bundeskanzler Brandt schon im März 1972: "Wir werden in Kürze dafür sorgen, daß nicht der Eindruck entsteht, als identifiziere sich die Bundesregierung mit Äußerungen im Ausland lebender iranischer Oppositioneller." Inzwischen versucht die Polizei in Zusammenarbeit mit dem iranischen Geheimdienst SAVAK, die in der BRD einen ausgebauten Spitzel - und Verfolgungsapparat unterhält, aktive Mitglieder der iranischen Studentenorganisation CISNU ausfinding zu machen, um sie auszuweisen. In den letzten vier Monaten sind vier solcher Fälle bekannt geworden. Zugleich sind die iranischen Studenten fortwährenden Pressionen des Geheimdienstes SAVAK ausgesetzt, Wohnungen wurden aufgebrochen, Iraner bedroht. Die westdeutsche Polizei unterstützt diese Verfolgungsmaßnahmen. Als Grundlage für diese Verfolgung fortschrittlicher ausländischer Arbeiter und Studenten in der Bundesrepublik dient das reaktionäre Ausländergesetz. Mit diesen Gesetzen schuf sich die Bourgeoisie die rechtlichen Grundlagen, mit denen sie schon im September 1972 in Nacht- und Nebelaktionen die arabischen und palästinensischen Arbeiter und Studenten an ihre faschistischen Regime auslieferte und ihre demokratischen Organisationen GUPA und GUPS verboten hat. Der Föderation iranischer Studenten in der BRD und West-Berlin (FIS) droht das gleiche Verbot.
Das Volk im Iran kämpft seit über 20 Jahren gegen das Schahregime, das 1953 durch einen Putsch des US-Geheimdienstes CIA wieder an die Macht gebracht wurde. Seit 20 Jahren lebt das Volk im Iran unter dem Terror dieses Regimes, das die vorher erkämpften demokratischen Rechte beseitigte und die elementarsten Menschenrechte außer Kraft gesetzt hat. Mit Hilfe der militärischen Gewalt und dem perfekt ausgebauten Geheimdienst (SAVAK) wird jegliche demokratische Bewegung im Volke brutal unterdrückt. Trotz dieser Bedingungen, trotz Folter und Mord, hat das Volk im Iran in diesen 20 Jahren sich immer wieder für seine demokratischen Rechte erhoben, verstärkt sich der Kampf der unterdrückten Massen gegen das Schahregime.
Jetzt hat das Regime im Iran wieder 12 Patrioten, Schriftsteller, Filmproduzenten und Journalisten verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, die Entführung des Schahs und seiner Familie geplant zu haben, um die Freilassung der politischen Gefangenen zu erzwingen. Diese 12 Personen werden, soweit sie den Folterungen durch den Geheimdienst SAVAK standhalten, vor ein Militärtribunal gestellt. Die Art und das Ausmaß der Anschuldigungen und die Propagandakampagne, die die Regimepresse im Iran entfaltete, deuten darauf hin, daß Todesurteile geplant sind – wie sie das Schahregime seit mehr als 20 Jahren praktiziert. Die westdeutsche Presse schweigt beharrlich über die tägliche Verfolgung und Ermordung der demokratischen Oppositionellen im Iran.
Wir fordern auf, sich zusammen mit den iranischen Patrioten dem Kampf gegen das Schahregime und seine Unterstützung durch die Bundesregierung anzuschließen und an der Demonstration gegen die drohenden Todesurteile teilzunehmen.
Nieder mit dem Schah-Regime! – Freiheit für die politischen Gefangenen im Iran! – Solidarität mit dem Kampf des Volkes im Iran gegen Faschismus und Imperialismus! – Kampf dem BRD-Imperialismus und allen Hintermännern des Schah-Regimes! – Schluß mit der Waffenlieferung der BRD-Regierung an das Schah-Regime! – Weg mit dem reaktionären Ausländergeset! – Es lebe der Kampf der Völker gegen Imperialismus, Faschismus und Reaktion!

Föderation Iranischer Studenten in der BRD und Westberlin (FIS) – ATÖF – Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) – Kommunistische Partei Deutschland (KPD) – Liga gegen den Imperialismus

die Befreiungsbewegung PFLOAG. Offen hat der Schah erklärt, daß er militärisch eingreift, wenn "die Interessen der Bündnispartner (gemeint ist vor allem der US-Imperialismus) des
Verbot.
Das Volk im Iran kämpft seit über 20 Jahren gegen das Schahregime, das 1953 durch einen Putsch des US-Geheimdienstes CIA wieder an die
Schah-Regime! – Weg mit dem reaktionären Ausländergeset! – Es lebe der Kampf der Völker gegen Imperialismus, Faschismus und Reaktion!
Föderation Iranischer Studenten in der BRD und Westberlin (FIS) – ATÖF – Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) – Kommunistische Partei Deutschland (KPD) – Liga gegen den Imperialismus

Im folgenden drucken wir den Aufruf zur Gründung der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft ab, der uns mit der Bitte um Veröffentlichung zugeschickt worden ist. Das ZK des Kommunistischen Bundes Westdeutschland begrüßt die Gründung der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft und hofft, daß die Arbeit dieser Gesellschaft zu einem umfassenden Verständnis der hervorragenden Rolle der VR China in der heutigen Welt und zur Weiterentwicklung der Freundschaft zwischen dem deutschen und chinesischen Volk beiträgt.

Aufruf zur Gründung der Deutsch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft

"Gegenwärtig wächst die Bewegung der Sympathie, der Verständigung und Freundschaft zwischen dem deutschen und dem chinesischen Volk. Um diese Bewegung zu fördern und organisatorisch zu festigen, erstreben seit Beginn dieses Jahres Freunde Chinas aus vielen Städten der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin die Gründung der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft. Der Gründungsausschuß dieser Gesellschaft ruft für den 2. Dezember 1973 zum Gründungskongreß in Stuttgart auf. Anläßlich der Gründung werden in verschiedenen Städten Veranstaltungen stattfinden.

Das chinesische Volk hat bedeutende Beiträge zum Fortschritt der Menschheit geleistet. Es wurde lange Zeit unterdrückt und ausgebeutet durch imperialistische Kräfte, zu denen auch das Deutsche Reich gehörte. Dagegen erhob sich im deutschen Volk seit der Jahrhundertwende Widerstand (u.a. August Bebels Reden im Reichstag, Bewegung "Hände weg von China", Thomas Manns Mitarbeit in der "China Defence League"). An diese und kulturelle Traditionen der Freundschaft will die Gesellschaft anknüpfen.
China ist aus Rückständigkeit und Armut aufgebrochen und hat seit der Gründung der Volksrepublik mit dem Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft begonnen. Mit den Erfolgen dieses Aufbaus zeigt ein Viertel der Erdbevölkerung neue Möglichkeiten gesellschaftlicher Entwicklung auf.
Die Volksrepublik China hat die aufgezwungene Isolierung durchbrochen und strebt zu allen Ländern und Völkern der Welt freundschaftliche Beziehungen an. Sichtbarster Ausdruck für diese weltweite Achtung war die Wiederherstellung der Rechte Chinas in den Vereinten Nationen im Oktober 1971.
Die Gesellschaft will einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten. Im Sinne der Freundschaft will sie informieren:

- *über die Geschichte Chinas*
- *über den Aufbau des Sozialismus in China*
- *über die kulturellen Leistungen des chinesischen Volkes*
- *über Chinas Rolle als eines der wichtigsten Länder der Dritten Welt*
- *über die internationale Politik der Volksrepublik China und insbesondere über deren Einsatz für die Rechte und Interessen der kleinen und unterdrückten Völker und Staaten.*

Sie wird den kulturellen Austausch und persönliche Kontakte zwischen beiden Ländern fördern. Sie wird sich gegen jede antikommunistische Diffamierung der Volksrepublik China und gegen jede Aggression von außen wenden. Sie wird sich für eine breite Solidarität mit China einsetzen.

Die Gesellschaft steht allen offen, die ungeachtet verschiedener politischer und weltanschaulicher Überzeugungen gleichberechtigt an der gemeinsamen Aufgabe zusammenarbeiten wollen. Sie wird keine Partei sein und sich keiner Partei oder Organisation zu- oder unterordnen.
Wir rufen alle Freunde Chinas auf, an der Gründung der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft mitzuwirken.

Gründungsausschuß der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft (GDCF)

Kritik einer Schülerin
Aus den vielen Leserbriefen können wir leider nur wenige abdrucken. Wir sammeln sie, und versuchen sie zusammengefaßt nach Inhalten zu be-
klar aus, weil die Sache ihm selbst noch nicht so klar ist, weil er die Klarheit erst beim Schreiben gewinnt und dann den zweiten Schritt nicht

Kritik einer Schülerin

Aus den vielen Leserbriefen können wir leider nur wenige abdrucken. Wir sammeln sie, und versuchen sie zusammengefaßt nach Inhalten zu beantworten. Hier ein Leserbrief, stellvertretend für einige, die die mangelnde Verständlichkeit der Zeitung kritisieren.

LESERBRIEF

"Ich bin 13 Jahre alt und gehe in die 9. Klasse eines Bremer Gymnasiums. Ich habe einige Artikel aus zwei verschiedenen Kommunistischen Volkszeitungen gelesen. Aber es war mir unmöglich, die Kapitel beim einmaligen Durchlesen zu verstehen. Es hagelte nur so Fremdwörter und lange Sätze auf mich herein. Deshalb mußte ich jeden Satz mindestens dreimal lesen, um ihn wenigstens halbwegs zu verstehen.
Soviel ich weiß, soll die Zeitung nicht nur an Studenten, sondern auch an andere Leute und vor allen Dingen an Arbeiter gerichtet sein. Da aber die meisten Arbeiter nur über eine sehr spärliche Schulbildung verfügen (meine Eltern sind Arbeiter) glaube ich, daß sie in der Zeitung kaum mehr verstehen werden als ich.
Hat es denn dann einen Sinn, die Zeitung überhaupt zu drucken? Ich möchte Euch nun vorschlagen, die Artikel etwas mehr verständlich zu formulieren, damit auch ein Laie sie verstehen kann. Wäre das nicht sinnvoll? (Kurze Sätze ohne viel Fremdwörter.)
Mit vielem Dank im voraus. A.S."

Es ist richtig, daß die Redaktion sich noch viel mehr bemühen muß, unnötige Schwierigkeiten im Satzbau und der Wahl der Worte abzubauen. Oft drückt sich ein Artikelschreiber unklar aus, weil die Sache ihm selbst noch nicht so klar ist, weil er die Klarheit erst beim Schreiben gewinnt und dann den zweiten Schritt nicht mehr macht, nämlich sich zu überlegen, wie kann ich auch dem Leser die Sache klar machen, und darauf den Artikel nochmal überarbeitet. Auf der anderen Seite ist es aber nicht verwunderlich, daß ein Leser, der beginnt, sich über die politischen Zusammenhänge zu informieren, Schwierigkeiten hat, alles gleich zu verstehen. Politische Begriffe, die oft auch Fremdworte sind, und die man in der Schule nicht lernt, müssen gelernt werden. Auch die politische Sprache der Arbeiterklasse fällt uns nicht in die Wiege. Definitionen helfen da wenig, man lernt diese Begriffe durch die Anwendung auf die konkreten Verhältnisse, und man muß sie lernen, um die bestehenden Verhältnisse analysieren zu können und um sich zu verständigen, wie sie zu verändern sind Abgesehen davon, daß die Redaktion alle unnützen sprachlichen Schwierigkeiten abbauen muß, werden viele Leser immer mehr durchblicken und Sicherheit in der Anwendung der politischen Begriffe gewinnen, wenn sie nicht beim Studium der ersten Zeitung, die sie in die Hand bekommen, aufgeben, und nach und nach versuchen, die Kenntnisse, die die Zeitung vermittelt, anzuwenden im Gespräch mit Kollegen, Freunden, Mitschülern usw. Die Schulbildung in dieser kapitalistischen Gesellschaft gibt der Arbeiterklasse für diese notwendige Anstrengung wenig Voraussetzung, aber die Arbeiterklasse lernt, daß ihre politische Sprache und die proletarische Wissenschaft des Marxismus-Leninismus, die sie lernen muß, eine Antwort und Erklärung geben können auf ihre Lage und die Mittel, sie zu verändern.

Aus der Organisation

Wetzlar. In den KBW aufgenommen und als Ortsaufbaugruppe organisiert wurden die Mitglieder und Kandidaten der Kommunistischen Gruppe Wetzlar.
Die neue Ortsaufbaugruppe arbeitet auf der Grundlage von Betriebsaufbauzellen im Bereich der Metall- und Druckindustrie, sowie im öffentlichen Dienst. Sie leitet den Aufbau einer kommunistischen Schülergruppe an und hat erste Schritte zum Aufbau eines kommunistischen Arbeiterjugendbundes unternommen. Die KG Wetzlar hat zwar von Anfang an den vom KBW eingeschlagenen Weg im Wiederaufbau der Kommunistischen Partei unterstützt, aber erst durch die praktischen Erfahrungen, die sie vor allem während der selbständigen Streiks gemacht hat, hat sie begonnen, ein bloß akademisches Verständnis von Programm und taktischen Resolutionen zu überwinden und sie als Waffen im Kampf zu gebrauchen.
Die jetzige Ortsaufbaugruppe hat bisher rund 150 KVZ verkauft.

Karlsruhe. Als Ortsaufbaugruppe in den KBW aufgenommen wurde eine Gruppe von Karlsruher Genossen. In Karlsruhe arbeiten seit einem halben bzw. einem Jahr die Kommunistische Hochschulgruppe und die Kommunistische Schülergruppe (Rote Zellen Karlsruher Schüler) als Massenorganisationen auf der Linie des KBW; ein Programm-Arbeitskreis mit dem Ziel der Gründung einer örtlichen Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV) steht vor dem Abschluß. Der sofortige Aufbau einer Ortsgruppe des KBW wurde notwendig für die Anleitung dieser Organisationen; vor allem aber ist die Grundlage die erfolgreiche antiimperialistische Politik in der letzten Zeit und der ständig sich steigernde KVZ-Verkauf, der ein gutes Anzeichen für das Interesse der Karlsruher Werktätigen an der Politik des KBW ist. Mit dem Aufbau von Zellen im Bereich Metall und Öffentlicher Dienst wird begonnen. Der Aufnahme gingen intensive zweimonatige Konsultationen mit dem ZK voran.

SPENDENLISTE VOM 2.11. BIS 17.11.1973

G.N., Münster	70,- DM	H.-W. M., Bremen	10,- DM
D.N., Göttingen	450,- DM	Spende September von	
KHG Hohenheim	150,- DM	Mitgliedern der OG Bremen	2 554,- DM
KHG Freiburg	510,- DM	Spenden Oktober von	
A.Sch., Heidelberg	1 000,- DM	Mitgliedern der OG Bremen	1 749,34DM
Spendensammlung Buchladen		Spendensammlung	
Hübsch-Rochlitz, Hamburg	700,- DM	Das Politische Buch Bremen	373,84DM
E.E., Hamburg	1 000,- DM	Kommunistische Gruppe München,	
KHG Göttingen	500,- DM	Sympathisanten des KBW,	
L.St., Berlin	300,- DM	Spende im Wert von	1 200,- DM
U.R., Mannheim	100,- DM	KSB / Zelle Geschichte	
KSB / Zelle Germanistik		Göttingen	385,- DM
Göttingen	70,- DM	S., Bochum	180,- DM
Spendensammlung Politisches		Spendensammlung	
Buch Wilhelmshaven	40,- DM	Polibula Frankfurt	100,- DM
Spendensammlung		G.P., Köln	20,- DM
Das Buch Braunschweig	64,43DM	K.B., Celle	50,- DM

kommunistische volkszeitung

HERAUSGEBER:
Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

für die REDAKTION verantwortlich:
Willfried Maier

Erscheint im Verlag:
Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf
68 Mannheim
Sandhofer Straße 29
Telefon: 0621 / 37 92 21

DRUCK:
CARO-Druck
69 Heidelberg, Lutherstr. 44a

Die Kommunistische Volkszeitung erscheint regelmäßig 14-tägig mittwochs, Auflage: 35 000

Diese Nummer erscheint ausnahmsweise am Donnerstag, 22.11.1973

Zuschriften an die Redaktion der KVZ
68 Mannheim
Sandhofer Straße 29
Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter der Nr. 0621 / 37 91 21

JAHRESABONNEMENT:
24 Nummern incl. Porto 18,00 DM
FÖRDERABONNEMENT:
24 Nummern 20,00 DM und mehr
Abonnement-Einzelbestellungen auf Konto
Ernst Ehlert
Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18

Die Zeitung wurde am Sonntag, 18.11.1973, fertiggestellt.

Ergebnisse der Konterrevolution

DIE MILITÄRJUNTA IN CHILE LÄSST NICHT EINMAL DIE MILCH FÜR DIE KINDER

Um Chile wieder vollständig ins Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnis des Imperialismus einzugliedern, liquidierte die Militärjunta eine große Zahl von politischen sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften und Rechten des chilenischen Volkes:

- **Die Gewerkschaften und politischen Parteien der Arbeiterklasse wurden verboten; "Sprecher" und "Interessenvertreter" der Arbeiter sind nun Manager und Fabrikdirektoren.**
- Die Junta **hob** die unter Allende **niedrig gehaltenen Preise für Grundnahrungsmittel** und Güter des täglichen Bedarfs **auf**. Die Niedrigpreispolitik der Allende-Regierung sei "politisch, demagogisch und lächerlich" gewesen.
- Seither herrscht in Chile eine **Inflation**, wie sie das Land bisher nicht gekannt hat: **Die Preise stiegen von 200 bis 1 800 %**. Das Kilo Brot kostet jetzt 40 Escudos statt 11 unter Allende, Milch 30 statt 8, Zucker 120 statt 24.
- Die kostenlose Versorgung der Kinder der Arbeiter und Bauern mit 1/2 Liter Milch pro Tag wurde abgeschafft.
- Die noch unter der Unidad-Popular-Regierung beschlossene **Verdreifachung der Löhne (als Anpassung an die Inflation) wurde ersatzlos gestrichen.** Darüberhinaus wurde ein **unbefristeter Lohn- und Preisstopp** verfügt.
- Bis Anfang Oktober wurden **100 000 Arbeiter entlassen**, weil sie nach Ansicht der Junta nicht wirtschaftlich genug eingesetzt waren.
- Die wöchentliche **Arbeitszeit wurde von 44 auf 48 Stunden heraufgesetzt. Die zusätzlichen 4 Stunden werden nicht bezahlt.** Diese zusätzliche Ausbeutung wird von der Junta "Beitrag zum Wideraufbau des Landes" genannt.
- **1 000 unter Allende verstaatlichte oder von Arbeitern in selbständigen Aktionen besetzte Fabriken und Ländereien wurden an ihre früheren Besitzer zurückgegeben. Die "British Leyland", größter Lastwagenproduzent Chiles, dankte der Junta dafür, indem sie der Junta Fahrzeuge im Wert von 60 000 DM schenkte.**
- **Die amerikanischen Kupferkonzerne, die unter Allende entschädigungslos enteignet wurden, sollen nun eine "angemessene" Entschädigung erhalten, die dem Volk durch Steuern abgepreßt wird.**
- **Den unter Allende gebildeten Genossenschaften auf dem Land, in denen die Bauern ihre Produktion diskutierten und kollektiv die Ländereien bewirtschafteten, wurde von der Junta ein unerreichbar hohes Produktionsziel vorgeschrieben. Falls dieses nicht erreicht wird, will die Junta die Genossenschaften auflösen.**

NACHDEM IN CHILE ENDLICH WIEDER NORMAL REGIERT WIRD
...RECHNEN WIR MIT EINER DEUTLICHEN VERBESSERUNG...
...UNSERER WIRTSCHAFTLICHEN ZUSAMMENARBEIT UND DANKEN IHNEN...
...FÜR IHREN ERSTEN AUFTRAG!
MARKUS



Im Stadion-KZ
"Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Frühlingswetter recht angenehm" – das erklärte CDU-Heck nach seiner Chile-Reise.

KZs in Chile

Augenzeugenbericht des Peruaners Luis Alberto Sanchez G., der 15 Tage im Nationalstadion als Häftling verbrachte.

Als sie mich von zu Hause abführten, mißhandelten sie mich. Im Haus fanden sie nichts außer meinen Fachbüchern, und die machten sie in meiner Anwesenheit kaputt. Sie nahmen mich halbnackt mit. Einmal im Stadion holten sie mich zur "Einweichung": Schläge, auch mit dem Gewehrkolben, damit man redet. Dann ließen sie mich in der Kabine, wo wir 183 Gefangene waren.
In dieser Hölle, ein anderer passender Ausdruck fällt mir nicht ein, respektierten sie nicht im geringsten die Bedingungen des Menschseins. Sie gaben uns ein Essen täglich, sechs Löffel von dem, was gerade kam, eine halbe Tasse schmutzigen Wassers und ein Stückchen Brot. Ich war vier Tage lang ohne Hemd, bis ich es auf der Lunge bekam und sie mir eines zuteilten. Es gab unter uns andere solcher Personen, halbnackt, und sie steckten sie in die Kammern, wie sie sie aufgegriffen hatten, und ich sah sie die Kälte und die Feuchtigkeit aushalten. Das konnten sie aus Wut, weil die Wut ihnen Kraft gab, und es ist unglaublich, daß sie bis heute überleben, wenn man sie nicht umgebracht hat.
Täglich eliminieren sie wichtige politische Persönlichkeiten und die Hunderte von Leichen werden sofort verbrannt und ihre Asche ins Meer geworfen.

Im Chile-Stadion erschossen sie eine 18 jährige brasilianische Studentin. Eine junge Venezolanerin, die sie von zu Hause abholten, ließen sie sich ausziehen, und so nahmen sie sie mit. Ausländerinnen, die mit Chilenen lebten, mißhandelten sie, einschließlich der Belästigung, Quälerei und Vergewaltigung. In einem der Barrios, in denen sich vorwiegend die Linke konzentrierte, nahmen sie ein 14 jähriges Kind fest. Augenzeugen erzählten mir, daß das Kind wollte, daß man es nach Hause ließ. Es sträubte sich und sie schoben und stießen es, es fiel auf den Boden und verletzte sich am Kopf. Weil es weiterschrie, erschossen sie es an Ort und Stelle. Ein 14 jähriges Kind.

Weiter Victor Jara (bekannter Protestsänger): den ermordeten sie, und vorher ließen sie ihn "Venceremos" (wir werden siegen) singen. Sie sagten, daß sie ihn nicht länger einsperren würden, und als er aufhörte mit dem Lied, töteten sie ihn.
Das Gleich machten sie mit Tito Fernandez "El Temucano", um sich über ihn lustig zu machen. Sie ließen ihn singen "no nos moveran" und töteten ihn.
Zum Abschluß möchte ich noch auf das chilenische Volk zu sprechen kommen und das, was es im Moment macht. Ich glaube, das Volk hat sich jetzt zurückgezogen, nur um sich neu zu gruppieren und zu organisieren, bereit zum Kämpfen.
(Quelle: peruanische Tageszeitung EXPRESO, 4.10.1973; gekürzt)

Demonstrationen gegen Besuch chilenischer Christdemokraten

In Hamburg demonstrierten 2 500 Menschen, darunter 600 aus den umliegenden Städten, gegen die Unterdrückung des chilenischen Volkes und gegen die Einladung der CDU an chilenische christdemokratische Politiker, die das Terrorregime in Chile unterstützen, zu ihrem Hamburger Parteitag. Der KBW hatte zu einer Aktionseinheit aufgerufen, unter anderem unter den Parolen "Nieder mit der Kumpanei der CDU mit Frei und der chilenischen Militärjunta", "Schluß mit der Unterstützung der Militärjunta durch die Bundesregierung!", "Sofortige Freilassung aller chilenischen Freiheitskämpfer!", "Nieder mit dem Putschregime – Für die bewaffnete Volksmacht in Chile!".
Teil nahmen unter anderem die AELA (Lateinamerikanische Studentenverienigung), Chile-Komitee, CISNU (Persische Studentenvereinigung), Afghanische Studentenvereinigung, Befreiungsfront Eritreia (Äthiopien), Cuba-Komitee, KP Spaniens. Die DKP, aufgefordert zur Aktionseinheit, lehnte ab, da sie ihre Spalterpolitik aufgrund des Unvereinbarkeitsbeschlusses gegen eine Aktionseinheit mit Kommunisten fortsetzte. An ihrer spalterischen Demonstration, AStA und Juso riefen mit auf, beteiligten sich 700 Menschen. Auch der KB Nord lehnte eine Aktionseinheit ab, obwohl er nicht einmal die Plattform der Aktionseinheit kannte. Auf der Kundgebung wurde auch eine Griechenland-Resolution zur Unterstützung des Freiheitskampfes des griechischen Volkes verabschiedet.

Heidelberg. Rund 1 200 Menschen folgten einem Aufruf des Chile-Komitees Heidelberg, des KBW und seiner Massenorganisationen und der Jusos zur Teilnahme an einer Demonstration der Solidarität mit dem bewaffneten Kampf des chilenischen Volkes. Der Anlaß der Demonstration war die Einladung der chilenischen Christdemokratenführer und Hintermänner der Militärjunta, Frei und Alwyn, zum CDU-Parteitag in Hamburg.

Hamburg. Der Vertrauensleutekörper von **Demag-Conz** verabschiedete eine Solidaritätsresolution mit dem chilenischen Volk. Zugleich wurde zu Spenden für das chilenische Volk aufgerufen.

Diplomatische Beziehungen der VR China und Chile

LESERBRIEFE ZUM BOTSCHAFTERWECHSEL UND IHRE BEANTWORTUNG

Es haben uns ziemlich viele Briefe zu Fragen der Außenpolitik der Volksrepublik China erreicht. Wir können diese Briefe und die in ihnen angeschnittenen Fragen nicht alle in dieser Nummer beantworten. Deshalb beschränken wir uns auf die Veröffentlichung der Briefe zur Frage der diplomatischen Beziehungen der VR China und Chile.

In einem Brief vom 20.10.73 schreibt uns R.S. aus Köln:
Was ist richtig an den Meldungen bürgerlicher Zeitungen und UZ (Zeitung der DKP) bezüglich angeblicher Anerkennung der chilenischen Junta und Herauskomplimentierung des ehemaligen Botschaftes aus der VR China?

Die Aufbauzelle Handel der Ortsgruppe Wiesbaden schreibt:
Bei uns in der Zelle herrschen große Unklarheiten über die Außenpolitik der VR China. Könnt ihr deshalb in eurer Serie über die Außenpolitik der VR in der nächsten Zeit einmal auf die diplomatische Anerkennung der Militärjunta in Chile, und die diplomatische Anerkennung der Regimes in Griechenland und Spanien durch die VR China eingehen.

Ähnlich die Aufbauzelle Druck der Ortsaufbaugruppe Wiesbaden:
In einer Diskussion in unserer Zelle wurde vor kurzem auch die Frage nach der Richtigkeit der Außenpolitik der VR China aufgeworfen. Den meisten Genossen war dabei unklar, wieso die VR China Beziehungen zu faschistischen Staaten (Spanien, Griechenland) unterhält und wieso sie z. B. noch nicht die diplomatischen Beziehungen zu Chile abgebrochen hat. Wir waren gerade in dem letzten Fall der Meinung, daß eine Aufrechterhaltung der Beziehungen die Kampffront gegen die Militärdiktatur schwächen würde. Da wir glauben, daß bei vielen Genossen derartige Unklarheiten vorhanden sind, bitten wir euch, im Zentralorgan dazu Stellung zu nehmen. Außerdem wäre es sicher gut, wenn die Außenpolitik der VR China nicht nur im Nachhinein anhand von Grundsätzen erörtert wird, sondern auch konkret in einigen Artikeln zur internationalen Lage (beispielsweise wäre das möglich gewesen anhand der Artikel zu Chile und dem Nahost-Krieg).

Der Genosse M.U. aus Mannheim schreibt:
1) Mit welcher Begründung hat die VR China so schnell die diplomatischen Beziehungen zur chilenischen Militärjunta aufgenommen?
2) Warum nützt sie diese Beziehungen dann nicht so, daß sie auch politisch Verfolgten Asyl gewährt, wenn diese darum ersuchen. Nach dem Artikel in der KVZ 4 über die "Außenpolitik" und nach Diskussionen in meiner Grundeinheit glaubte ich, das Prinzip der friedlichen Koexistenz und der Nichteinmischung begriffen zu haben. Aber in diesem Falle kann ich aus diesen Prinzipien keine Begründung für die erwähnten beiden außenpolitischen Schritte ableiten.

Die Fragen enthalten einige Mißverständnisse. Diplomatische Beziehungen sind zweiseitige Beziehungen zwischen S t a a t e n , die durch ihre jeweiligen R e g i e r u n g e n v e r t r e t e n werden. Die diplomatischen Beziehungen der Volksrepublik China beruhen auf zweiseitigen Verträgen, die folgende fünf Prinzipien beinhalten: die gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, den gegenseitigen Nichtangriff, die gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, die Gleichberechtigung und den gegenseitigen Nutzen sowie die friedliche Koexistenz.

Diplomatische Beziehungen zwischen einem sozialistischen Staat und einem kapitalistischen oder imperialistischen Staat können auch auf keiner anderen Grundlage geschlossen werden als auf dieser. Niemals können z.B. die Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten und kapitalistischen Staaten davon abhängig gemacht werden, welche Regierung in diesem oder jenem kapitalistischen oder imperialistischen Land am Ruder ist oder welche Staatsform in ihm herrscht. Diplomatische Beziehungen können aufgenommen werden, wenn die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz anerkannt und eingehalten werden, sie müssen abgebrochen werden, wenn sie nicht eingehalten werden. Ein Regierungswechsel oder die, und sei es auch gewaltsame, Veränderung der bestehenden Staatsform kann normalerweise keine Ursache sein, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen.
Wann immer es sozialistischen Staaten gelingt, staatliche Beziehungen auf Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu kapitalistischen oder imperialistischen Staaten herzustellen, ist dies gut und nicht schlecht. Es bedeutet, daß diese kapitalistischen und imperialistischen Staaten förmlich auf ihr Interventionsrecht verzichten, das sich kapitalistische und imperialistische Staaten schon immer als Naturrecht gegenüber revolutionären und sozialistischen Staaten angemaßt haben. Sozialistische Staaten sind an staatlichen Beziehungen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz interessiert, kapitalistische und imperialistische Staaten nicht. Deshalb hat auch noch jeder sozialistische Staat jahrzehntelang um die Anerkennung ringen müssen und ist diese der VR China erst in den letzten Jahren in größerem Umfang gelungen.
Nichtanerkennung eines Staates durch einen anderen bedeutet im Prinzip, daß man aggressive und interventionistische Absichten gegen diesen Staat hat. Deshalb haben zum Beispiel die USA alles getan, um eine Anerkennung der VR China durch andere Staaten zu verhindern, solange sie noch unmittelbar Interventionspläne hegten. Deshalb hat die BRD jahrzehntelang nicht nur selbst die DDR nicht anerkannt, sondern auch alles daran gesetzt, daß die DDR auch von anderen Staaten nicht anerkannt wurde.
Die Nichtanerkennung anderer Staaten ist also normalerweise die Waffe kapitalistischer und imperialistischer Staaten gegenüber revolutionären und sozialistischen Staaten und nicht umgekehrt.
Lediglich gegenüber solchen Staaten wie Israel, Südafrika, Rhodesien oder Portugal kann und muß die Außenpolitik sozialistischer Staaten in der Nichtanerkennung bestehen. Warum? Weil diese Staaten auf der kolonialistischen Besetzung fremden Territoriums und der rassistischen Unterdrückung anderer Völker beruhen, sodaß ihre Anerkennung als Staaten direkt dem Befreiungskampf der Völker zuwiderläuft.
Wenn nun die Nichtanerkennung kapitalistischer und imperialistischer Staaten niemals die Außenpolitik sozialistischer Staaten sein kann, wie stellt sich die Lage dar, wenn eine fortschrittliche Regierung durch einen Staatsstreich beseitigt wird? Hier ergeben sich drei Möglichkeiten:

FORTSETZUNG nächste Seite oben

VR China und Chile

(Fortsetzung)

1. Die diplomatischen Beziehungen werden aufrechterhalten; sie werden aber wahrgenommen als Beziehungen zur alten legalen Regierung, die weiterhin als Repräsentant des betreffenden Staates betrachtet und behandelt wird.
2. Die diplomatischen Beziehungen werden eingefroren, das heißt es werden praktisch keine Beziehungen gepflegt, ohne daß die diplomatischen Beziehungen zu dem betreffenden Staat abgebrochen werden.
3. Die diplomatischen Beziehungen zu dem betreffenden Staat werden aufrechterhalten und als Beziehungen zu der neuen Regierung wahrgenommen.

Welchen Weg ein sozialistisches Land jeweils einschlägt, hängt von der konkreten Analyse der konkreten Situation und der korrekten Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz auf diese konkrete Situation ab. Als die Lon Nol-Clique in Kambodscha die Regierung Sihanouk stürzte, hat die Volksrepublik China den ersten Weg eingeschlagen und die diplomatischen Beziehungen zwischen der VR China und Kambodscha als Beziehungen zu der Regierung Sihanouk aufrechterhalten. Grundlage dafür war die Tatsache, daß in Kambodscha nach dem Putsch der Lon Nol-Clique und dem Bündnis zwischen den Roten Khmer und der Königlichen Regierung Sihanouk eine Situation der Doppelherrschaft entstanden war, die sich laufend zugunsten der Kräfte des Volkes veränderte. Die Regierung Sihanouk repräsentiert die Kräfte des Volkes. Die Lon Nol-Clique kam nicht über die Rolle einer durch die USA eingesetzten Gegenregierung hinaus, die niemals im ganzen Territorium Regierungsgewalt ausüben konnte.

Der zweite Weg führt auf die Dauer notwendig zur Entscheidung darüber, ob zu der neuen Regierung Beziehungen aufgenommen werden oder ob Beziehungen zu einer existierenden oder sich herausbildenden Gegenregierung aufgenommen werden.

Den dritten Weg muß die Regierung eines sozialistischen Staates dann einschlagen, wenn ein Staat durch einen konterrevolutionäres reaktionäres Regime beherrscht wird und keine Gegenregierung im Land oder im Exil existiert, die sich auf wesentliche Kräfte im Land stützt und diese repräsentiert, die diplomatischen Beziehungen zu diesem Staat aber aufrechterhalten werden sollen.

Die Volksrepublik China hat nach dem Militärputsch in Chile den zweiten Weg eingeschlagen. Eine Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen zur Volksfrontregierung kam nicht in Frage, weil diese nach dem Putsch völlig zusammenbrach. Das kämpfende Volk in Chile wird nicht durch die Volksfrontregierung geführt oder repräsentiert. Die gibt es nicht mehr, eine Situation der Doppelherrschaft in Chile existiert nicht. Auf der Ebene der Staatsgewalt existiert nur die Militärjunta.

Unter diesen Umständen hat die VR China die diplomatischen Beziehungen vorübergehend eingefroren. Auf chilenischer Seite wird die Staatsgewalt von der Militärjunta wahrgenommen und repräsentiert. Von ihr wurde der Botschafter der Allenderegierung, Uribe, seines Amtes enthoben und wurden dem 2. Botschaftsrat die Geschäfte übertragen. Darauf hat die VR China bekanntlich keinen Einfluß. Die chinesische Botschaft in Chile wurde nicht aufgelöst, die Beziehungen wurden nicht abgebrochen, jedoch hat die chilenischen Botschaft auch noch keine Beziehungen zur Militärjunta aufgenommen und funktioniert ohne direkten Kontakt mit der Regierung.

Über die Haltung des ehemaligen chilenischen Botschafters zu den diplomatischen Beziehungen zwischen Chile und der VR China berichtet die französische Zeitung "Le Monde" vom 10. Oktober:

"Der Botschafter Uribe ist bei der chinesischen Regierung nicht darum nachgekommen, die diplomatischen Beziehungen mit Chile abzubrechen. Er erklärt das sehr einfach: 'Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist eine sehr wichtige Form, um seine Ablehnung auszudrücken gegenüber dem, was gegenwärtig in Chile vorgeht und stellt folglich eine Unterstützung des Volkswiderstandes in Chile dar. Ein Bruch mit der Junta ist kein Bruch mit Chile. Dennoch ist der Abbruch der diplomatischen Beziehungen keineswegs eine Voraussetzung, um die Verbindung mit dem chilenischen Widerstand aufrechtzuerhalten. Die Junta ist auf jeden Fall nicht Chile.' "

BESTEHT DIE RICHTIGE FORM DER UNTERSTÜTZUNG DER CHILENISCHEN ARBEITERKLASSE UND DES KÄMPFENDEN CHILENISCHEN VOLKES DURCH DIE VR CHINA IN EINEM ABBRUCH DER DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN?

Die Sowjetunion und die revisionistischen Länder haben die diplomatischen Beziehungen zu Chile abgebrochen und bezeichnen dies als Unterstützung des chilenischen Volkes. Ganz abgesehen davon, daß die "Unterstützung" der Volksfrontregierung durch die Sowjetunion keineswegs uneigennützig gewesen ist, sondern daß die Notlage der chilenischen Wirtschaft ausgenützt wurde für ungleiche Wirtschaftsbeziehungen (z.B. hat die SU einen Teil des von der EWG billig erstandenen Butterberges mit dreifachem Preisaufschlag an Chile weiterverkauft, siehe Süddeutsche Zeitung, 2.10.73), ganz abgesehen davon ist dennoch auch ihre gegenwärtige "Unterstützung" des Widerstandes und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen vor allem dazu, vom eigentlichen Drahtzieher des Putsches abzulenken. Nicht umsonst wurde in der russischen Presse großer Wert darauf gelegt, daß eine Beteiligung der USA am Putsch nicht nachgewiesen werden könne (vgl. Südd. Zeitung,). Die Sowjetunion schlägt den Sack, um den Esel nicht schlagen zu müssen. Im Gegensatz zur Sowjetunion hat die VR China von der Tribüne der UNO aus ganz deutlich gesagt, in welchem Zusammenhang der Putsch in Chile zu sehen ist und gleichzeitig die wichtigste Lehre aus diesem Putsch aufgezeigt. In seiner grundsätzlichen Rede vor der UNO-Vollversammlung vom 2. Oktober 1973 führte der Leiter der chinesischen Delegation Tjiao Guan-hua zu dieser Frage das Folgende aus:

"Die von seiten der Supermächte gegen Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika gerichtete Aggression, Subversion, Kontrolle und Intervention hat kein Ende. Ein kürzlicher Vorfall ist der militärische Staatsstreich in Chile. Präsident Allende starb als Märtyrer auf seinem Posten. Wir sprechen unser tiefempfundenes Beileid zu seinem Tod aus. Zugleich sind wir der Ansicht, daß man nicht vergessen sollte, wie schädlich die absurde Theorie des sogenannten "friedlichen Übergangs" für die antiimperialistischen revolutionären Kämpfe der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker ist, eine Theorie, die von einer anderen Supermacht befürwortet wird." (Peking Rundschau 40, 9. Okt. 1973, S.11)

Der US-Imperialismus ist zweifellos der Drahtzieher hinter dem Militärputsch in Chile und die Revisionisten mit der sozialimperialistischen Sowjetunion an der Spitze sind die Hauptschuldigen für das Gelingen des Putsches durch die ideologische Entwaffnung der Arbeiterklasse und des Volkes, die sie als Manövriermasse ihrer Weltherrschaftspläne betrachten. Das ist die Wahrheit, und diese Wahrheit aufzudecken ist die wichtigste Hilfe, die die VR China leisten kann. Die Sowjetunion, trotz allen Abbruchs der diplomatischen Beziehungen, verschweigt sogar die eine Hälfte der Wahrheit, die Drahtzieherrolle der USA. Stattdessen wettern die Revisionisten gegen die VR China, weil sie die diplomatischen Beziehungen zu Chile nicht abgebrochen hat und der Weltöffentlichkeit von der Tribüne der UNO aus die Wahrheit über den Putsch in Chile offenlegte.

Generell und so auch im Falle Chiles ist es so, daß der Abbruch oder Nicht-Abbruch der diplomatischen Beziehungen für sich betrachtet überhaupt nichts sagt. Es kommt darauf an, welchen Inhalt die Außenpolitik der betreffenden Länder hat.

Die VR China hat durch ihre legitimierten Sprecher Tjiao Guan-hua und Tschou En-lai (Beileidstelegramm an die Witwe Allendes in Peking Rundschau38, vom 25. Sept. 73) klar ihre Stellungnahme zum Militärputsch in Chile niedergelegt. Es gibt aber keinen Grund für China, gegenwärtig die diplomatischen Beziehungen zu Chile abzubrechen, solange die Militärjunta nicht gegen die Prinzipien der friedlichen Koexistenz in ihren Beziehungen zu China verstößt. Diplomatische Beziehungen zu einem bestimmten Land rechtfertigen in keiner Weise das Regime, das in diesem Land herrscht; sie anerkennen lediglich das Territorium und die staatliche Souveränität des betreffenden Landes. Im Gegensatz zu allen nicht sozialistischen Ländern nimmt die VR China auch in Fragen der Außenpolitik einen prinzipiellen Standpunkt ein. So ist es auch kein Gegensatz, wenn die Volksrepublik China eines der wenigen Länder ist, die nicht bereit sind, den zionistischen Kolonialstaat Israel, die Republik Südafrika und Rhodesien anzuerkennen und zu ihnen diplomatische Beziehungen aufzunehmen und auf der anderen Seite die diplomatischen Beziehungen zu Chile nach dem Putsch nicht abgebrochen hat.

Zweifellos ist das gegenwärtig in Chile herrschende Regime besonders verbrecherisch. Aber das ändert nichts daran, daß es nach wie vor richtig ist für das sozialistische China, die territoriale Integrität und Souveränität Chiles zu achten und auf der Grundlage der fünf Prinzipien Beziehungen mit Chile aufrechtzuerhalten. So verbrecherisch das gegenwärtige Regime in Chile ist, es ist dennoch nicht verbrecherischer als sein Hintermann, der US-Imperialismus. Aber auch zu den USA wird die VR China diplomatische Beziehungen aufnehmen, wenn diese nicht nur in Worten, sondern auch in Taten die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz als Grundlage seiner Beziehungen zur VR China anerkennen und ihre Truppen aus Taiwan abziehen werden. Es ist die Aufgabe der Arbeiterklasse und des Volkes der jeweiligen Länder, ihre verbrecherischen Regimes zu stürzen. Das ist das Grundprinzip, auf dem die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen sozialistischen Staaten und imperialistischen und kapitalistischen Staaten beruhen. Es gibt keine unklaren Punkte in der Außenpolitik der VR China. Die Unklarheit entsteht dadurch, daß sich die Kommunisten außerhalb der VR China noch nicht genügend Gedanken über die Prinzipien dieser Außenpolitik gemacht haben.

Verfassungsschutz will Verwirrung stiften

MIT GEFÄLSCHTEM FLUGBLATT VERSUCHT ER, UNSICHERHEITEN DER WESTDEUTSCHEN LINKEN AUSZUNUTZEN

Das nachfolgend im Faksimile abgedruckte Flugblatt wurde vom Verfassungsschutz an verschiedene Kontaktadressen linker und kommunistischer Organisationen in Westdeutschland und Westberlin verschickt und soll auch teilweise verteilt worden sein. Wir sind sicher, daß es sich bei diesem Machwerk um ein Produkt des Verfassungsschutzes handelt, der sich hierbei bestimmter trotzkistischer und revisionistischer Schablonen bedient. Was bezweckt der Verfassungsschutz durch die Verbreitung eines solchen Flugblattes, in dem er dem Kommunistischen Bund Westdeutschland irgendwelchen chinafeindlichen Unsinn in den Mund legt?

1. versucht er, die revolutionäre Politik der VR China zu diffamieren, um den großen Einfluß, den diese Politik auf die Menschen in Westdeutschland auszuüben beginnt, zu schwächen.
2. benützt er dazu den Namen einer Organisation, die bekannt dafür ist, daß sie die Politik der VR China für korrekt hält und sie deshalb in ihrer Presse verteidigt. Dadurch versucht der Verfassungsschutz, seinen Diffamierungen eine gewisse Autorität bei denen zu verschaffen, die sich ernsthaft mit der VR China befassen.
3. will er Verwirrung unter der demokratischen und revolutionären Bewegung stiften, indem er dem KBW Standpunkte unterstellt, die dieser niemals vertreten hat. Damit spekuliert er auf die ideologische Unreife der demokratischen und revolutionären Bewegung.
4. hofft er, daß irgendjemand, wie z. B. die Artikelschreiber des KB Nord, diesen Unsinn aufgreift und gegen den KBW zu verwenden versucht. Diese Hoffnung ist keineswegs lächerlich, wie sich bei einer ähnlichen Sache schon gezeigt hat (so passierte es Günther Ackermann, einem ehemaligen Mitglied der KPD/ML, dem der Verfassungsschutz einen ähnlichen Streich gespielt hatte).
5. hofft er, die bis in die Reihen des KBW hinein reichende Unsicherheit in Fragen der Außenpolitik sozialistischer Staaten auszunutzen, um Mißtrauen zu schüren und Verwirrung zu stiften.

All diese Bemühungen des Verfassungsschutzes sind zu kläglichem Scheitern verurteilt, weil der KBW eine Organisation ist, die stets Wert darauf gelegt hat, ihre Stellung zur VR China öffentlich festzulegen und sich auch nicht davor gescheut hat, die bestehenden Unsicherheiten in der demokratischen und revolutionären Bewegung und unter den eigenen Mitgliedern aufzugreifen und in gründlicher Debatte zu klären. Wir fordern alle Leser und alle Sympathisanten auf, uns sofort Mitteilung zu machen, wenn sie von neuen Fällen dieser Art Kenntnis erhalten und bitten sie darum, uns mitzuteilen, ob sie irgendwo das unten faksimilierte Flugblatt vorgefunden haben.

–J.S.–

SOLIDARITÄT mit den unterdrückten Völkern!

FÄLSCHUNG!

NIEDER MIT DER MILITÄRJUNTA IN CHILE !

NIEDER MIT DER ISRAELISCHEN AGGRESSION !



Dajan in Vietnam: Von den USA-Aggressoren lernte er hier, wie man andere Völker überfällt und unterdrückt.

SPENDET JEDE WOCHE MINDESTENS EINEN STUNDENLOHN FÜR DEN ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF IN CHILE UND IM NAHEN OSTEN!

KOMMUNISTISCHER BUND WESTDEUTSCHLAND

AUFBAU DES SOZIALISMUS

Albanien: Besuch im Textilwerk »Mao Tse Tung«

DIE ARBEITER BESTIMMEN SELBST DIE BEDINGUNGEN, UNTER DENEN SIE ARBEITEN

In diesem Sommer besuchten wir mit einer Reisegruppe der "Gesellschaft der Freunde Albaniens" das "Land der Adler" (Shqiperia), wie sich Albanien selbst nennt. Im Rahmen dieser Reise besuchten wir Schulen, Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPGs), ein Aktionistenlager und einige Fabriken. In diesem Artikel berichten wir von dem Besuch eines der größten Textilwerke Europas, dem Textilkombinat Mao Tse-tung in Berat.

Die Belegschaft besteht aus 6 000 Mann, darunter 80 % Frauen. Allein 4 000 stehen in einer weiteren Ausbildung. Das Durchschnittsalter liegt zwischen 18 und 22. Das Werk wurde in der Zeit von 1964 bis 1968 mit Unterstützung der Volksrepublik China gebaut; die Produktionsaufnahme war jedoch schon 1965. Im Werk werden die verschiedensten Baumwollerzeugnisse hergestellt, von denen ein großer Teil in den Export geht. Allerdings hat das Werk keine "besonderen" Exportartikel, wie die revisionistischen Länder, wo häufig nur die zweite Wahl der Bevölkerung bleibt.

Das erste Auffällige stellten wir gleich beim Betreten des Fabrikgeländes fest, das nicht nur aus betonierten Straßen oder Plätzen besteht, sondern auch aus Grünanlagen und Sportplätzen. Obwohl überhaupt keine Pause war, spazierten Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem Fabrikgelände umher. Kein Meister scheuchte sie an die Produktion. Wozu auch? Denn jeder Arbeiter kann, wenn er will, seine Maschine verlassen und erstmal einen Kaffee trinken gehen. Natürlich muß er sich mit seinem Arbeitskollektiv absprechen, doch daß dies geschieht und keine Theorie bleibt, zeigte das Treiben auf dem Fabrikgelände, wo die Kollegen umhergingen und sich lebhaft unterhielten. Ein Treffpunkt in diesen kurzen selbstgewählten Pausen sind die Anschlagbretter mit den 'Flete Rrufe', "Blitzblättern", auf denen jeder seine Meinung schreiben kann. Jeder, auch der Direktor, kann dort kritisiert werden, ohne daß dies irgendwelche negativen Folgen für den oder die Kollegen hat, die die Kritik schreiben. So wurde uns immer wieder in Gesprächen gesagt, wie wichtig diese Kritik sei. Es ist deshalb kein Wunder, daß an vielen Anschlagbrettern, die wir gesehen haben, ein Satz von Enver Hoxha steht, dem ersten Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens: "Ein Land, in dem ein Mensch Angst hat, einen anderen zu kritisieren, ist kein sozialistisches Land!" Durch den vielfachen Gebrauch der Flete Rrufe sind sie ein wichtiges Mittel für die Arbeiter geworden, ihre direkte Kontrolle auszuüben, denn der Angesprochene muß spätestens innerhalb von drei Wochen zu den erhobenen Vorwürfen Stellung nehmen.

In der Fabrik selbst fiel uns als erstes auch das auf, was ein Genosse aus einem Betrieb der VR China berichtete (vgl. KVZ Nr.4): daß kein Heer von Vorarbeitern oder Meistern um die Arbeiter herumschwirrte, um sie zu noch mehr Leistung anzutreiben. Es gibt keine Arbeitshetze, denn die Arbeiterinnen bestimmen selbst über die Geschwindigkeit, mit der sie arbeiten wollen. Sie diskutieren selbstverständlich auch die ökonomischen Pläne und greifen mit Vorschlägen in die Planerstellung ein.

Hier sollten wir vielleicht kurz über die Planerstellung in der VR Albanien berichten. Die Planungskommission in Tirana erstellt nach den Erfahrungen der vorangegangenen Planungsperiode einen Rohplan, in dem die allgemeinen Zielsetzungen festgelegt sind. Die Massen diskutieren dann die allgemeinen Zielsetzungen und danach das Planziel für den betreffenden Arbeitsplatz. Diese Kritiken werden wieder an die Planungskommission geleitet, die sie in den Plan einarbeitet. Dann wird der so erarbeitete Plan nochmals den Massen vorgelegt, die wiederum mit Änderungsvorschlägen in die Planung eingreifen können. Erst dann, nach diesen umfangreichen Diskussionen, wird der Plan endgültig erstellt. Daß die Massen wirklich eingreifen in den Planungsprozeß und die Pläne nicht einfach akzeptieren, zeigt die Zahl von 150 000 Veränderungsvorschlägen, die zu dem Fünfjahresplan 1965-70 eingegangen sind.

Nur so ist es zu erklären, daß die Arbeiterinnen im Textilkombinat von "ihrem" Betrieb sprechen. Sicher kommt es auch vor, daß sich eine Arbeiterin der Arbeit gegenüber gleichgültig verhält und ihre Arbeitsleistung sinkt, doch dann diskutieren die übrigen Kollegen in ihrer Abteilung sofort darüber, versuchen, die Ursachen herauszufinden, um ihr zu helfen, und schreiben dann einen Flete Rrufe, so wie wir es auch gesehen haben. Leider hing dieser Flete Rrufe erst kurze Zeit, so daß wir nicht sagen können, wie die Arbeiterin darauf geantwortet hat.

Um gleichgültiges Verhalten abzubauen, findet im Moment in Albanien eine Kampagne gegen den Indifferentismus statt. Überall wird darüber diskutiert. Im Mao Tse-tung Textilkombinat sahen wir dazu zahlreiche Transparente auch und gerade in den Fabrikhallen. Die Vorschläge für die Texte kommen entweder vom Propagandakomitee im Betrieb oder direkt von der Belegschaft einer Halle. Zwei sind uns besonders aufgefallen: "Der gefährlichste Feind ist der, den ihr vergeßt" und "Acht Stunden in der Arbeit und nicht acht Stunden bei der Arbeit".

Viel häufiger als manchmal auftretendes Desinteresse ist jedoch das Gegenteil zu finden. Davon zeugen die Bilder in den Hallen für die jeweils beste Arbeiterin. Um die Produktion anzukurbeln, gibt es keine materiellen Anreize, wie in den revisionistischen Ländern, sondern "nur" eine Ehrenurkunde und eine Auszeichnung in einer Belegschaftsversammlung. Trotzdem oder gerade deswegen bemühen sich die Arbeiterinnen, so viel wie möglich zu produzieren, denn sie wissen: Es dient dem Aufbau des Sozialismus. Ein Beispiel von diesem Arbeitseifer beschreibt der Franzose Gilbert Mury in seinem Reisebericht "Mensch und Sozialismus in Albanien": "Im Kombinat Mao Tse-tung arbeiten die langsamsten Arbeiter an vier Maschinen, die schnellsten kontrollieren vierzehn. Technisch gesehen ist es möglich, über diese Leistung hinaus zu kommen. Einige Arbeiterinnen wollten besser und mehr arbeiten. Die Direktion und die Kollegen haben das abgelehnt: Es gibt eine Schwelle, die nicht überschritten werden darf, eine Grenze, die eingehalten werden muß. Es muß gebremst werden, bevor das physische und nervliche Gleichgewicht der Arbeiter in Gefahr gerät."

Über die Schwierigkeiten im Betrieb wird breit diskutiert. So ist der Lärm in der Weberei kaum auszuhalten. Dies, obwohl schon die modernsten Maschinen benutzt werden. Die Arbeiter und das technische Büro haben zusammen den Lärm schon etwas dämpfen können, zufrieden sind sie jedoch noch nicht. So sollen deshalb in diesem Jahr noch schallschluckende Decken eingezogen werden.

Die Gesundheitsfürsorge im Betrieb ist vorbildlich. So werden schwangere Frauen, von denen wir sehr viele im Betrieb gesehen haben, ab fünften Monat nur noch in der ersten Schicht am Vormittag eingesetzt. Wenn sie in Abteilungen mit besonders schwerer Arbeit beschäftigt sind, wie z.B. in der Färberei, in der viel mit Chemikalien gearbeitet wird, bekommen sie einen leichteren Arbeitsplatz. Nach der Geburt haben sie eineinhalb Monate frei, und bis das Kind sechs Monate alt ist, kann die Mutter sich alle drei Stunden frei nehmen, um das Kind zu stillen. Sie arbeitet dann sechs Stunden und bekommt acht bezahlt. Es gibt zwar die Möglichkeit, nach der Geburt ein Jahr Urlaub zu nehmen, doch, so wurde uns berichtet, besteht kein Bedürfnis danach, denn die Einrichtungen im Betrieb (Kinderkrippe) sind ausreichend vorhanden.

Zum Abschluß unseres Besuches wurden uns einige Fragen von einem alten Arbeitergenossen beantwortet. Er wies besonders darauf hin, daß es in der ganzen Zeit des Bestehens des Werkes noch keinen schweren Unfall gegeben habe: "Diese Ergebnisse machen uns sehr stolz, und wie Stalin erwähnt hat, **'der Mensch ist unser teuerstes Kapital'.**"

Unser ganzer Besuch in der Volksrepublik Albanien hat uns gezeigt, daß der Sozialismus wirklich gemäß dieser Devise aufgebaut wird.

China: Die Medizin muss den breiten Volksmassen dienen

EINE GENOSSIN ÄRZTIN AUS DER REISEGRUPPE DES KBW BERICHTET ÜBER DIE VEREINIGUNG VON MODERNER UND TRADITIONELLER MEDIZIN

Das Krankenhaus in Nanking liegt in einem parkähnlichen Garten. Es umfaßt 20 Abteilungen (550 Betten), darunter auch eine für traditionelle chinesische Medizin. Unser dicker Bus ist fast zu breit für die gewundenen geteerten Wege. Nach kurzer Einführung im Hauptgebäude gehen wir uns umziehen. In weißen Kitteln, Häubchen, Schuhen und Mundschutz dann zum Operationssaal. Wir dürfen bei Operationen in Akupunktur-Narkose zusehen.

Die zirka 40-jährige Patientin – eine Arbeiterin, die seit Jahren an Magengeschwüren leidet und der deshalb zwei Drittel des Magens entfernt werden sollen – liegt bereits auf dem Operationstisch. Mir fällt auf, mit welcher Achtung sich der Narkosearzt mit ihr unterhält. Kein "Na Muttchen, wolln wir mal"-Ton. Kein "Jetzt beißen wir mal kurz die Zähne zusammen, 's gibt einen Picks" und ähnliches Gerede, mit dem man bei uns dem Patienten zeigt, daß man ihn nicht für voll nimmt.

Die Einrichtung im Operationssal ist einfach. Auf dem Instrumententisch liegt ungefähr **ein Viertel** der Instrumente, die westliche Ärzte "unbedingt" brauchen. Der ganze, bei uns so kompliziert wirkende chromblitzende Narkoseaufbau fehlt. Stattdessen steht am Kopfende auf einem kleinen Tisch eine Schale mit Watteballchen, eine Schachtel Akupunkturnadeln und ein kleines Wechselstromgerät mit Voltskala.

Wir sehen zu, wie der Narkosearzt das rechte Ohr der Patientin behutsam (es ist wirklich behutsam) mit Alkohol auswischt. Dann sticht er nacheinander an drei verschiedenen Stellen die kurzen, spitzen Nadeln in den Ohrenknorpel ein. Dort bleiben sie stecken. Die Patientin hat kaum eine Miene verzogen, sie war auf den Schmerz vorbereitet.

Jetzt werden die sehr dünnen Kontaktdrähte an die Ösen der Nadeln angeschlossen. Die Nadeln werden mit Watte voneinander isoliert. Der Strom wird eingeschaltet und langsam erhöht. Bei 4 Volt macht der Narkosearzt halt. Die Patientin gibt jetzt an, daß es im Ohr etwas weh tue. Das wundert uns nicht. Eher scheint es weniger weh zu tun, als wir erwarten. 20 Minuten dauert es bis zum vollen Wirkungseintritt der Narkose.

Die leitende Ärztin erklärt uns so lange Vor- und Nachteile der Akupunkturanaesthesie. Zum Beispiel normale Kreislaufverhältnisse während, und schnellere Erholung nach der Operation. "Vor allem ist die Methode einfach und sparsam, deshalb begrüßen sie das Volk und die medizinischen Arbeiter besonders." Das mit dem sparsam, denke ich, kann man wohl sagen. 20 abgepackte Akupunkturnadeln verschiedener Länge kosten im Kaufhaus 1 Yüan 58 Fen. Das sind ungefähr 2 DM. Zusätzlich braucht man nur einen Alkohol-Wattebausch, Watte und das kleine elektrische Gerät – wenn man's nicht hat, dreht man die Nadeln in "Handarbeit" – fertig ist die Narkose! Damit verglichen die Kosten einer Narkose bei uns! Wenn ich an die wachsenden Krankenhauskosten und meine steigenden Krankenversicherungsbeiträge denke, dann bin ich sicher, daß sich auch bei uns das Volk und die medizinischen Arbeiter über so wirksame und sparsame Behandlungsmethoden freuen würden.



Die Operation bei Akupunktur erfolgt bei Bewusstsein und ohne Schmerzen.

Als nach 20 Minuten die Chirurgen zu schneiden beginnen, merkt die Patientin überhaupt nichts. Sie lächelt uns dabei an. Wir gehen noch zu einem anderen Patienten. Er leidet seit 10 Jahren an starken Hirnnervenschmerzen (Trigeminusneuralgie). Jetzt soll, um ihn endgültig von den Schmerzen zu befreien, ein Teil des Nervs durchgeschnitten werden. Meist braucht man von den drei Ästen dieses Nerven nur den 2. und 3. zu durchtrennen. Das exakt durchzuführen, ist aber sehr schwierig. So geschieht es gar nicht selten bei Operationen in Vollnarkose, wie sie bei uns üblich sind, daß man erst wenn der Patient wieder wach ist, merkt, daß man zu viel oder zu wenig durchtrennt hat.

Der Patient, ca. 50 Jahre, liegt auf der Seite, den Rücken zu uns. Hinter dem Ohr ist der Schädel eröffnet und der Chirurg präpariert gerade mit feinen Instrumenten den Nerven frei. Es fällt mir sehr schwer, mir vorzustellen, daß auf der anderen Seite des Tisches der Patient mich wirklich ansehen wird, daß er wach ist. Aber es ist so.

Während der Operation wird der Patient immer wieder gefragt: "Spürst Du das noch?" Mit stumpfem und spitzem Ende einer Nadel wird das Gefühl im Bereich des betreffenden Nerven geprüft. "So kann man schon während der Operation sehen, ob man genügend Nervenanteile durchtrennt hat" erklärt uns der Arzt. Es ist ein wirklich großartiger Vorteil dieser Methode!

Solange der Chrirurg Nerventeile durchschneidet, hat der Patient offensichtlich erhebliche Schmerzen. Danach entspannt er sich wieder. Betäubt ist offensichtlich nur das Operationsfeld selbst, nicht die Nervenleitung. Es bleibt mir unerklärlich. Ich frage, ob es inzwischen eine Erklärung dafür gibt. Aber es gibt nur drei Theorien: die alte, traditionelle, der "Körperlinien": der Nadeleinstich entlang dieser Linien soll das Gleichgewicht der Kräfte im Körper in bestimmter Weise verändern; die zweite, die von Erregungsübertragung durch die Nervenbahnen ausgeht, und die dritte, die Veränderungen der Gewebsflüssigkeit durch die Nadelerregung vermutet. Unbestreitbar jedenfalls ist, daß mit der Nadeltherapie Krankheiten geheilt und Unempfindlichkeiten in gezielten Körperregionen hervorgerufen werden können. Aber auch ohne die große "wissenschaftliche Theorie" wird die Akupunktur ständig weiterentwickelt, es werden neue Anwendungsgebiete erprobt und dabei unglaubliche Erfolge errungen (zum Beispiel die Heilung von durch Krankheit taub und stumm gewordenen Kindern).

Ich denke daran, daß vor der Befreiung die ganzen in Jahrtausenden angesammelten Erfahrungen der traditionellen Medizin für das Volk fast ungenutzt waren. Unter der reaktionären, imperialistenhörigen Kuomintang-Regierung war es verboten, die traditionelle Medizin zu betreiben. Die Imperialisten hatten **ihre** Medizin und Kultur mitgebracht und versuchten, sie mit Gewalt durchzusetzen. Denn um die alte Produktionsweise radikal zu zerschlagen, die kapitalistische Produktionsweise durchzusetzen, mußten sie auch alle traditionellen Kulturen, den alten Überbau zerschlagen.

Es kümmerte sie nicht, daß es Ärzte der westlichen Medizin nur in den Städten gab, daß diese für das Volk unbezahlbare Honorare verlangten, daß auf dem Land die medizinische Versorgung sich überhaupt nur auf die traditionellen Ärzte stützen konnte. Denn nicht das Volk kümmerte sie, sondern ihre Profite.

Es ist sicher: Ohne die sozialistische Revolution in China, die die Macht in die Hände des Volkes gebracht hat, ohne die revolutionäre Politik der Kommunistischen Partei, wäre heute die traditionelle Medizin verschüttet und ihr reiches Wissen dem Volk nicht nutzbar. So aber arbeiten seit der Befreiung traditionelle Ärzte und Ärzte der westlichen Medizin gleichberechtigt zusammen, um nach der Weisung des Vorsitzenden Mao Tse-tung "**Die Medizin muß den breiten Volksmassen dienen, zu diesem Zweck müssen traditionelle und moderne Medizin vereint werden**" gemeinsam neue Wege der Behandlung zu finden.

Ich denke an zuhause: Auch bei uns gibt es ja traditionelle medizinische Richtungen: die Homöopathie, die anthroposophische Medizin, die Medizin der Heilpraktiker... Aber statt im Interesse des Volkes die Erfahrungen und Erkenntnisse dieser Medizin aufzunehmen, die Spreu vom Weizen zu trennen, sie vom ideologischen und geheimnisvollen Drumrum zu befreien und damit dem Volk nutzbar zu machen, werden die Vertreter dieser Medizin belacht, verspottet und bekämpft.

Es wird mir plötzlich sehr klar: Auch bei uns wird erst die sozialistische Revolution die Medizin von ihren Fesseln befreien und eine neue Medizin schaffen, die **alles** Wissen in den Dienst der Gesundheit des Volkes stellt.

Gewerkschafter fordern: Guinea Bissau anerkennen

RESOLUTION DES KJA DER ÖTV WIESBADEN

"Am 24.9.73 proklamierte die gewählte Nationale Volksversammlung der Republik Guinea-Bissau ihre Unabhängigkeit.
Schon im letzten Jahr wurde die Nationale Befreiungsfront von Guinea-Bissau und der Kapverdischen Inseln, die PAIGC, als "einzige und wahre Vertreterin des Volkes von Guinea-Bissau" von der Vollversammlung der Vereinten Nationen anerkannt. Die Unabhängigkeitserklärung vom 24.9.73 und die diplomatische Anerkennung Guinea-Bissaus durch über 20 Staaten ist ein großer Sieg im langjährigen Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus und alle imperialistischen Staaten. Es ist ein Erfolg im Kampf aller unterdrückten Völker gegen das Joch des Kolonialismus und Imperialismus, ein Erfolg im Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.
Die Ausbeutung und Unterdrückung Guinea-Bissaus und der Kapverdischen Inseln durch Portugal wird durch Waffenlieferungen der NATO unterstützt, weil sie ihre Militärbasen und die Kap-Route gefährdet sieht. Auch die BRD unterstützt durch Militärabkommen und Waffenlieferungen über die NATO und Drittländer wie Israel, Brasilien und Südafrika diesen Kampf gegen das Volk von Guinea-Bissau.
Die SPD, die durch Brandt auf der UNO-Vollversammlung für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen eintrat, lehnte es ab, die SPD/FDP-Regierung an Waffenlieferungen an Portugal zu hindern. Sie handelt gegen die Empfehlung und Resolutionen der UNO, Guinea-Bissau anzuerkennen, indem sie weiterhin für die Aufrechterhaltung der "guten Beziehungen" zu Portugal und der NATO eintritt.

Wir unterstützen den Befreiungskampf des Volkes von Guinea-Bissau und fordern deshalb von der Bundesregierung:
Bedingungslose unverzügliche Anerkennung der Republik Guinea-Bissau durch die Bundesregierung!
Einstellung aller militärischen, wirtschaftlichen und politischen Unterstützung für das Lissaboner Faschistenregime durch die Bundesregierung!"

RESOLUTION DER IGM-JUGEND DK GÖTTINGEN

Die Jugenddelegiertenkonferenz der IGM Göttingen am 6.11. verabschiedete folgende Resolution
"Die IGM-Delegiertenversammlung fordert:
1. Unverzügliche Anerkennung der unabhängigen Republik Guinea-Bissau durch die Bundesregierung.
2. Keine moralische, politische oder materielle Unterstützung der portugiesischen Kolonialisten durch die BRD.
3. Der neugewählte OJA wird aufgefordert, Solidaritätsaktionen für Guinea-Bissau zu organisieren.

Am 24. Spetember hat Guinea-Bissau seine Unabhängigkeit erklärt. Das Volk hat sich damit das Recht geschaffen, Selbstbestimmung über das eigene Territorium auszuüben, woran es bisher durch die portugiesischen Kolonialisten gehindert wurde. Bisher haben 70 Staaten die unabhängige Republik diplomatisch anerkannt. Die SPD/FDP-Regeirung weigert sich mit fadenscheinigen Begründungen, die unabhängige Republik anzuerkennen und unterstützt stattdessen die portugiesischen Kolonialisten im Rahmen des NATO-Bündnisses mit Waffen. Bei der Abstimmung über die Aufnahme der Republik Guinea-Bissau (in die UNO, d.Red.) enthielt sich der Vertreter der BRD der Stimme, obwohl die übergroße Mehrheit für Aufnahme stimmte. Die Jugenddelegiertenkonferenz protestiert gegen die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts eines Volkes durch die Bundesregierung."

SÜDVIETNAM:

Die Machtfrage ist nicht gelöst

WER PLANT DIE OFFENSIVE? / VORWÄRTS IN DER SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF DER VÖLKER INDOCHINAS

In den letzten Wochen verschärfte sich die Situation in Südvietnam zusehends. Nach den zumeist gescheiterten Versuchen im September, durch kleinere Offensiven weitere Gebiete zu besetzen, hat Thieu am 1. November eine größere sogenannte "Präventivoperation" am Boden und in der Luft angekündigt und eingeleitet. Eine angeblich von Nordvietnam für das Frühjahr geplante Großoffensive soll in der Vorbereitung zerschlagen werden. An einigen Tagen stiegen wieder bis zu 100 Bomber gegen einzelne Städte der Provisorischen Revolutionären Regierung auf. Der Luftangriff auf Loc Ninh, der angeblich gegen militärische Einrichtungen gerichtete war, zerstörte 167 Häuser, tötete 32 und verwundete 70 Menschen (Le Monde 7.11.73).

Andere Angriffe zielten auf die Ermordung von Führern des Volkes. Zum Beispiel erfolgte ein Anschlag am Boden und Abwurf von Granaten auf den Ort Nam Ban bei Da Lat als die Provisorische Revolutionäre Regierung bekanntgab, daß hier Besprechungen zwischen der Führung der Volksbefreiungsarmee und der Militärkommission stattfinden sollten.
Im Gegenzug haben die Befreiungsstreitkräfte zum ersten Mal seit Januar dieses Jahres wieder den Luftwaffenstützpunkt Bien Hoa, von wo die meisten Angriffe im Raum Saigon geflogen werden, angegriffen und Gegenoffensiven angekündigt.

DURCH DAS WAFFENSTILLSTANDABKOMMEN VOM JANUAR IST DIE MACHTFRAGE NICHT GELÖST

Wer von dieser Entwicklung überrascht wird, dokumentiert damit nur, daß er der Friedenspropaganda der Imperialisten und der Revisionisten auf den Leim ging. Wer glaubt, die Kämpfe nach dem Abkommen seien nur Nachhutgeplänkel, jetzt würde es Schritt für Schritt auf die Entmachtung Thieus und die Errichtung der



bewaffneten Volksmacht in ganz Südvietnam zugehen, der hält letztlich gerade da, wo die Konterrevolution in einem Land der Dritten Welt am stärksten bewaffnet ist, den friedlichen Weg zum Sozialismus für möglich.
Die Bedeutung des Abkommens liegt für Südvietnam nicht darin, daß es die Machtfrage endgültig gelöst hätte. Sie liegt darin, daß es einen Wendepunkt eindeutig markiert, daß es das Scheitern der globalen Strategie der Konterrevolution beweist. Die Tendenz wird unzweifelhaft aufgezeigt: nicht die Völker müssen den Imperialismus fürchten, sondern der Imperialismus die Völker. Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution. Es markiert den allmählichen Niedergang der Vormacht des US-Imperialismus und beweist, daß er unweigerlich besiegt werden wird. Für Vietnam und ganz Indochina hat es jedoch die Machtfrage noch nicht eindeutig geklärt und damit auch nicht die Frage von Krieg oder Frieden, es hat nur gegenüber dem Genfer Abkommen von 1954 weit günstigere Voraussetzungen für die nächste Runde geschaffen.
Der Ministerpräsident von Nordvietnam, Pham Van Dong, drückte das folgendermaßen aus:
"Für Vietnam ist die Bedeutung (des Abkommens) klar: es ist ein großer Sieg von historischer und internationaler Bedeutung. Für die anderen Völker hat die zurückliegende Phase unseres Kampfes sehr viele bedeutsame Einsichten und Wahrheiten vermittelt, die für unsere Epoche wesentlich sind: der Kampf für Frieden und Unabhängigkeit, die Befreiung des Volkes im Inneren seiner Grenzen, die Befreiung der Völker im Weltmaßstab. Im Verlauf dieses Kampfes haben wir die Bedeutung des Volkskrieges herausgestellt.
... Dieser Kampf ist der Knoten der Widersprüche, die gegenwärtig die Welt durch und durch kennzeichnen, des Widerspruchs zwischen dem Imperialismus und der Befreiung der Völker, zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus, zwischen Krieg und Frieden. ... Die Kräfteverhältnisse verändern sich unaufhörlich zugunsten der Völker, zugunsten des Sieges und des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus." (Le Monde, 16.3.73).

WESHALB SIND HEUTE GRÖSSERE MILITÄRISCHE OPERATIONEN VON DER SAIGONER US-MARIONETTE THIEU ZU ERWARTEN?

Die Imperialisten und Marionetten in Saigon hatten sich für die Zeit nach dem Abkommen eine allmähliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage erhofft. Auf dieser Grundlage wollten sie ihre politische Herrschaft wieder stabilisieren. So gestärkt wollten sie die Rückeroberung auf die befreiten Gebiete erneut einleiten.

Diese Rechnung ging jedoch nicht auf. Die massive Kapitalhilfe blieb aus. Die Preise der Hauptnahrungsmittel wie Reis, Zucker und Fleisch stiegen aufs Doppelte und Dreifache. Der riesige schwarze Markt mit Waren der US-Lieferungen trocknete mit einem Schlag aus. Die Hauptprofitierer, führende Militärs und Beamte des Saigoner Regimes, plündern stattdessen verstärkt die Bevölkerung aus. Zum Beispiel beschlagnahmen sie den für Soldaten und vor allem für die Flüchtlinge bestimmten Reis.
Eine 10 %ige Mehrwertsteuer, die rigoros eingetrieben wird, beschleunigt den rapiden Bankrott besonders von Unternehmern und Händlern. Das Heer der Arbeitslosen steigt ständig und beträgt bereits über 25% der Bevölkerung. Noch mehr Menschen sind durch Militär- und Verwaltungsdienste aus der Produktion gezogen.

Die früheren Hauptexportwaren, Holz, Kautschuk, Reis sind im Krieg zerstört worden oder unter der Kontrolle der Provisorischen Revolutionären Regierung.
Vor allem das Reisproblem wird immer bedrohlicher. Die früher größte Reiskammer Südostasiens ist entweder durch die chemische Kriegführung zerstört oder liegt unter der Kontrolle der Provisorischen Revolutionären Regierung.
"Der Hunger bedroht die 3 Millionen Einwohner Saigons und verschont nur die privilegierten: US-Beamte und Berater, die Kompradorenbourgeoisie, die erfolgreichsten Prostituierten und Offiziere der Saigoner Armee. Die Millionen Flüchtlinge hat der Hunger bereits erbarmungslos getroffen ..." (Südvietnam im Kampf Nr. 217).

DER KAMPF DER BEVÖLKERUNG GEGEN DAS SAIGONER REGIME VERSTÄRKT SICH!

Die Hungeraufstände nehmen zu. Tausende brachen schon aus den Lagern aus und kehrten in ihre Heimatdörfer zurück. Die Bewegung gegen die Mehrwertsteuer erfaßt inzwischen sämtliche Schichten, angefangen von den Hotelbesitzern, kleinen Händlern bis zu den Taxifahrern.
Die Saigoner Armee zeigt immer deutlicher Zeichen von Auflösungserscheinungen, allein bis Mai 1973 desertierten 50 000 Mann, zahlreiche Einheiten verweigern unter **Berufung auf das Abkommen** den Einsatzbefehl. Soldaten der Thieu-Armee liefen besonders im Mekong-Delta, um An Loc, Quang Tri und Kontum zu den Befreiungsstreitkräften über.
Nur weil die USA dieses Saigoner Regime zusammenhalten, ist es bisher nicht zur endgültigen Auflösung gekommen. Aber die hoffnungslose politische Lage zwingen Thieu und Co. zu immer größeren militärischen Abenteuern. Er führt vor allem die Landzerstörungsaktionen der US-Luftwaffe, die chemische Kriegführung fort. Er versucht eine entvölkerte Zone zwischen sich und die von der Provisorischen Revolutionären Regierung kontrollierten Gebiete zu legen. Nguyen Van Thien von der Provisorischen Revolutionären Regierung sagte darüber: "Thieus Armee beschränkt sich nicht mehr nur auf Rückeroberungsaktionen. Sie ist inzwischen dazu übergegangen, ganze Regionen systematisch zu zerstören. Um ihr Ziel zu erreichen, benutzt Saigon 7-Tonnen-Bomben mit Giftgas und chemischen Substanzen, Panzer und Bulldozer, um Dörfer auszuradieren und die Bevölkerung zu massakrieren." (Guardien, 10.10.73).
In Saigon nimmt der Terror ständig zu. Die Kerker und Konzentrationslager werden immer voller. Jeder Beamte in der Verwaltung muß ein "Verhaftungssollerfüllen", will er nicht selber in Verdacht geraten und eingekerkert werden.



Demonstration im befreiten Gebiet.Das vietnamesische Volk steht hinter seiner revolutionären Regierung.

Waffen und sonstiges Material werden von den USA geliefert. Operationen werden über ein US-Beraternetz geplant, organisiert und angeleitet. Das zeigt, daß nicht ein plötzlich stabilisiertes Thieu-Regime, sondern die USA den Krieg in Indochina fortsetzen.

DIE MARIONETTEN ZUM WAFFENSTILLSTAND ZWINGEN, DEN IMPERIALISMUS SCHLAGEN!

Auf Grund der Tatsache, daß der US-Imperialismus und sein Thieu-Regime all die Monate seit Januar ihre vollständige Mißachtung der getroffenen Friedensvereinbarungen demonstriert haben, haben die Provisorische Revolutionäre Regierung und Nordvietnam zwar alle angeblichen Pläne für eine Großoffensive auch für 1974, dementiert, den Fortgang der Entwicklung jedoch von den Anschlägen der USA und Thieus abhängig gemacht. Das Oberkommando der Südvietnamesischen Volksbefreiungsarmee hat am 15. Oktober in einem Tagesbefehl erklärt:
"Das Kommando der Südvietnamesischen Volksbefreiungsarmee befiehlt nunmehr allen Offizieren und Soldaten der Hauptstreitkräfte, der regionalen Armee, der Miliz und den Guerilla-, Heimatschutz- und Sicherheitseinheiten in ganz Südvietnam:
1. die Wachsamkeit zu erhöhen und in entsprechender Weise alle Kriegshandlungen der Saigoner Verwaltung zu erwidern, um die befreiten Gebiete zu verteidigen, das Leben und Eigentum ihrer Bevölkerung zu schützen und das Pariser Friedensabkommen über Vietnam erhalten;
2. gegen die Saigoner Verwaltung zurückzuschlagen, solange sie nicht ihre Kriegshandlungen einstellt, – an jedem beliebigen Ort und in passender Weise und Stärke; um dadurch die Gegenseite zu zwingen, das Pariser Abkommen ernsthaft und genauestens einzuhalten und sämtliche ihrer Kriegs- und Sabotageakte zu beenden." (Südvietnam im Kampf, Nr. 219).

Um die eigene Haut zu retten, haben Thieu und Co. eine angeblich bevorstehende nordvietnamesische Großoffensive erfunden. Sie begründen damit ihre Aufforderung an die USA, offiziell erneut in die Kämpfe einzugreifen. Dabei ist dieses Eingreifen, wie Nixon und Kissinger im vergangenen Jahr bewiesen, keineswegs unrealistisch. Ihren wiederholten Drohungen mit Schlägen der US-Luftwaffe ist in dem Maß Glauben zu schenken, in dem Thieu mit der Befreiungsarmee und seinen inneren Schwierigkeiten nicht fertig wird.
Über 50 000 Menschen in Südvietnam hat der "Frieden Nixon/Kissinger" bereits das Leben gekostet. Ein hoher amerikanischer Diplomat in Saigon beschrieb die Zukunftsabsichten der US-Imperialisten zynisch so: "Das letzte Mal hörte es mit dem Bombardement von Hanoi und Haiphong auf, diesmal fängt es damit an." (Stuttgarter Zeitung, 5.11.).
Die Absichten und Entschlossenheit der US-Regierung sind unzweideutig. Die Möglichkeit, daß sie Wirklichkeit werden, wird solange bestehen bleiben, als die Machtfrage in Indochina nicht eindeutig und endgültig gelöst ist, d.h. die revolutionäre Volksmacht errichtet ist.
Die internationale Solidarität spielt in diesem Kampf nach wie vor bewußt oder unbewußt eine wichtige Rolle. Die geplante Offensive des Thieu-Regimes in Südvietnam unter der Bedingung der Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen Konterrevolution und Revolution im Weltmaßstab in Indochina gibt ihr zudem ein ganz reales Gewicht, auch wenn die internationale Arbeiterklasse sich erst in geringem Umfang bewußt in diesen Kampf einreiht.

Folgen wir dem Aufruf der Regierung Nordvietnams vom 10.11., die alle sozialistischen Länder, alle Völker der Welt, das amerikanische Volk eingeschlossen, auffordert, in der Unterstützung nicht nachzulassen!

H.L.

Schwedische Spionage

UNTER DEM DECKMANTEL DER NEUTRALITÄT SPIONAGE GEGEN HANOI FÜR DIE USA

Seit dem 22. Oktober sitzen in Schweden zwei Genossen im Gefängnis. Es sind ein Redakteur und ein freier Mitarbeiter des Magazins "Folket i Bild/Kulturfront" (Volk im Bild/Kulturfront). Jan Guillou wurde morgens um sechs Uhr in seiner Wohnung in Lund von sechs Polizisten überfallen und sofort direkt nach Stockholm (ca. 600 km) abtransportiert. Peter Bratt wurde verhaftet, als er am Montag gerade in Stockholm aus dem Zug stieg.

Außerdem wurden ein führender "Mitarbeiter" des schwedischen Geheimdienstes sowie ein Bildreporter des Bilddienstes SAFTRA und ein 20-jähriger Student verhaftet. Die beiden letztgenannten sind inzwischen wieder aus der Haft entlassen worden.

Bisher liegt kein richterlicher Haftbefehl gegen die Festgenommenen vor. Auf Grund eines Ausnahmegesetzes "für bestimmte Arten von politischen Verbrechen" können die Verhafteten bis zu 30 Tagen ohne Haftbefehl festgehalten werden. Der Oberste Staatsanwalt hat angekündigt, die Frist ausschöpfen zu wollen. Die Anklage lautet auf Spionage und Gefährdung der Sicherheit des Reiches.

Zur selben Stunde als die Bullen gegen die Genossen zuschlugen, wurde die Redaktion des FiB/K (Folket i Bild/Kulturfront) ausgeräumt, das gesamte Bildmaterial der SAFTRA beschlagnahmt, Jan Guillous und Peter Bratts Wohnungen auf den Kopf gestellt und deren sämtliche Aufzeichnungen in bereitstehenden zivilen PKWs abtransportiert. Übrigens alles ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl oder sonstige Vollmacht. Die (zivilen Polizisten der SÄPO (Sicherheitspolizei) gaben an, eine "vorläufige mündliche Anordnung" des Obersten Staatsanwalts zu befolgen.

WAS IST DER HINTERGRUND FÜR DIESE SPEKTAKULÄRE AKTION DES SCHWEDISCHEN STAATSAPPARATES?

Im Mai dieses Jahres hatte das Magazin FiB/K in zwei aufeinanderfolgenden Nummern einen bis dahin geheimen schwedischen Nachrichtendienst, das "Informationsbüro" (IB) aufgedeckt und der Agententätigkeit gegen fortschrittliche Menschen (in Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Parteien usw.) in Schweden, der Spionage in Ägypten für Israel, des Einbruchs in Botschaften usw. mit unwiderlegbaren Bild- und anderen Dokumenten überführt.

Das IB entstand 1964 auf Grund eines Zusammenspiels von Leuten aus der Regierung und der Obersten Heeresleitung durch Zusammenlegung des militärischen Abschirmdienstes ("T-kontor") und einer unter der Tarnbezeichnung "Collector AG" auftretenden Stelle, die zur Bespitzelung der Gewerkschaften und Parteien eingesetzt wurde. Der militärische Teil arbeitet heute als Spezialabteilung des IB unter der Bezeichnung R 5. Bis zum 3. Mai dieses Jahres, dem Tag der Veröffentlichung in FiB/K, kannten selbst etliche Regierungsmitglieder das IB nicht einmal dem Namen nach.

Nach schwedischem Recht ist Spionage verboten. Die Regierung hat wiederholt erklärt, Schweden betreibe keinerlei Spionage gegen irgendeine fremde Macht.

EINIGE BEISPIELE FÜR DIE TÄTIGKEIT DES SCHWEDISCHEN "INFORMATIONSBÜROS"

1. Spionage im Nahen Osten gegen Ägypten und die palästinensischen Befreiungsorganisationen. Gunnar Ekberg, früherer IB-"Mitarbeiter", gibt zu, auf seinen häufigen Reisen in den Nahen Osten für das IB Informationen gesammelt haben. Die Beobachtungen Ekbergs wurden über das IB offenbar dem israelischen Geheimdienst Shin Beth zur Verfügung gestellt. Es gibt eindeutige Beweise für einen direkten Zusammenhang zwischen bestimmten Reisen Ekbergs und israelischen Angriffen z.B. auf das Lager Baqaa in Jordanien und auf Beirut im Libanon.

2. Einbruch in die ägyptische Botschaft in Stockholm. Der Einbruch wurde ausgeführt von zwei Angehörigen des israelischen Geheimdienstes Shin Beth, während Agenten des IB mit walkie-talkies (Sprechfunkgeräten) Wache standen. Die IB-Agenten hatten die Sache vorher mit der regulären Polizei abgesprochen.

3. 1969: Einbruch in das Büro der "Vereinigten FNL-Gruppen" (Vietnambewegung) in Göteborg und Diebstahl der Karteien der Solidaritätsspenden.

4. 1971: Einbruch in das Büro der linken Studentenorganisation SDS in Göteborg. Die Agenten des IB entführten die Mitgliederkartei für ein paar Stunden, um sie in Ruhe zu fotokopieren.

5. 1970: Einbruch in das Büro der KFML (jetzt Schwedische Kommunistische Partei). Die IB-Agenten bauten sogenannte "Wanzen" ein.

6. Mitwirkung an einer Landungsübung des CIA (Geheimdienst der USA, d.Red.) an der finnischen Ostseeküste (IB-"Mitarbeiter" waren vorher auf finnische Sprachkurse geschickt worden).

Alle diese Enthüllungen sind inzwischen mehr oder weniger genau von dem ebenfalls überführten Leiter des IB, Birger Elmer, zugegeben worden.

SCHWEDISCHE SPIONAGE GEGEN NORDVIETNAM

Schon im Juni, während noch die Diskussionen über die Existenz und die hauptsächlich auf das Inland bezogene Tätigkeit des IB in vollem Gange waren, hatten die jetzt im Gefängnis sitzenden Jan Guillou und Peter Bratt weitere aufsehenerregende Enthüllungen angekündigt und in der Ausgabe des FiB/K vom 30. September 1973 jetzt die engen Verflechtungen zwischen Geheimdienst und Kapitalistenverbänden, zwischen dem IB und der staatlichen Holdinggesellschaft "AB Statsföretag" und zwischen IB und der sozialdemokratischen Parteiführung aufgedeckt.

Dabei stellte sich heraus, daß die sozialdemokratische Parteiführung seit Jahren ihre eigenen Mitglieder gegen "Linksabweichungen" überwachen ließ und die Erkenntnisse darüber an den militärischen Sicherheitsdienst im IB weiterleitete. Dasselbe gilt für die Überwachung der Gewerkschaften und erstreckte sich nicht nur auf Schweden, sondern z.B. auch auf Norwegen (führende Kreise der Sozialdemokratischen Partei in Norwegen waren eingeweiht).

Vielleicht der härteste Schlag, den die Regierung Palme bisher von irgendeiner Seite einstecken mußte, ist aber die Aufdeckung der jahrelang betriebenen Spionage des IB gegen Nordvietnam und der Weitergabe der strategischen Erkenntnisse an die CIA. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Palme spielte ja schon vor seiner Ernennung zum Nachfolger von Tage Erlander hervorragend die Rolle des guten Freundes der Nordvietnamesen und aller Völker der "Dritten Welt", die Rache der mächtigen USA nicht fürchtend. Besonderes Ansehen errang sich Palme jedoch erst als Ministerpräsident, insbesondere in der BRD, wo er von allen möglichen Linken als Vorbild gepriesen wird, als einer der wenigen westlichen Staatsmänner, die unerschrocken genug waren, gegen den amerikanischen Bombenterror auf Hanoi und Haiphong die Stimme zu erheben.

Die Aufdeckung der Spionage gegen Nordvietnam mag für Palme persönlich ein Schlag gewesen sein – was schwerer wiegt: sie war ein Schlag gegen die erfolgreiche "Neutralitätspolitik" des schwedischen Monopolkapitals, sie konnte den ganzen raffinierten Kalkül zunichte machen, auf dem diese Politik aufgebaut ist. Die Regierung nahm die Herausforderung an. Die unmittelbare Reaktion auf die neue FiB/K-Veröffentlichung lautete: "Die Redakteure des Magazins müssen hinter Gitter wegen Verstoßes gegen das Gesetz über die Pressefreiheit" (!).

Während die liberale bürgerliche Presse zunächst die Enthüllungen aufgriff und die Regierung sich auf harte Diskussionen, Dementis, Eingeständnisse, neue Dementis, neue Eingeständnisse einlassen mußte, gelang es der Regierung Palme inzwischen, die bürgerliche Presse im Namen der angegriffenen "nationalen Interessen" gleichzuschalten, die ganze IB-Affäre als ein Komplott gegen die Nation und gegen die "Arbeiterregierung" hinzustellen und die Enthüllungen im übrigen als Hirngespinste abzutun.

So schreibt die linksliberal orientierte gewerkschaftseigene Zeitung "Aftonbladet": "Daß Olof Palme, der so viele moralische Vorstöße für die Sache Nordvietnams unternommen hat, gleichzeitig für die USA gegen Nordvietnam Spionage getrieben haben soll, ist eine Anklage, die es nicht wert ist, ernst genommen zu werden. . . Angesichts solcher Dummheiten fällt es schwer, die Glaubwürdigkeit auch der übrigen Angaben zu diskutieren." (Aftonbladet, 25.9.73)

Mit einem in dieser Breite kaum je gekannten Rückhalt in der gesamten bürgerlichen Presse konnte so das Monopolkapital, vertreten durch seine Regierung, vertreten durch den Obersten Staatsanwalt, am 22. Oktober zuschlagen.

In Schweden haben als Protest gegen die Übergriffe des Staatsapparats gegen FiB/K Protestdemonstrationen in mehreren großen Städten stattgefunden. In Stockholm demonstrierten allein 7 000 Menschen.

WAS IST FiB/K?

"Folket i Bild/Kulturfront" (Volk im Bild/Kulturfront) betrachtet sich als Kultur- und Nachrichtenmagazin, das den Kampf aufgenommen hat gegen die Kultur des Imperialismus im weitesten Sinn und dagegen dazu beitragen will, eine Kultur des Volkes zu entwickeln. FiB/K erscheint vierzehntägig und wird herausgegeben von der Gesellschaft gleichen Namens. Die politische Plattform der Gesellschaft lautet in drei Sätzen:

– "Pressefreiheit;
– für eine Kultur des Volkes;
– Antiimperialismus."

Bestellungen der FiB/K an die Adresse:

FiB/K
Haga Skola
S – 171 53 Solna.

Jahresabo: 70 Schwedische Kronen.

Arbeiter nervenkrank

Ohio/USA. Anzeichen einer Nervenkrankheit wurden bei 138 Arbeitern einer Fabrik der Textilfirma Borden Co. festgestellt. Die Ursache der Krankheit sind giftige Dämpfe, die beim Stoffdruck entstehen und sich seit dem Frühjahr entwickeln. Damals wurden neue Chemikalien für den Stoffdruck eingeführt. Der Hersteller dieser Stoffe gehört zum Kodak-Konzern.

Mit Unterstützung der Textilarbeitergewerkschaft streiken 600 Kollegen der Borden-Fabrik seit dem 8. Oktober. Die Arbeiter verlangen eine gründliche Untersuchung und wirksame Schritte zur Beseitigung der Krankheitsursachen.

Die Krankheit führt dazu, daß die Arbeiter an Kraft verlieren und die Reflexe in Armen und Beinen verschwinden. Ein Kollege namens Meade, bei dem die Krankheit mit zuerst festgestellt wurde, muß heute Beinschienen tragen, um stehen zu können. Sieben weitere Kollegen gelten als unheilbar krank. Ein Heilverfahren oder Heilmittel ist bis heute nicht bekannt.

Niemand will die Verantwortung für die Erkrankung der Arbeiter übernehmen. Die Firma nicht, weil sie nach inzwischen durchgeführten geringfügigen Veränderungen der Auffassung ist, daß die Arbeiter kein "unzulässiges Risiko" mehr eingehen. Der zum Kodak-Konzern gehörende Hersteller der betreffenden Chemikalien erklärt, ein Zusammenhang zwischen seinen Produkten und der Nervenkrankheit würde nicht existieren. Die US-Behörden sind bisher nicht bereit, den Betrieb schließen zu lassen, und die Kapitalisten wollen weiterproduzieren, ohne Rücksicht auf Verluste an Gesundheit und Menschenleben. Die Einstellung der Produktion würde das Eingeständnis des Verbrechens bedeuten.

(nach: Guardian, 17.10.73)



Zwei Mädchen "tanken" Sauerstoff in Tokio. Solche Sauerstoffautomaten sind seit kurzer Zeit in Tokio aufgestellt. Gegen Geld kann man dort frische Luft einatmen.

Streik bei VW

Brüssel. Die Geschäftsleitung des VW-Werkes in Brüssel hat jetzt 3 000 Kollegen ausgesperrt und das Werk praktisch geschlossen. Mit dieser unverschämten Maßnahme wollen die belgischen VW-Manager die Belegschaft unter Druck setzen und sie zwingen, den Kampf für ihre gerechten Forderungen aufzugeben.

Ein Teil der am Fließband arbeitenden Kollegen streikte Anfang November für eine wirksame Lohnerhöhung und einen Teuerungsausgleich.

Die Aussperrung durch die VW-Bosse trifft die Kollegen deshalb, weil kein Streikfonds existiert und die Gewerkschaft den Streik nicht unterstützt.

Solidarität mit den belgischen VW-Arbeitern!

Notstand in Großbritannien

London, 12. November. Die Regierung von Großbritannien hat den Notstand über das Land verhängt. Dieser Schritt sei notwendig, erklärte die Regierung Heath, um die Versorgung sicher zu stellen gegen die Streiks von Teilen des technischen Personals der Kraftwerke und den Streikandrohungen der Bergarbeiter für den Anfang des nächsten Jahres.

Tatsächlich nutzt der britische Staat die allgemeine Krisenstimmung aus, um endlich den "Burgfrieden an der Arbeitnehmerfront" ("Neue Zürcher Zeitung", 2.11.) herzustellen. Denn seit einem Jahr ist die Lage in Großbritannien unverändert. Der Preisanstieg ist seit Januar auf 10,1 % gestiegen, davon im letzten Quartal allein um 3 %, 573 000 Menschen sind ohne Arbeit, das Außenhandelsdefizit lag im Oktober bei 300 Millionen Pfund, umgerechnet etwa 1,5 Milliarden DM. Gegenüber den europäischen Währungen mußte das Pfund bis jetzt um 19 % abgewertet werden. Der Preis- und Lohnstopp, den die Heath-Regierung vor gut einem Jahr verfügt hatte, führte also bisher nicht zu einer Verbesserung der Konkurrenzsituation der britischen Kapitalisten auf den internationalen Märkten. Durch verschärfte Unterdrückung der britischen Arbeiterklasse sollen die Bedingungen für das britische Kapital günstiger werden.

Die Verfügung des Notstandes in Großbritannien soll jetzt die "Dritte Phase" der staatlichen "Preis- und Lohngesetzgebung" absichern, wonach der Lohnanstieg nicht mehr als **1 Pfund plus 4 % des Wochenlohns auf den Jahresdurchschnitt berechnet** betragen darf. Dieser Regelung sind ab sofort auch sogenannte gewinnabhängige Löhne unterworfen, das heißt Lohnverträge mit Gewinnprämien-Vereinbarung. Das hat große Bedeutung besonders für Jahres- und Weihnachtsprämien. Besonders in den letzten Wochen ist es Teilen der britischen Arbeiterklasse verstärkt gelungen, die staatliche Lohnfestsetzung zu durchbrechen, so zum Teil die Automobilarbeiter, die Londoner Taxifahrer und die Feuerwehrleute. Die Verhängung des Notstandes soll jetzt einem weiteren Aufschwung der Kämpfe verhindern und zugleich der Regierung die Mittel zur Verfügung stellen, um Streiks zu verbieten oder durch den Einsatz zum Beispiel der Armee zu unterlaufen. Das britische Unterhaus hat inzwischen die Maßnahmen der Regierung gebilligt.

Naxaliten verurteilt

INDISCHE BAUERN VERTRIEBEN GROSSGRUNDBESITZER

Kalkutta. 12 Mitglieder der indischen "Naxaliten-Bewegung" sind vom Obersten Gerichtshof im indischen Bundesstaat Kerala zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden. Den 12 wird vorgeworfen, Ende 1968 eine Polizei- und eine Funkstation überfallen und dabei einen Polizisten getötet sowie drei andere verletzt zu haben.

Die Naxaliten-Bewegung setzt sich zusammen aus landlosen Bauern, Arbeitern und Studenten. Ausgangspunkt hatte sie Ende der 60er Jahre im Bezirk von Navalbari. Dort hatten landlose Bauern die Grundherren und Gutsbesitzer vertrieben und das Land in ihren Besitz genommen. Dieses Beispiel zeigte die Richtung für immer größere Teile der armen Bauern, besonders im Bundesstaat Kerala. In Kalkutta sympathisierten spontan die Arbeiter und Studenten mit den Zielen dieser Bauernbewegung. Sie entwickelten ihren eigenen Kampf nach dem Beispiel der Bauern. Obwohl während des vergangenen Jahres allein im Bundesstaat Kerala 12 000 Menschen wegen ihrer Beteiligung an der Naxaliten-Bewegung in Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen wurden, entwickelt sich diese Volksbewegung gegen Unterdrückung und Ausbeutung durch die Grundherren, Gutsbesitzer und Kapitalisten immer breiter.